

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1928

14.8.1928 (No. 223)

Badischer Beobachter

Wegzugspreis: Monatlich 2.80 Mk. frei ins Haus, 2.70 Mk. bei der Geschäftsstelle abgeholt, 2.60 Mk. durch die Post ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 10 Pfg. Samstags und Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen nur bis 20. auf den Monatsabschluss. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei
Erscheint 7 mal wöchentlich als Morgenszeitung
Beilagen: Zahl 2. Wissen, Frauenblätter, Blätter für den Familienkreis, Aus der kathol. Welt, Sportbeilage, Deutsche Jugendkraft, Jugend, Liebesabenteuer, „Illustrierte Woche“, Geschäftsstelle, Redaktion u. Verlag: Steinstr. 17-21
Fernspr.: Geschäftsstelle 6233, Redaktion 6236, Verlag 6237. Druckadresse: Beobachter, Postfach 4644

Einzelgenpreis: Die 10 gepaltene 27 mm breite Millimeterzeile im Einzelgenpreis 10 Pfg., auswärts 12 Pfg. für Gelegenheitsanzeigen 5 Pfg. bis 4 gesp. 65 mm breite mm-Zeile im Einzelgenpreis 40 Pfg. Rabatt nach Tarif. Bei Zahlungsunfähigkeit, zwangsweise Einstellung od. Konkurs kommt der Rabatt in Wegfall. Schluß der Anzeigenannahme 9 1/2 Uhr

Nr. 223 (12 Seiten)

Karlsruhe, Dienstag, den 14. August 1928

66. Jahrgang

In Kürze

Der Finanzminister der Nanjing-Regierung ist in Washington zu Besprechungen wegen einer Dollar-Anleihe eingetroffen.

Über 100 politische Gruppen haben ein Gesuch unterzeichnet, in dem Präsident Calles, dessen Amtszeit am 1. Dez. cr. abläuft, aufgefordert wird, zwei Jahre länger im Amte zu bleiben.

Die Londoner Blätter bezeichnen die Verfassungsfeier in Deutschland als einen einflussreichen Beweis für das Stärkerwerden des republikanischen Gedankens in Deutschland.

In der Nähe von Meersburg geriet auf dem Bodensee ein mit 75 Personen besetztes Motorboot in Brand. Mehrere Personen starben im Wasser. Es gelang jedoch, alle Personen zu retten.

Weltmacht Dollar — auch in China

Washington, 13. Aug. Der Finanzminister der Nanjing-Regierung, Sung, ist hier zu Besprechungen mit dem chinesischen Gesandten und den amerikanischen Behörden eingetroffen. Man nimmt an, daß er beabsichtigt, Verhandlungen wegen der Aufnahme eines Kredites für die Nanjing-Regierung zu beginnen.

Die päpstliche Volkhaft an das chinesische Volk

Rom, 13. August.
Wie schon die Kabelmeldung der Missionsagentur „Fides“ aus Peking, die von dem vorläufigen Eindruck der Papst-Volkhaft im chinesischen Volk und in Regierungskreisen berichtet, treffen nun aus China noch weitere Berichte ein, die ergeben lassen, daß sie wirklich als ein „historisches Ereignis“ betrachtet wird. Es ist nicht bekannt, daß China heute schon über 40 angesehene Tageszeitungen verfügt, die auf der ersten Seite die Volkhaft veröffentlichen, einige unter Hinzufügung des Bildes Pius XI., den sie mit der Tiara auf dem Haupte darstellen. Ein in Kanton erscheinendes Blatt kündigt an, daß die nationalitäre Regierung vorwiegend einen der chinesischen Bischöfe beauftragen werde, dem Papste für seine Rundgebung zu danken.

Folgt England dem amerikanischen Beispiel in China?

London, 13. Aug.
Ein Kabeltelegramm aus Peking besagt: Gesandtschaftsbeamte behaupten zuverlässig, daß auf der Basis der „amerikanischen Richtlinien“ vor Wochen eine britisch-chinesische Verständigung erfolgt und daß dann der Weg frei ist zu Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag.

Aufforderung an Präsident Calles zum Verbleiben im Amte

London, 13. Aug. „Times“ meldet aus Mexiko: Über 100 politische Gruppen haben ein Gesuch unterzeichnet, in dem Präsident Calles, dessen Amtszeit am 1. Dez. dieses Jahres abläuft, aufgefordert wird, zwei Jahre länger im Amte zu bleiben. Der Vorschlag wird dem Kongreß bei seinem Zusammentritt am 1. September unterbreitet werden.

Eine englische Stimme gegen die englische Teilnahme an den französischen Rheinland-Manövern

London, 13. August. Zu der Meldung von der Teilnahme britischer Kavallerie an den französischen Rheinlandmanövern schreibt „Manchester Guardian“ im Leitartikel:
„Handelt es sich hier um eine Laiflosigkeit, oder hat dieses Vorgehen politische Bedeutung? Wenn der Kriegssekretär auf eigene Initiative hin gehandelt hat, sollte ihm gegolten werden, daß er zu weit gegangen ist; wenn der Staatssekretär das Auswärtigen keine Genehmigung erteilt hat, so sollte er

Ein offizieller Gegenschritt Frankreichs?

Kadbruchs Bekenntnis zum Anschluß

Paris, 13. August. Der Pariser Vertreter der „Köln. Volksztg.“ telegraphiert seinem Blatte:

„Die Rede Kadbruchs auf der Verfassungsfeier im Reichstag hat mit einem Schlagschlag die Anschlußfrage in den Mittelpunkt der politischen Aufmerksamkeit gerückt. Das Echo seiner Erklärungen untercheidet sich aber in einem sehr wesentlichen Punkt von der Aufnahme der Wiener Kundgebung. Während die amtlichen Stellen Frankreichs sich gegenüber der Pressekampagne bislang etwas reserviert verhielten, ist man jetzt auch in offiziellen Kreisen geneigt, der Anschlußfrage ein unmitttelbares, politisches Gewicht beizumessen. Man hält die Rede Kadbruchs für eine offiziöse Äußerung der Reichsregierung und eine halbamtliche Anmeldung der Anschlußforderung. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß die französische Regierung gegenüber dem steigenden Druck der öffentlichen Meinung es für zweckmäßig erachtet, in offizieller Form zu der Anschlußfrage Stellung zu nehmen. In gut unterrichteten Kreisen rechnet man sehr ernstlich mit der Möglichkeit, daß aus den Erklärungen Kadbruchs sich eine gewisse Erklärung der bevorstehenden Verhandlungen über die Rheinlandfrage ergibt. Man äußert sein Vertrauen darüber, daß die deutsche Regierung — die mit Kadbruch ohne weiteres identifiziert wird — für diese Stellungnahme gerade einen Augenblick vor der ersten Reise des deutschen Außenministers nach Paris gewählt habe.“

Es ist das erste Mal, so schreibt heute der Temps, daß man unter so offiziellen Umständen und in so eindeutiger Form zu Stellung nimmt. Bis jetzt bewahrte man eine gewisse Reserve und überließ es einzelnen Persönlichkeiten, unter ihrer eigenen Verantwortung die Anschlußbewegung zu organisieren und die zur praktischen Verwirklichung des großen Zieles erforderliche internationale Atmosphäre zu schaffen. Die Manifestation der deutschen Sängerkörner in Wien und die Anschlußkampagne, die Löbe sogar bis ins Burgenland ausdehnte, ist zu diesem Zweck unternommen. Ist man der Ansicht, durch sie die Angelegenheit schon soweit vorgetrieben zu haben, um sie jetzt bei einer so offiziellen Gelegenheit wie der in Gegenwart des Reichspräsidenten Hindenburg abgehaltenen Verfassungsfeier des Reichstages ohne alle große politischen Nachteile ansprechen zu können?

Der Temps glaubt an einen von langer Hand vorbereiteten und von verantwortlichen deutscher Stelle geführten Feldzug mit unmittelbaren politischen Zielen. Die langsame Entwicklung, so schreibt das Blatt weiterhin, mit der man die Anschlußfrage weiter zu treiben sucht, ist aufmerksamer Beobachtung wert. Im Anfang handelte es sich nämlich nur darum, Österreich die wirtschaftliche Existenzmöglichkeit zu sichern. Die Begrün-

dem Lande seine Gründe nennen. Die Angelegenheit ist besonders schwer begreiflich, und zwar aus zwei Gründen: 1. Da die Rheinlandbesetzung bestimmt die Zusammenkunft des Wölkerrates eröffnet wird, ist es besonders erwünscht, alles zu vermeiden, was Erbitterung erzeugen kann. 2. In Locarno haben wir versprochen, Frankreich gegen Deutschland zu helfen, aber auch Deutschland gegen Frankreich zu schützen. Wenn jetzt britische Truppen an den Manövern einer vertragsverletzenden Partei teilnehmen, so sollte klar ausgesprochen werden, daß sie genau so bereit sind, an den Manövern der anderen Partei teilzunehmen; andernfalls muß die Zusammenarbeit französischer und britischer Truppen bei den militärischen Übungen den Eindruck erwecken, daß wir wieder zum alten System zurückkehren, von dem man glaubte, es sei durch Locarno beseitigt worden. Es ist ein gro-

ßes Unglück, daß das Parlament nicht tagt und daß Chamberlain krank ist und von einem Minister vertreten wird, dessen Urteilsfähigkeit Vertrauen erwecken kann. Dieser Zwischenfall trägt dazu bei, den Eindruck zu verstärken, daß eine Veränderung in unserer Außenpolitik eingetreten ist und daß wir zu den alten Methoden und der alten Geheimpolitik zurückkehren.

„Bann auch immer der Augenblick sein mag — so schließt der Temps seine Feststellungen ab —, in dem die Frage des Anschlusses akut werden wird, es wird eine kritische Stunde für den Frieden Europas sein. Aber eine solche Möglichkeit berührt die Deutschen so nicht. Die Ansprüche von Kadbruch bestätigt wieder einmal, daß sie fest entschlossen sind, bei erster Gelegenheit alle die Punkte ihres Programms zur Verwirklichung zu bringen, von denen sie die Wiederherstellung Deutschlands in seiner alten Machtstellung erwarten.“

(Eigener Drahtbericht.)

J. H. Berlin, 13. Aug.

In der ausländischen Presse häufen sich in den letzten Tagen wieder die Meldungen, die davon wissen wollen, daß der Reichsaussenminister Stresemann bereits seine Zusage gegeben habe, bestimmt am 29. August in Paris zu sein, und daß in Paris auch wichtige außenpolitische Verhandlungen zu erwarten seien. Gegenüber diesen Meldungen wird von unterrichteter Seite noch einmal festgestellt, daß Stresemann noch keine Zusage gegeben hat, und daß eine Kabinettsentscheidung über die Pariser Reise nicht vor der Rückkehr Stresemanns aus seinem Erholungsurlaub, also frühestens Ausgang nächster Woche zu erwarten ist.

Daß auch die weiteren Meldungen in der ausländischen Presse, wonach Staatssekretär Kellogg länger in Paris zu verweilen gedenkt und mit Stresemann auch das Reparationsproblem besprechen wolle, aus der Luft gegriffen sind, liegt nahe. In Berlin ist man jedenfalls der Ansicht, daß Kellogg nur zur Unterzeichnung des Antikriegspaktes nach Paris kommt, und Verhandlungen über die Reparations- und Räumungsfrage in Paris nicht stattfinden werden. Höchstens können die in Paris weilenden Staatsmänner sich zu persönlichen Unterhandlungen über diese Frage bei dieser Gelegenheit treffen. Zu irgend einem Abschluß können aber diese Verhandlungen nicht führen.

„Es war notwendig, klüger vorzugehen. Trejo und Castro, die als Anhänger der Laburisten bekannt sind und schon im Verborgenen, genau gesagt, in den Automobilen blieben, die von den Reportern des „Ergelstar“ beim Hotel im Augenblick gesehen wurden, wo Obregon fiel, setzten sich als Ziel, ihren Mann auszuspielen; der Mord mußte aber in richtiger katholischer oder wenigstens neutraler Aufmachung vollbracht werden von einem Werkzeug der Verschwörung, von einem Blücker, der die Blücker auf sich zieht, um die anderen zu retten. Und dieser José de Leon-Loral, ein Karikaturnarr, ein überspannter Mensch, ein Halbmar-

Die Londoner Blätter über die Feier des Verfassungstages

London, 13. Aug. Alle Blätter berichten ausführlich über die Feier des Verfassungstages in Deutschland. Der Berliner Korrespondent des Daily Chronicle bezeichnet die Feiern als einen einflussreichen Beweis für das Stärkerwerden des republikanischen Gedankens in Deutschland und für das Schwenden der monarchistischen Gefühle.

Die Mörder Obregons

Enthüllungen des Offiziers Romano

Wer die merkwürdigen Nachrichten über die Ermordung des gewählten mexikanischen Präsidenten Obregon verfolgt hat, dem mußte es auffallen, daß von Anfang an die Tendenz zu bemerken war, das Attentat den Katholiken zuzuschreiben, ohne daß irgendwelche tatsächlichen Anhaltspunkte für eine solche Annahme vorhanden waren. Daß man schließlich auf Ordensschwefel zurückgriff und gewisse Äußerungen als Anregung zum Mord hinstellte, konnte nur von neuem Verdacht gegen jene wecken, die den Mord den Katholiken aufrechnen wollten.

Nun kehrt der „Offiziere Romano“ den Stiel um und leuchtet hinter die Kulissen dieser tendenziösen Krebereien.

Seit der Bluttat hat das vatikanische Organ unablässig auf die Widerprüfe hingewiesen, die in den Mitteilungen der Collesregierung über das Attentat bestanden, hat die Eigenart des Gerichtsverfahrens hinter verschlossenen Türen gezeigelt hat die Frage aufgeworfen, wer am Mord wohl Nutzen hatte. Nun tritt der „Offiziere Romano“ vom 7. ds. an Hand von erdrückendem Beweismaterial mit der offenen Beschuldigung hervor: General Obregon fiel einer Verschwörung der Laburisten, d. i. Kommunistenpartei zum Opfer und diese Kommunistenverschwörung wurde nachher in ein katholisches Komplott umgelogen.

So führt „Off. Rom.“ aus: „Die Laburisten hatten aus Gründen, die wir schon mehrmals dargelegt haben und auf die wir heute wieder zurückkommen, beschlossen, die Präsidentschaft des Generals Obregon zu verhindern. Die Wahlen, von denen man in der ganzen Welt glaubte, sie seien ruhig und in voller Eintracht der Bürger verlaufen, verliefen in Wirklichkeit unter unerhörten Gewalttaten, die sich zwischen der Opposition des Louis Morones (des kommunistischen Arbeitsministers, Ann. d. Red.) und den Anhängern des Generals Obregon abspielten, die entschlossen waren, den harten Kampf zu gewinnen, koste es, was es wolle. Der Kampf war tatsächlich gewonnen, bevor der Wahltag anbrach. Er brachte nämlich eine Komödie: es kamen zu den Urnen im ganzen Staat nur 100 000 Wähler, die alle für Obregon stimmten. Die Oppositionspartei hatte offensichtlich auf die Waffe der Abstimmung verzichtet, nachdem sie sich die Feuerwaffen vorbereitet hatte.“

Entsprechend den Ueberlieferungen, die die Laburisten wiederholt in politischen und religiösen Verfolgungen befolgt hatten, blieb ihnen nichts übrig, als den Gegner auszulöschen. Das war der Anfang; dazu kam bald die Ausführung. Am Ende waren die Gegner Obregons; ihre Ideen, ihre Reformen, ihre eifrige Verteidigung der Revolution, die Obregon „verraten“ hatte, schlossen offensichtlich Gedanken, Programm und Person des Präsidenten ein. Es war notwendig zu handeln, aber die Klugheit verlangte, daß man ein Alibi suche und finde. Das weitere war so leicht getan als gefogt.

Schon für das Attentat im November, das in jeder Beziehung dem vom Juli gleicht, hatte man die Katholiken verantwortlich gemacht und ohne Prozeß hier Männer mit P. Bro an der Spitze erschossen.“ Der „Off. Rom.“ erinnert daran, wie deren Schuld durch nichts, ihre Unschuld aber durch viele Zeugnisse bewiesen wurde, wie die Lüge, der P. Bro zum Opfer fiel, kläglich zusammenbrach, und fährt dann fort:

„Es war notwendig, klüger vorzugehen. Trejo und Castro, die als Anhänger der Laburisten bekannt sind und schon im Verborgenen, genau gesagt, in den Automobilen blieben, die von den Reportern des „Ergelstar“ beim Hotel im Augenblick gesehen wurden, wo Obregon fiel, setzten sich als Ziel, ihren Mann auszuspielen; der Mord mußte aber in richtiger katholischer oder wenigstens neutraler Aufmachung vollbracht werden von einem Werkzeug der Verschwörung, von einem Blücker, der die Blücker auf sich zieht, um die anderen zu retten. Und dieser José de Leon-Loral, ein Karikaturnarr, ein überspannter Mensch, ein Halbmar-

wie ihn der Generalkonsul nennt, er ist verwandt mit einem Geistlichen!

Das war der erste Schritt. Der zweite hieß: Ordenspersonen belaften, als ob sie die Tat angeflücht hätten, wenn auf dieser passiven Gestalt im Vordergrund die Richter der sozialistischen Verschwörung zur Ansicht ausblühten. Also, Loral hat Verwandte im katholischen Lager, er ist harmlos, gut und sanft, kann reden und reden lassen. Aber mit den Priestern ist es schwer, zu einem Ziel zu gelangen. Das geht nicht so unter der Hand; sie leben verborgen und zurückgezogen, da die Ereignisse und Prüfungen sie gezwungen haben, gewichtig zu sein. Dafür gibt es Ordensschwester, und hinter den Schwestern steht als geistliche Wache der Klerus. Sie leben unter Klausur, seit frühesten Jugend unter dem Schleier, Töchter aus guten Familien, sind von strengem und frommem Leben, ganz auf die ewige Anbetung bedacht, während das Vaterland unter religiöser Verfolgung und Bürgerkrieg blutet. Die Hellen halten sich nahe dem Taubenneß. Der ausgeübte Mörder wird angeflücht, mit der Oberin zu sprechen. Diese — ihr „Geständnis“ in der Mitteilung (der mexikanischen Regierung, Am. d. Red.) haben wir nicht — weist auf die Zustände in Mexiko hin, sagt, was die ganze Welt denkt, was der Feind des letzten Blattes auf der Erde weiß, meint, seit Calles an der Macht ist, oder sein Nachfolger Obregon oder der unglückliche Patriarch der sektischen Nationalkirche, wird die katholische Kirche hier keinen Frieden haben, wird verfolgt, bekämpft, gequält sein.

José de Leon, der Karikaturist, findet Eintritt bei dem unglückseligen Gastmahl, macht, als ob er einige der Anwesenden zeichnen wollte, und schließlich schießt er, General Obregon fällt, durchbohrt von dreizehn Schüssen. Führte der Mörder einen Revolver oder ein Maschinengewehr? Einen spanischen Revolver. Dreizehn Schüsse im Körper des Toten und doch ebenso viele dürften fehlgegangen sein, bezogen auf sichere und unwiderlegliche Art, daß noch andere mit dem „Narren“ waren, um ihm an die Hand zu gehen. Blühlich erscheint unter den Verhafteten Juan Escapulario, ein Offizier des Heeres; aber das war nicht im Programm. Uebelangebrachter Eisen irgend eines Polizisten drohte den ganzen Plan zu enttüllen. Da griff, wie wir wissen, Calles mit Macht ein und erklärte, daß ihm unmittelbar der Mörder alles gestanden, daß er keine andere Personen bei sich gehabt, daß er aus religiösem Fanatismus getötet habe, ein Opfer der katholischen Propaganda! Und während von dem verhafteten Offizier niemand mehr spricht, flagt der Kriegsminister in einem Aufruf an das Heer, der „katholische Klerus“ sei mitschuldig und verflucht, einige Schwestern seien beschuldigt.

Blühlich stellt sich alles auf. Ein Schnelligkeitsrekord bemisst den langsamen Gang der gerichtlichen Untersuchung. In einem Augenblick sind alle Fäden der Verschwörung bloßgelegt.

Im weiteren charakterisiert das vatikanische Organ das „Gerichtsvorgehen“, das Calles persönlich im geheimen durchzuführen gedachte, und fährt fort: „Wäre Loral kaltgemacht worden, hätte, da Trejo geflohen ist, niemand die Sache aufstellen können und die Kapuzinerinnen von Guadalupe, die täglichen Anbetungen des Allerheiligsten Sakramentes, wären als die schrecklichen Schicksalsgöttinnen des Obregon erschienen. Aber der

Mensch denkt und Gott lenkt. Es trafen die Agrarier auf. Die Laburisten wurden zu Angeklagten. Die traurige Komödie war nicht einmal zum Teil aufrecht zu erhalten. Nicht einmal zum Teil, denn die katholische Verschwörung ist nicht haltbar, sie existiert nicht. Es gibt nur neue katholische Opfer. Uebrig bleibt nichts anderes, als ein neuer Abschnitt der Verfolgung.

Ablehnende Antwort des Völkerverbundes an Woldemaras

Genf, 13. August. Der litauische Ministerpräsident Woldemaras hatte, wie gemeldet, vor 3 Wochen unter Berufung auf die Entschliebung des Völkerverbundes vom 10. Dezember 1927 dem Generalsekretär des Völkerverbundes um Inangegangung einer Untersuchung an der polnisch-litauischen Grenze gebeten. Nach Einholung der Meinung des amtierenden Ratspräsidenten und des Berichterstatters, hat nunmehr der stellvertretende Generalsekretär, Adenol dem litauischen Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß beide Antworten ihn zu der Mitteilung ermächtigen, daß angesichts der formellen Erklärung der polnischen Regierung die Anwendung der von Woldemaras erwähnten Bestimmungen nicht gegeben erscheine.

Feier des Verfassungstages in Rom

Rom, 13. Aug. Zur Feier des Verfassungstages veranstaltete der deutsche Geschäftsträger Dr. Smend einen Empfang, an dem der bayerische Gesandte beim päpstlichen Stuhl, Mitglieder der deutschen Kolonie, sowie durchreisende Deutsche teilnahmen. In einer Ansprache feierte der Geschäftsträger die Reichsverfassung als das feste Fundament des neuen Deutschland, das die Belastungsprobe in den schweren Jahren nach dem Kriege glänzend bestanden habe. Ein kleines Orchester verkündete die Feier durch Darbietung deutscher Musikstücke.

Strefemans Pariser Reise

Berlin, 13. Aug. Die offizielle deutsche Antwort auf die französische Einladung zur Unterzeichnung des Kellogg-Parkes wird, dem „Berliner Tageblatt“ zufolge, Ende der Woche nach Paris übermittelt, die Entscheidung darüber, ob der Außenminister nach Paris fährt, fällt in den nächsten Tagen. Der Stellvertreter des Außenministers, Staatssekretär von Schubert, begibt sich morgen nach Oberhof, wo Dr. Strefemann sich zur Nachkur aufhält. Gegenstand der Besprechungen sind alle mit der Pariser Reise und dem Kellogg-Pakt zusammenhängenden Fragen. Auch die Generalkonferenz soll behandelt werden. Da Strefemanns Gesundheitszustand sich gebessert hat und über das französische Auslieferungsbegehren eine Verständigung erzielt ist, nimmt man bestimmt an, daß die deutsche Antwort an Briand eine Zusage enthalten wird. Wann der Außenminister die Reise nach Paris antritt, steht noch nicht fest, vermutlich am 24. oder 25. Aug.

Der Untersuchungsausschuß über die Verkehrssicherheit

J. H. Berlin, 13. August. Der vom Reichsverkehrsminister berufene Untersuchungsausschuß über die Verkehrssicherheit der Reichsbahn wird sich am 16. August auf die Reise begeben, um an Ort

und Stelle eine Untersuchung der Strecken, der Signale und der Dienstverhältnisse der Beamten vorzunehmen. Der Ausschuß wird erst nach Mitteldeutschland und im Anschluß daran nach Süddeutschland und Bayern fahren.

Das Beileid des Erzbischofs

Freiburg, 13. August. Auf die Mitteilung des Ablebens des Großherzogs hat der Erzbischof nach seiner Rückkehr von der Fuldaer Bischofskonferenz das folgende Beileidstelegramm geschickt:

Ihrer Königl. Hoheit der Großherzogin Hilde!

„Im N. S. spreche ich zu dem Hinscheiden des Großherzogs in aufrichtiger Trauer tiefempfundene Teilnahme aus. Seiner N. Hoheit werde ich in dankbarer Hochachtung ein treues Gedenken widmen.“

Karl Fris, Erzbischof.

Dem neuen Chef des Hauses der Fürstgrafen, Prinz von Baden in Callem hat der Erzbischof in ähnlicher Weise das Beileid kundgegeben.

Unglücksfälle und Verbrechen

Das Flugzeugunglück bei Seelen. Imfterdam, 13. August. Zu dem gemeldeten Flugzeugunglück auf dem Flugplatz Seelen bei Seelen werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Das Unglück geschah während eines von der Limburger Luftfahrtgesellschaft veranstalteten Fliegerfestes, an dem auch mehrere deutsche Flieger teilnahmen. Nachdem bereits mehrere Piloten aus Münden-Grabbach, Köln und Düsseldorf Schausflüge aufgeführt hatten, stieg der Pilot Geipel mit einem Daimler-Zweidecker zu einem neuen Fluge auf. Da Geipel gleich nach dem Start bemerkte, daß der Motor nicht regelmäßig arbeitete, brachte er den Apparat hinter einer Zuschauertribüne auf eine geringere Höhe, um zum Landungsplatz zurückzufahren. Dabei streiften die Flügel die Tribüne, die Maschine überschlug sich und stürzte in die Zuschauermenge, dabei Tische, Stühle und Menschen mit sich fortziehend. Unter den Zuschauern entstand eine Panik. Zwei Männer wurden auf der Stelle getötet, ein Schwerverletzter starb kurz darauf im Krankenhaus. Weitere vier Personen wurden schwer und 10, darunter der Pilot, leicht verletzt. Das Flugzeug wurde vollkommen zertümmert. Der Pilot wurde, wie bereits berichtet, vorläufig festgenommen.

Wildweib bei Bad Wildungen. Berlin, 13. August. Wie die BZ aus Cassel meldet, wurde gestern Nachmittag der Stationsraum des Bahnhofs Wega bei Bad Wildungen von maskierten Räubern überfallen, die den Stationsbeamten mit Pistolen in Schach hielten und die Kasse raubten. Der Beamte wurde an Händen und Füßen gefesselt, während die Räuber die Flucht ergriffen.

Schweres Bootunglück. Kiel, 12. August. In der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr ist auf der unteren Schwentine das Motorboot „Alice“ infolge Ueberlastung gesunken. Die „Alice“ hat nur acht Personen befördert, darf aber 21 Fahrgäste an Bord, die wie auch der Führer des Bootes angetrunken gewesen sein sollen. Vom Linienfähri „Hessen“ und von der Hafenpolizei wurden die mei-

Herschau katholischen Lebens sind die Katholikentage. Kommt nach Magdeburg vom 5. bis 9. September 1928!

sten der ins Wasser Gefallenen, sowie auch das Boot geborgen. Doch sind der Heiligenschein und der Linienfähri „Hessen“ ertrunken. Ihre Leichen wurden geborgen. Der Führer des Bootes wurde verhaftet.

Kotflanzung eines Flugzeuges im Wattenmeer. Hamburg, 13. August. Das Flugzeug des „Samburger Fremdenblattes“ unternahm heute früh auf einem Watt südlich von Keitum eine Kotflanzung. Infolge des bösen Wetters hatte der Pilot eine Schiffschiff für eine Wiege angesehen. Die Maschine bemogte sich eine kurze Strecke auf dem weichen Grunde fort und überschlug sich, weil sich der Propeller in den Boden eingewühlt hatte. Die beiden Insassen sind unversehrt geblieben. Die Zeitungsmaschine des Flugzeuges wurde geborgen. Versuche sind im Gange, um die Maschine auf Land zu bringen.

Das unverantwortliche Ueberholen. Köln, 13. August. Wie die „Kölnische Zeitung“ meldet, geriet am Sonntag Nachmittag auf der Landstraße Obilg-Sülben der Kaufmann Schulz aus Solingen, als er auf seinem Motorrade einen anderen Motorradfahrer überholen wollte, in eine aus entgegengesetzter Richtung kommende Gruppe Radfahrer. Schulz und seine auf dem Sozius sitzende 14jährige Stieftochter stürzten, ebenso ein Radfahrer und eine Radfahrerin. Alle vier wurden schwer verletzt. Schulz und seine Stieftochter starben auf der Fahrt zum Krankenhaus. Die Radfahrerin nach mehreren Stunden, während der vierte außer Lebensgefahr ist.

Ein Güterzug entgleist. Eisen, 13. Aug. Die Reichsbahndirektion teilt mit: Am 12. August nachts 1.10 Uhr überfuhr am Bahnhof Scharnhorst auf der Strecke Dortmund — Hamm der Taubenzug Nr. 6073 das auf Halt zeigende Einfahrtssignal. Die Lokomotive, der Packwagen, ein Begleitwagen und zwei Taubenzüge entgleisten. Vier weitere Wagen wurden stark beschädigt. Die Lokomotive überfuhr einen Brellbock und rutschte die Böschung hinunter. Personen wurden nicht verletzt. Die Beschädigung des Packwagens ist unbedeutend. Der Zug wurde mit einer besonderen Lokomotive mit einer etwa fünfständigen Verspätung weiterbefördert.

Von einem Fehlschütze erschossen. Waldsee (Baden), 13. August. In Weidenried wurde ein Gastwirt, als er einen zweifelhaften Gast aufforderte, seine Fede zu bezahlen, von diesem durch einen Revolverbeschuss ins Herz getötet. Der Täter flüchtete und konnte noch nicht ergriffen werden.

Brennendes Motorboot auf dem Bodensee. Meersburg, 13. August. Auf dem Bodensee in der Nähe von Meersburg geriet der Vergaser eines mit 75 Personen besetzten großen Motorbootes in Brand. Unter den Fahrgästen entstand eine Panik. Auf der hinteren Bootshälfte kam es zu einem derartigen Gebirge, daß mehrere Personen ins Wasser stürzten. Es gelang jedoch, sie zu retten. Das Boot konnte die Fahrt bis Meersburg fortsetzen.

Das schwarzrotgoldene Frankfurt a. M.

Republikanische Festtage: 11. bis 13. August.

Frankfurt am Main hat schon herrliche Festtage erlebt in seiner vielhundertjährigen Geschichte. Der Römer und der Dom erstahlten schon unzählige Male im Schmude bunten Fahnen und Girlanden im Glanze tausender Festlichter. Freiburg i. B. hat dafür seinen klassischen Münsterplatz, Frankfurt am Main seinen Römer, das Wahrzeichen einer großen Vergangenheit. Die Tradition der Pauls-Firch ist jünger. Sie lebte in der Geschichte der Mainstadt unauslöschlich gezeichnet. 1843: Das erste deutsche Parlament tagt in der Pauls-Firch. Schwarzrotgold weht erstmals offiziell an der Stätte einer deutschen, verfassunggebenden Nationalversammlung. 1928: 80 Jahre sind seitdem dahingegangen. Frankfurt rüstet neuerdings zu einem Festtag, diese Erinnerung an 1848 zusammen mit dem Tag von Weimar feierlich zu begehen. Seit dem Katholikentag im Jahre 1921 hat Frankfurt kein solches Festtribuum mehr gekannt wie in den Tagen von 11.—18. August 1928. Frankfurt, die traditionelle Stadt der Kaiserkrönungen, ist ebenso die typische Stadt deutscher Demokratie. Weit über 100 000 uniformierte Republikaner steht die Mainstadt dieser Tage in seinen Straßen marschieren, umjubelt von einer für Freiheit und Republik begeisterten Bevölkerung. Schwarzrotgoldene Farben beherrschen das Straßenbild, untermischt von dem Schwarz-Weiß-Blau des Reichens und dem Rot-Weiß der Stadt. In langherabwallenden Fahnenbüchern, in kleinen Papierfahnen, an den Türen, an den Fenstern, soweit das Auge schauen kann, ein gütiges Klagen ist. Die Altstadt und die Vororte voran. Von allen Türmen weht die Schwarzrotgoldene. Da und dort die Sowjetfahne als arbeitsloser Protest gegen ein schwarzrotgoldenes Fahnenmeer. Schon in den Frühstunden des 11. August beginnt der Einmarsch der Ortsgruppen aus allen Ecken Deutschlands. Von den Bahnhöfen zu den Standquartieren an der Peripherie der Stadt. Den ganzen Tag über sind die Straßen und Plätze von Reichsbanner-

leuten belebt. Immer neue Jüge und Autos rollen heran. Die Hamburger Jungens fahren in sechs überfüllten Autos an, bei der Hauptwache freundlich begrüßt. Die schwarzuniformierten Oesterreicher marschieren unter den Klängen einer feurigen Musik vom Hauptbahnhof in die Feste ein nach dem Norden. Die Konstanzer Seeoffiziere rücken im Omnibus an. Ihr Fahnenwappen lenkt die Aufmerksamkeit des Publikums auf sie. Die Ankunft des Magdeburger Bundeslandes bedeutet eine mächtige Vertrauensleistung des Reichsbanners zu seiner Führung. Der Verkehr in der Feste, an den Bahnhöfen, bei der Hauptwache nimmt mehr und mehr belanglose Formen an. Die Preussische Polizei aus der Schule Soering ist auf dem Domplatz. Schoner bewaffnet: Revolver, Seitengewehr, Gummiknüppel. Schon um ein mehr als hundertfacher als die badische Polizei. Der Feste macht es eben. Die Straßenbahnen sind überfüllt. Auf den Trittbrettern stehen sie, an den Griffen hängen sie. Man fährt „schwarzrotgoldene“ Wagen. Die Käppi-Schaffner kommen nicht durch. Man fahrt vor Hitze und bekommt Reizschmerzen, man fahrt fest und findet sich auf Stundenlangen Umwegen in seinem Standquartier wieder. Die „Rabebe“ und „Koffron“ provozieren durch Reiten der A. J. S. und Bekämpfern von Breitereverfälschern und Wauerwänden: 10 Jahre deutsche Republik, für die Kapitalisten alles, für die Arbeiter nichts, es lebe die Kaiserrepublik, hoch Lenin, hinein in die rote Front u. a. m. Auf dem Römerplatz liegen die gerissenen kommunistischen Schriften und Plakate zu Dutzenden umher. Man ist gespannt, wie sich das festlich bewegte Stadtbild von der Höhe des Domes ausnimmt. Es ist ein mühsames Hin- und Herfinden auf hunderten von schmalen Treppchen. Das Geschehen lohnt die Mühe. Unvergleichlich die in der untergehenden Sonne flimmernden Konturen der westlichen Stadtperipherie, die von der Abendsonne umleuchteten Türme, die in der Ferne sich verlierenden Stadtteile und Vororte, die nebligen Umrisse des Taunusgebirges. Ein Reichsbannerflugzeug zieht seine Kreise über der dämmernden Stadt. Schwarzrotgoldene Fahnen wehen unter seinen Tragflügeln. In der Festhalle geht die Verfassungsfeier vor sich. Inzwischen fluten die

Menschen zu den Ufern des Mains, in Erwartung des großen Zapfenreiches und des Brillantfeuerwerks. Dunkelheit ist über Frankfurt hereingebrochen. Tausende Lampen brennen in den Straßen auf. Jetzt kann die „Frankfurter Nacht“ beginnen. Die Polizeistunde ist aufgehoben. Trommler und Pfeiferkorps marschieren an. Ein einziges Schwirren der Trommeln, ein Donnern der Pauken, ein Klängen der Schellenbüchsen, ein Müstieren der Pfeifen, ein Knallen und Explodieren der Feuerkörper hoch in den Lüften. Ein breiter Lichtstrom flutet über die massive Steinbrücke: eine mächtige Feuerzuckelade, die weit und breit das Gelände taghell erleuchtet. Ein Säunen erst, dann ein gewaltiger Wellensturm. Dom und Sachsenhäuser Kirche und mit ihnen die Uferhöhen des Mains erglänzen in bengalischer Röte. Illuminierte Boote und Röhne schaukeln auf den feuerbesessenen Fluten. Und weiter wagt das Leben und Treiben einer Frankfurter Nacht, in der Festhalle, im Vergnügungspark, auf dem Messengelände, in den Kolonen bei Mühl und Tanz, im nächsten Dummeln durch die weitläufigen Stadtbezirke. Frankfurt feiert den 11. August wie Paris seinen 14. Juli. Das Militär ist ersetzt durch ganze Regimenter uniformierter Republikaner. Die Radizüge vermehren ihre Zahl. Die Massenquartiere in der Turnhallen füllen sich, fünf Stunden Kasternen- und Unterstandsmantel auf gesundem Strohlager. 7 Uhr morgens ziehen die Spielmannszüge durch die Straßen. Zum Appell! In den Frühgottesdiensten finden sich solche eine eine Sonntagspflücht. In den gütigen weichen Klagen sammeln sich die Gasse und Stämme. Es beginnt der grandiose, dreistündige Aufmarsch des Reichsbanners zum Ostpark. Bei der Schwarzburgschule formiert sich der Gau Baden. Von allen Richtungen ziehen sie ein 10 000 und wieder 10 000. Mit wehenden Fahnen und klingendem Spiel, ein einziges Heerlager, über 100 000 Mann. 12 Uhr ist der Aufmarsch beendet. Die Neben beginnen. Kurz und marant, brennend in einem einzigen Feuerbrennen zum republikanischen Großfestland, zum schwarzrotgoldenen Banner. Universitätsprofessor Deissner spricht für das Zentrum. Nach 1 Uhr setzt sich der Festzug in Bewegung: Ost-Weiß eine Festschilde. 36 Spiel-

mannszüge und Musikkorps: Trommeln, Pfeifen, Fanfaren, Schalmieren, Signalhörner klängen in einem gewaltigen Akkord zusammen, von Gau zu Gau. 6000 Mann schlugen und bliesen diese Musik. Ganze Fahnenwälder zogen über, neue und alte aus Samt und Seide, geschliffene, zeretzte, durchschossene von 1848. Die Sambaer Fahne fällt besonders in die Augen. Bunte Uniformen. Fast jeder Gau seine eigene. Man könnte darin leicht eine föderalistische Einstellung der Gasse erblicken, die sich nach dem Empfangen ihrer Stammesbezeichnungen nicht nach einem absoluten Regimente. Da marschieren Braun-, Grün- und Schwarzgehenden, Alpler und Böhmer, Matrosen von der Nordsee, Schneeschuhführer vom Eisplatz in Berlin, da steht man „Krieger“ und „Eier“, helle und dunkle, Röhler, Schupporler. Ein farbenfroher, bunter Zug und dennoch sauber und adrett ein marschierendes Heer in 10er-Reihen, freudigen Blickes und Trittes, ehemalige Frontsoldaten. 2 1/2 Stunden währt der Festzug zum Ostpark nach dem Messengelände und dem Vergnügungspark. Rängt sind die ersten Gasse einmarschieren, warten im Osten immer noch Tausende auf den Abmarschbefehl. Seit 10 Uhr schauen die Menschen stehend, sitzend und liegend auf Bäumen und Leitern nach dem Haken des Juges aus. Es ist ein langes, geduldiges Warten. Und wie die Heeresgäulen im generalen Marschschritt herannahen, da ist alles ein Jubeln und eine Begeisterung. Man muß die leichtläufigen Frankfurter kennen. Es regnet Blumen, es winken ungezählte Röhnen und Tücher, „Frei Heil und Freundschaft“ die fröhliche Parole! Um 4 Uhr zieht die Frankfurter Ehrenkompanie in den Vergnügungspark ein. Sunzig und durstig sind sie alle von dem siebenstündigen Warten und Marschieren. Dann aber herrlich Stimmung. Dialekte schwirren durch einander: von der Watzlarnte bis zum See, von Wien über München-Beizig-Berlin bis Hamburg, vom Rhein, der Elbe und Oder. Endlich der Festzug fährt ein Großteil der 98 Sonderzüge in die Heimat zurück, in den dunkelnden Gewitterdräuenden Abend hinein. Aus dem festenden Zug über die knatternden Schienen fällt es nach dem schwarzrotgoldenen Frankfurt zurück: Lebe wohl, du Feste am Main.

Ludwig Arnet.

Glück und Wech im Fliegen

Ein Schweizer Berichterstatter hatte Gelegenheit, die beiden Schweizer Piloten Käfer und Nöhler, die in den nächsten Tagen zu einer Fluglandfahrt starten, auf einem Probeflug zu begleiten. Seine interessanten Erlebnisse schildert er folgendermaßen:

Doch uns die zum Flugbetrieb Dübendorf (Flugplatz von Jülich) gehörende Schöfherde auch diesmal wieder verabschiedete, ist selbstverständlich. Alfred Comte setzte sich ans Steuer, ich mich nachbarsch in Position, und so zogen wir nach kurzem Anlauf in die Höhe. In wenigen Minuten hatten wir die Erde 1000 Meter unter uns, überflogen die Brandstätte der Brüttelener Schmelzfabrik, stellten über Decken auf den Zürcher Hauptbahnhof los, tanzten über der Nimmal etwas Ringelreihen, stellten fest, daß an diesem heißen Tage viel Wäsche in den Gärten getrocknet und viel Betten auf den Dächern gewaschen wurden, bemerkten, daß das Zirrusfeld, von dem am Morgen noch nichts zu sehen war, schon freisich auf Jülich's Zimmelschloß stand, winkten den Strandbädern zu, zählten, in die Tiefe stehend, die Segelboote, worauf der lenkende Luftkollage eine kleine Erklärung des Alpenpanoramas vom Säntis weg bis zu den Walliser Alpen folgen ließ. Das alles geschah in einem gemächlichen Raum, wohl temperiert, in dem man die Beine ausstrecken und sich wie zu Hause fühlen kann. Nur wenn man etwas in Begeisterung gerät, mit den Händen gestikuliert und seinen Zeigefinger im luftgefüllten und windgeladenen Weltraum ausstreckt, bekommt man einen kalten Schuß durch den Nacken, der beim Ohr wieder herausfließt. Ueber Napperswil, nach 18 Minuten Fahrtzeit, trieben wir munter über Schloß und Hafen, trudelten nach links und rechts, gingen tief über die Dächer der Stadt nieder, turnten uns in kurzen Kurven wieder in die Höhe, guckten schnell ins Zürcher Oberland hinein und genossen aus höchstens 200 Meter Höhe alle Details der Landschaft. Eine elegante Landungsstrecke mit 40 Grad Neigung war das letzte Aufmerksamkeitsmerkmal, dem der nach jedem Flug absolut notwendige und längst berühmte Zug aus der Zigarre folgte.

Pilot Oskar Käfer, ein Schüler von Alfred Comte und Eigentümer des Flugzeuges, wartete längt mit Ungeduld auf uns, hatte er doch dem Fluggast den zweiten Flug versprochen. Er begann wunderbar im Abendsonnenlicht und führte uns in fast gerade Linie über Regensburg zur waldreichen Gegend empor. In 1000 Meter Höhe zogen wir über den Felsgrat, herlich begrüßt von einer großen Kinderfahne auf der Hochwacht. Wenige Minuten turnten wir über der Wälderstadt Baden, vollführten hier ein paar schöne Steilkurven über Schloß Wartenstein und steuerten alsdann pfeilrecht zum zweitenmal auf den Säntisrücken zu, den wir, beinahe so tief, um Blumen flüchten zu können, wiederum seiner ganzen

Länge nach moßen. Und wiederum grüßte uns in der Tiefe die Kinderfahne und dankend winkte ich ihnen zu.

Das war abends 5 Uhr 31... einige Sekunden später hatten wir an anderes, ganz anderes zu denken. In dem bisher glänzend arbeitenden Motor erfolgte ganz plötzlich eine Detonation, die uns erschreckte, kurz, hart, scharf, wie ein Kanonenschuß, mit einem knirschenden Geräusch begleitet, das nichts Gutes versprach. „Motordefekt?“ fragte ich. „Ja,“ die kurze Antwort. „Notlandung?“ Wiederum ein kurzes Ja. Das war in einer Höhe von ungefähr 750 Meter, uns im Süden Regensburg und die Gegend, vor uns, etwa 6 Km. entfernt, die Straf-anstalt Regensburg.

Was in den nächsten kurzen Sekunden folgte, war viel rascher erlebt, als es zu erzählen ist. Der Propeller freifte noch immer, schlug grell am Motorgehäuse an, da durch Zerstörungen im Motor seine Drehungsarbeit behindert wurde. Ruhig und kaltblütig blieb der Pilot, blickte scharf über den Rand der Kabine, nach einem Platz suchend, während das Flugzeug, glücklicherweise stabil bleibend und in seinen Tragflächen umherfliegt, in scharfem Gleitflug in einer weiten Kurve zur Erde hinabsinkt. Arbeitende Bauern auf dem Feld blickten erschrocken nach oben, erkannten, daß hier etwas Unwartetes kommen mußte; eine Viehherde — ich fürchte, wir würden in sie hineinfallen — flüchtete in langen Säben in einen Wald, die gelben Getreidefelder flogen uns geradezu entgegen, und immer noch drehte sich der Propeller und schlug ans Gehäuse. Käfer, der den Motor sofort abgestellt hatte, bediente geschickt das Höhensteuer, um die Wucht des Gleitfluges zu mildern. Das gelang ihm und zum Glück fand er auch rasch ein günstiges liegendes Stoppelfeld dicht hinter einem grünen Bördchen, das ein Feld mit aufgeschichteten Garben, zwischen denen sich eine Gasse befand. Auf diese zielte er und kam auch glücklich durch; vor dem Bord schlug das Flugzeug zum erstenmal stark auf den Boden auf, wobei der linke Rneu seinen Geist aushauchte; mit Hilfe des Höhensteuers jedoch das Behältnis wieder empor, das Bördchen als Sprungbrett benutzend... da riß sich im letzten Augenblick und in etwa 5 Meter Höhe auch noch der schwere metallene Propeller vom Motor los, glücklicherweise nicht ins Flugzeug, sondern rechts ins Feld laufend. Ein letzter Aufsprall, und wir standen still, in den ersten Minuten unfähig etwas zu denken, vor uns der kurze Auslauf des Feldes mit starkstromleitungen und der Bahnlinie dahinter. Wir gaben uns, Freundschaft fürs Leben schließend, die Hand; die dazwischen Minuten dieser Notlandung hatten uns zusammengeführt. Der Pilot verdient trotz der Jugend das Zeugnis eines ausgezeichneten, geistesgegenwärtigen Führers, der in einer außerordentlich kritischen Situation den Kopf nicht verlor und die Maschine trotz

allen Defekten glücklich auf die Erde brachte. Der harte Stoß beim Landen verletzete mir ein blaues Erinnerungsmal an diese meine 88. Luftreise, die glücklich im Unglück endete. Ein Neulebruch im Motor war die Ursache unseres Mißgeschicks und wird wohl auch die Ursache sein, daß die beiden schweizerischen Piloten ihre Fluglandreise etwas verschoben müssen da ein neuer Motor aus England herbeigebracht werden muß.

Man sieht, auch ein geflogener Berichterstatter lernt nie aus. Wenn er etwas aus diesem Erlebnis fürs Leben behält, so ist es die Erkenntnis, daß es in den kritischen Momenten nur eines gibt: ruhig bleiben, den Piloten in nichts stören; nur einer kann befehlen und disponieren, nur einer die Landung dirigieren. Wer Gast und Passagier ist, hat zu schweigen, ende die Fahrt so oder anders...

Baden

Eine späte Berichtigung

schickt uns der Spitzenkandidat der Christlich-sozialen in Baden. Es sind jetzt drei Monate, daß die Zentrumsblätter einen Artikel über den Herrn August Lehmann „Die Vitus-Keller-Partei und ihr Spitzenkandidat“ brachten. Darum Herr Lehmann jetzt erst zu einer Entgegnung aufgefordert hat, wissen wir nicht. Aber alle Welt wird das sehr sonderbar finden. Die Berichtigung beruht sich auf den § 11 des Pressegesetzes, entspricht diesem Paragraphen jedoch nicht. Wir geben aber aus ihr das Wesentliche wieder:

Gegenüber der Behauptung in dem von uns wiedergegebenen Artikel, Herr Lehmann habe es trotz seiner 23 Priesterjahre noch nicht zum gelehrten Pfarrer gebracht, verweist Lehmann darauf, daß er vor 10 Jahren unterm 18. Juli 1918 vom verstorbenen Erzbischof Thomas Rörber zum Pfarrer ernannt und proklamiert worden sei. Er habe aber aus freier Entschlieung auf Inhabilität und Gehalt seitdem verzichtet um seines Missionsberufes willen.

Der Titel Missionsprokurator siehe ihm auch heute noch zu, da er von der durch ihn selbst ins Leben gerufenen Missionsgesellschaft nie abdingbar gewesen sei. Die Missionsgesellschaft (die anscheinend heute ohne ihren Gründer weiterbesteht) habe auch für ihn schon längst eine Ehrenerklärung beim Ordinariat abgegeben. (Ob Herr Lehmann sich unter diesen Umständen heute noch Missionsprokurator nennen kann, darüber wäre eine Doktorarbeit zu schreiben.)

Herr Lehmann stellt weiter fest, daß er zugleich mit der Zusage an die Christlichsoziale Partei, als ihr Spitzenkandidat aufzutreten, auch Anzeige an die Kirchenbehörde darüber erstattet und um ihren Segen gebeten. (Selbstverständlich mußte Lehmann nach den Bestimmungen des kanonischen Rechtes zuerst die Erlaubnis haben, bevor er die Zusage machte.)

Bezüglich der ihm von der Kirchenbehörde gegebenen Antwort beruft sich Herr Lehmann darauf, daß jene Veröffentlichung an Unrecht erfolgt sei und das Ordinariat an

der Veröffentlichung keine Schuld treffe. (Wenn der Redaktion des Bad. Beob. die Sachlage genau bekannt gewesen wäre, so hätten wir von der Veröffentlichung jener Antwort aus formellen Gründen und auch deswegen abgesehen, weil es ja auch so bekannt geworden ist, daß das Ordinariat Herrn Lehmann die Erlaubnis zur Annahme einer Kandidatur nicht gegeben hat.)

Weiter versichert Herr Lehmann, daß er nie behauptet habe, er lese gar keine Zeitung, es sei ja doch alles verlogen. Lehmann schreibt uns in diesem Punkt: er habe gesagt: „ich halte keine Zeitung“ und habe dies mit der Unmöglichkeit wegen seiner Berufstheilen begründet. Außerdem habe er allenthalben Gelegenheit, allerlei Blätter zu lesen. Insbesondere lese er zu Hause den Bad. Beob., der von seinen Familienangehörigen gehalten werde und auch jetzt noch auf seine Anregung hin trotz der Angriffe auf ihn weiter gehalten werde, weil er kein persönliches Hochgefühl aufkommen lasse.

Wir haben damit das Wesentliche der Berichtigung des Herrn Lehmann, der jetzt mit „August Lehmann, seiner Zeit ernannter Pfarrer“ zeichnet, wiedergegeben. Darum er diese Erklärung ein Vierteljahr nach der Wahl schickt, ist uns, wie gesagt, nicht klar. Wir geben sie eben wieder, um den Schein zu vermeiden, als hätten wir irgend welches Interesse daran, die Dinge um Herrn Lehmann in anderem Licht erscheinen zu lassen, als sie in Wirklichkeit liegen.

Bilder vom Verfassungstag 1928

Von einem Landwirt aus dem Odenwald:
Blau ist der Himmel und die Morgenluft so warm und weich, daß der wetterkundige Bauersmann sagt: Heute wird es Regen geben. Siehe da! Diäster wird das Gewölk und schon fallen einzelne Tropfen herab auf die dürftige Erde. Der Regen fällt stärker, es gewinnt den Anschein, als gäbe es den schönsten Regentag. Aber Morgenregen und Herrenlammen dauern nicht lange, hat ein altes Sprichwort, das sich am Verfassungstag aufs neue bewahrheitet. Die Wolken verziehen sich, werden dünner und lichter, daß blauer Himmel bald die Oberherrschaft gewinnt. Und vom Mittag ab strahlt ein Sommerhimmel über die Felder und Auen, daß einem das Herz im Leibe läßt. Auf den Regenfluren wird es lebendig. Schon am frühen Morgen, als des Wetters Launen noch ungewiß der Menschheit dräuen, führen die Wagen ins Feld um die Brotfrucht zu bergen, ehe der Regen auf sie herniederrauscht. Wohl ist heute Verfassungstag — aber es ist zugleich Samstag und morgen wirklicher Sonntag. Seit 6 Wochen anbauernnd schönstes Sommerwetter — der wetterkundige Landmann sagt sich, daß nichts besser einander herausgibt, als das Wetter. Kommt ein Witterungsumschlag, dann kann kein Mensch sagen, ob die vergangenen Tage wiederkehren. Darum muß heute am Verfassungstag in die Scheuer gebracht werden, was Zeit und Kraft bei Menschen und Vieh zügigt. Bis spät in die Nacht hinein ist es in den Scheunen und Ställen lebendig, denn morgen ist Sonntag und da muß noch alles geordnet

Ursula Wittgang

Die Chronik eines Lebens.
Von Heinrich Berkhausen.

Da geschah das Unerhörte: Der Brief einer entfernten Verwandten, von der sie nichts wußte und nie gehört hatte, lud sie zu sich ein. Sie, die Tante wollte die weitere Erziehung der kleinen Ursula übernehmen, diese Sorge dem gramgebeugten Vater liebevoll abnehmen.

„Ja, fahre hin, Ursula,“ sagte der Vater. Sie bemerkte nicht, wie er ihr nicht in die Augen sah dabei.

Und Ursula lächelte aus vollem Halse. „Die dumme Tante! Als ob ich von dir könnte! Die dumme Tante!“

„Es ist doch besser, wenn du wenigstens den guten Willen zeigst, Kind. Nur für die Ferienahre hin.“

„Du glaubst — du meinst — wirklich?“

„Ja, Kind.“

Da brach ihr Kinderhimmel zum zweiten Male zusammen. Ihre Kleider wurden gepackt, auch die Schulbücher. „Es ist doch nur für die Ferien!“

Auch die Schulbücher wurden gepackt. Dann kam die letzte Nacht im Elternhause. Die Fenster in ihrem Zimmer standen weit offen. Der Mond brannte wie eine Fackel über die sich wiegenden Bäume, daß alle Büffel in Flammen standen. So brannte es auch in ihrem Herzen.

Vor dem Bett ihrer Mutter brach sie in die Knie. Da konnte sie zum ersten Male in ihrem Leben aus ganzem Herzen weinen. Aber der Jagdwagen wartete schon, der sie zur Bahn bringen sollte. Eine rechte Frühlingssonne lächelte vom frühen Himmel auf die Erde hinunter. Und die beiden Jagdhunde tanzten fast über die Gänge weg.

„O meine Hunde!“

Und aus Ursula Wittgangs Kinderherzen lag ein kleines, rotes Bäcklein, wie einst aus dem Mund ihrer toten Mutter.

Ursula Wittgang war damals zwölf Jahre alt.

Von einer ganz unbefehrblichen Diebstahls-würdigkeit war diese Tante, so daß Ursula Wittgang sofort das Gefühl hatte, sich vor ihr verteidigen zu müssen. (Denn wie oft im Leben ist das Schöne nur der Widerschein von Sahlischen.)

Ursula tat recht, auf der Hut zu sein. Aber dann zergürbelte sie wieder ihr Herz, aus welchem Grunde ihre Tante denn dies alles auf sich genommen habe? Freude machte sie ihr wahrlich nicht.

Erfri meinte sie und verlangte immer wieder nach Hause. Als aber die Ferien ihrem Ende zuzugingen, wurde sie bei der neuen Schule angemeldet. Mit einem Gesicht machte es ihr die Tante klar, daß das nicht anders sein könne. Vater müsse wieder frei seinem Berufe leben, Ursula erinnere ihn zu viel an die tote Mutter.

„Das soll ja gerade...“

Was sie doch für ein ungezogenes Kind sei! Die höchste Zeit, daß das Leben sie ernstlich in die Schule nehme. Die Mutter habe sie nach allen Regeln der Kunst verzogen. Nun würde sie keine Ruhe im Grabe mehr haben, sehe sie ihre ungeratene, störrische Tochter.

Ah ja, Ursula wolle ja schon von selbst! Ja doch! Ganz von allein!

„So ist es gut, liebes Kind.“ Und die liebe Tante strahlte. Sie war eine Meisterin, sie brachte es fertig, aus einem gerade Menschenkind ein Wachsbaumchen zu machen.

Erziehung nannte sie das. Sie war eine Meisterin.

Ursula Wittgang konnte nicht tollern wie die andern. Laufen, daß die Röcke fliegen und die heftigen Saarschleifen flatterten, Räder schlagen mit den Fingern um die Wette. Ursula Wittgang haßte das Lernen, aber dennoch (vielleicht deshalb gerade?) wurde sie Erste in der Klasse. Eine Muster-schülerin, ein Vorbild.

„Seht nur Ursula Wittgang!“ sagte die Lehrerin

Und ihr Herz meinte und war einsam. Eine Mitschülerin hatte Ursula Wittgang, das war Bertha Sternheim, die einzige

Jüdin der Klasse. Ihr Vater war sehr reich. Und nur dies hielt die andern ab, sie nicht noch mehr zu quälen und zu verpöhlen, als sie ohnedies schon taten. Ursula Wittgang und Bertha Sternheim wurden bald Freundinnen, sie hatten auch den gleichen Schulweg. Halbsechste Tag lang war Ursula Wittgang bei ihr. Zu Hause blieb ihr oft das Brot im Halse stecken. Aber bei Mutter Sternheim war sie wie das Kind daheim.

Und der Sommer kam und ging.

Wißt du noch, Ursula Wittgang, wie du nie begreifen wolltest, wie schön doch der Herbst ist? Der Abschied?

Ah ja, das Kopfstuch umgeschlagen, durch geduckte Häuser hin zur Judengasse. Und der Wind rüttelt an Fenstern und Türen, schmeißt einem welke Blätter hinten nach und jöhlt wie ein Straßenschnitzwerk dazu. Und dann in die warme, wolkige Stube hinein zu Mutter Sternheim. Bratäpfel braten im Ofen, und die Petroleumlampe brennt schon.

Oder auch ohne Wind, ganz in flammendes Rot getaucht von der untergehenden Sonne. Gelbe Streifen am Himmel, und die Bäume so nackt und wie frierend, als wollten sie die gelben Lächer vom Himmel erbitten, um sich zu kleiden damit.

Oder auch wieder ganz warm plötzlich wie im Sommer, alles vergilbt, und das braune Raub am Boden rächt sich ein wenig aufgeschloßes Gold um die Füße. Man braucht sich nur zu bücken, um es zu greifen.

„Rein, nichts greifen wollen — es ist doch so schön genug!“

Und schon, ehe der Traum recht begonnen, gerrann er in Sehnsucht. Bertha Sternheim kam von der Schule fort und zu Verwandten in die große Stadt.

Wohl ging Ursula Wittgang noch oft in das kleine Haus in der Judengasse. Aber ihr Herz war einsamer denn je. Da lebte nur noch Vater. Sie wußte, eine fremde Macht hielt sie mit Gewalt von ihm fern. Und sie schrieb ihm, so oft es ihre Zeit erlaubte. Und darüber hinaus noch in Gedanken. Er würde wieder schreiben, bald — bald.

Auch dieser Winter ging vorüber, aber die Tante blieb gleich liebenswürdig. Wie schon sie nur alles wieder zu ihrem Geburtstag gemacht hatte! Draußen kletterte der Mai auf die Bäume, zupfte lauter grüne Knospen hervor und grub Blumen in die Wiesen. Und Blumen standen auch an ihrem Tischplak, als Ursula Wittgang aus der Schule kam. Und ein ganzer Haufen Post lag da. Obenauf aber Vaters Brief.

Aufgemacht, natürlich. Aber Ursula war das gewohnt. Es gab ihr jedesmal einen Stich ins Herz, wenn sie daran dachte, jemand Fremdes habe darin schon vor ihr gelesen. Was tat es, es war dennoch Vaters Brief.

Und wie die Tante lächelte, oder höhnte? Es war ihr plötzlich so, als würde sie ausgelacht. Sie wollte den Brief jetzt nicht lesen in ihrem Beisein.

Eine unbegreifliche Angst griff nach ihr, der Brief war plötzlich so heiß in ihrer Hand, als würde er gleich lichterloh brennen.

„Aber so lies doch, kleine Ursula. Ich bin doch gespannt, was Vater schreibt zu deinem Geburtstag!“

„Wie ich dich haße,“ denkt Ursula. Dann faltet sie den Bogen auseinander: „Mein liebes Kind! Nun ist Mutter schon über ein Jahr lang tot. Aber bald sollst Du eine Mutter haben. Ich werde in zwei Wochen wieder heiraten. Bleib nur brav wie bisher und lerne tüchtig. Nach auch Tante nur Freude, sie tut Dir ja alles zu Liebe. Sei herzlich gefügt an deinem Festtag. Dein Vater.“

R. S. „Tante wird dir manzige Mark geben, davon sollst du dir etwas Schönes und Nützliches kaufen, heute.“

Das hatte die ewig lächelnde, liebenswürdige Tante denn doch nicht erwartet — Ursula Wittgang ging wortlos aus dem Zimmer; sie tat nichts, sie sagte nichts, sie schloß leise die Tür hinter sich zu.

An diesem Tage kam Ursula Wittgang von ihrer Kammer nicht mehr herunter.

Nun waren auch die Säulen ihres Kinderhimmels eingestürzt. Ursula Wittgang, der junge Mensch, lag tränenlos und emhülligt auf seinen Trümmern. (Fortf. folgt.)

Rede des Abgeordneten Dr. Föhr in der Generalausprache des Badischen Landtags

Meine Damen und Herren! Wenn in der Generalausprache nunmehr die zweite Gattung an die Reihe kommt, so wird es in erster Linie notwendig sein, einige Bemerkungen vonseiten unserer Partei zu dem zu machen, was bisher ausgeführt worden ist. Es ist selbstverständlich unmöglich, auf alles eingugehen, was gesagt worden ist. Ich werde lediglich ein Paar Punkte herausgreifen, um hierzu einige kritische Bemerkungen zu machen.

Um mit dem letzten Redner anzufangen, dem Herrn Abg. Voh, der vor Eintritt in die Mittagspause gesprochen hat, so will ich nur das eine sagen: Er hat geglaubt, die vorzügliche Rede unseres Kollegen Geurich herunterlegen zu sollen. Ich war nun gezwungen auf das, was Herr Abg. Voh programmatisch in dieser Generalausprache zu bieten in der Lage sein werde. Ich muß sagen, es ist so mager, es ist so inhaltslos, es ist lediglich eine häßliche ironisierende Kritik gewesen, jedoch es sich eribrigt, sich irgendwie weiter mit diesen Ausführungen zu befassen.

Der Herr Kollege Maiber hat gleichfalls geglaubt, heute den Herrn Abg. und Kollegen Geurich angreifen zu sollen. Ihm will ich sagen, daß wir den Ausführungen des Herrn Kollegen Geurich Glauben schenken, und daß uns die Person des Herrn Geurich absolut Gewähr dafür gibt, daß das, was er dem Herrn Kollegen Geurich gegenüber als möglich angedeutet hat, für uns absolut ausgeschlossen ist. Es ist dem Herrn Kollegen Maiber in keiner Weise gelungen, auch nur im geringsten unser vollstes Vertrauen in unseren Kollegen Geurich zu erschüttern. (Zustimmung in der Zentrumsparlei.)

Nun ist von dem Herrn Kollegen Müldert die Frage aufgeworfen worden in Verbindung mit der

Betrachtung des Wahlergebnisses

Es ist richtig, was Herr Kollege Geurich ausführte, daß unser minder gutes Abschneiden beim letzten Wahlkampf darauf zurückzuführen ist, daß unsere Partei im Reich seit nunmehr bald zehn Jahren in der vorbesten Reihe der Verantwortung gestanden hat. Er hat geglaubt, die Sozialdemokratie hätte in Preußen doch auch in dieser Verantwortung gestanden, und dort sei das Resultat für die Sozialdemokratie ein günstiges gewesen. Richtig, Herr Kollege Müldert, es ist aber ein großer Unterschied, ob man im Reich in der Verantwortung steht oder im Lande, und das werden Sie bald verspüren, sehr bald. Die Kommunisten haben im Reichstage gesagt, sie werden nun genau diese Methoden der Kritik — ich will das Epitheton ornans weglassen, das hierzu gehört — die von sozialdemokratischer Seite in den letzten Jahren an dem Kabinett Marx, insbesondere an der Zentrumsparlei, der Zentrumsfraktion im Reichstag, geübt worden ist, nun an Ihre Partei ansetzen und an deren Arbeit (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das haben Sie ja schon bisher gemacht!) Sie werden viel reichlicher die Möglichkeit dazu haben in dem Augenblick, wo Sie (zu den Sozialdemokraten) nicht auch diese Kritik ansetzen können, sondern wo sie gezwungen sind, das zu verantworten und zu verteidigen, was Müller-Franken und Wiffell tun muß, weil er gar nicht anders kann. (Sehr gut! beim Zentrum.) Sie werden, wenn wir uns nach Jahr und Tag wieder einmal sprechen, die Erfahrung gemacht haben, die Sie schon einmal gemacht haben, daß es nicht so einfach ist, die Verantwortung zu tragen und daß man im Wahlkampf Gefahr laufen muß, daß infolge einer gewissen demagogischen Heze unter Umständen die eigene Partei schlecht abschneidet, weil gewisse Kreise in der Wählerchaft, die nicht genügend aufgeklärt werden können, dieser verletzenden Kritik und Heze zum Opfer fallen.

Reichsregierung.

Im übrigen, wenn z. B. von der rechten Seite des Hauses aus Bemerkungen gemacht worden sind über das Programm, das Müller-Franken vorgelegt hat, so kann ich in weitem Umfange diesen Ausführungen beistimmen, das ist auch die Auffassung der Reichstagsfraktion, daß das ein reichhaltiges Menü war, das hier das Kabinett Müller-Franken-Stresemann vorgelegt hat; so heißt es in Wirklichkeit. Es ist das Kabinett Müller-Franken-Stresemann, das Kabinett der Sozialdemokratie mit der Deutschen Volkspartei, wobei die Demokraten mitver-einnahmt wurden. (Weiterkeit.) (Abg. Kühn: Als Wiffelposten!)

Das Zentrum hat deutlich zum Ausdruck gebracht, daß es seinerseits nur einen Sord-

posten drin hat und diesen Sordposten nur deswegen hineingeschickt hat, weil Müller-Franken sonst den Mut nicht aufgebracht hätte, mit seinem Kabinett vor das Plenum des Reichstages zu treten. Uns wäre es am liebsten gewesen, er hätte auf den Sordposten seitens des Zentrums verzichtet, und es hätte das Kabinett Müller-Franken zusammen mit den Demokraten regiert und geseigt, wie man alles besser machen kann als das Kabinett Marx in den letzten Jahren. Uns ist es außerordentlich peinlich, daß wir gezwungen gewesen sind, soweit entgegenzukommen, um das Kabinett Müller-Franken in Aktion treten zu lassen, aber wir haben unsere Distanz gegenüber diesem Kabinett deutlich zum Ausdruck gebracht und sehen mit entsprechenden Erwartungen der Tätigkeit des Reichskabinetts entgegen. Wir werden uns freuen, wenn es Erfolge aufzuweisen hat, aber wir fürchten, daß das Kabinett Müller-Franken mit Wasser wird kochen müssen, genau so wie die früheren Kabinette, die von Seiten der Sozialdemokratie geführt gewesen sind. (Abg. Seubert: Sehr richtig!) — es haben tun müssen.

Einheits- oder Föderationsstaat

Nun ist im Laufe der Debatte, insbesondere durch den Kollegen Dr. Mattes, das Zentralproblem sehr stark herausgestellt worden, und das es eigentlich geht bei dieser Einzeldebatte, zweifellos, das Zentralproblem, das darin besteht: wie soll der

Aufbau des Deutschen Reiches

in Zukunft sein. Es haben sich alle Redner mit dieser Frage mehr oder weniger befaßt, weil jeder herausgefühlt hat, daß in Verbindung mit diesem Etat sehr wesentlich die große Frage verknüpft ist, wie wird in Zukunft der Aufbau des Deutschen Reiches sein müssen, insbesondere im Hinblick auf die finanzielle Seite, die ja von den verschiedensten Seiten immer wiederum in Verbindung mit diesem Problem in den Vordergrund gerückt worden ist.

Ich halte es für richtig, daß man im badischen Landtage gerade jetzt in dieser Generaldebatte nach der Richtung diskutiert, ich halte das für einen der fruchtbarsten und aktuellsten Punkte, über die wir zu diskutieren haben, im Hinblick darauf, daß man bereits seitens der letzten Reichsregierung durch die Länderkonferenz in eine Beratung dieses Komplexes actu eingetreten ist, im Hinblick darauf, daß jetzt wiederum bei der Debatte über die Regierungserklärung des Kabinetts Müller-Franken von den verschiedensten Seiten diese Fragen aufgegriffen worden sind. Es war insbesondere die Demokratische Partei, aber auch die Deutsche Volkspartei, die im Reichstag die Forderung aufgestellt hat: jetzt muß gehandelt werden. Wenn je, so hat jetzt die Vertretung des badischen Volkes Anlaß, zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen, es könnte u. U. bis der Landtag zurückkommt, zu spät sein, dazu etwas zu sagen, es könnte sein, daß bis dahin gewisse Maßnahmen bereits in Angriff genommen sind, wodurch die Neuregelung des Problems angefaßt ist, nicht zu Ende geführt, denn daran denkt kein vernünftiger Mensch, daß das in einem Jahre zu Ende geführt ist, das ist eine so komplizierte Materie, daß die Durchführung des ganzen Komplexes von Maßnahmen sehr lange dauern wird, aber die Inangriffnahme der Regelung dieses Fragenkomplexes ist wohl in aller nächster Wälde, so wie die Dinge parlamentarisch im Reichstag gelagert sind, zu erwarten und nachdem die anderen Fraktionen dazu Stellung genommen haben, soll von unserer Seite noch einmal ganz klar herausgestellt werden, wie wir dazu stehen. Eine letzte Lösung zu geben, das können Sie von der Fraktion des Zentrums im Badischen Landtag, und erst recht nicht von mir erwarten, eine letzte Lösung zu geben, das wird niemand von Ihnen für seine Person sich heraus nehmen wollen und auch niemand von uns, darüber sind wir uns ja klar, es kann sich nur darum handeln, gewisse Gesichtspunkte herauszustellen, unter denen wie diese Fragen sehen und das soll auch geschehen, damit unsere Auffassung nirgends irgendwie ins falsche Licht gerückt werden kann.

Ich erinnere daran, daß wir von der Zentrumsparlei im Land und im Reich stets absolut treu festgehalten haben an dem Reichsgedanken, und daran werden wir auch in Zukunft unbedingt festhalten. (Abg. Dr. Schofer: Bravo!) Das, was wir sonst nach Richtung des Föderalismus betonen, muß hineingeschickt werden in die

Zentralidee, daß wir ein starkes Reich wollen. Allerdings geht unsere Sehnsucht dahin, daß dieses Reich größer werden sollte und die Brüder, die außerhalb der jetzigen Reichsgrenzen wohnen, die Brüder und Schwestern deutscher Junge, möglichst bald wiederum mit dem deutschen Volk vereint werden möchte. (Bravo! beim Zentrum.) Also die Reichstreue soll der erste Gedanke sein, auf den ich hinweise. Das ist etwas, was für uns alle miteinander absolut fest steht.

Nun hat man in starkem Ausmaß den finanziellen Gesichtspunkt mit der Frage des Unitarismus verbunden; insbesondere ist es der Herr Abg. Dr. Mattes gewesen, der nun die Frage der Gliederung von Reich und Ländern bis zu einem gewissen Grade neuartig aufgezogen hat; und zwar hat er sie aufgezogen vom finanzpolitischen — nein vom steuerpolitischen Gesichtspunkte aus. Denn eigentlich ist sein Gedankengang, wenn ich ihn richtig in mich aufgenommen habe, doch der, daß Herr Dr. Mattes sagt: Heute ist die Verteilung der Lasten im Reich (das heißt in den einzelnen Ländern des Reiches) eine sehr verschiedene. Nun hat er dargetan, daß das Land Baden beispielsweise leistungsschwach ist; andere Länder, wie zum Beispiel Preußen, sind leistungsfähig. Und nun sagt er: Wenn wir die Ländergrenzen („Land“ in der heutigen Form genommen!) beseitigen und zu einer anderen Gliederung, zu einem Ausgleich der Steuerlasten im Reich kommen, so wird das Land Baden und werden auch andere Länder einen steuerlichen Vorteil davon haben. Von diesem Gedanken aus kommt Herr Abg. Dr. Mattes dann zu dem Resultat: also müssen wir mit der jetzigen Gliederung des Reiches in so und so viele Länder (— den Begriff „Land“ hier immer mit dem Charakter, den die Weimarer Verfassung ihm beilegt —) aufräumen und zu einer generellen Neuordnung der Verhältnisse auf mehr oder weniger unitarischer Grundlage kommen, gemildert im Sinne der Ausführungen, wie er sie gemacht hat.

Ich muß sagen: Hier liegt ein neuer Gedanke und eine neue Art vor, diese Frage anzuziehen, und ich deshalb müssen wir uns selbstverständlich darüber auseinandersetzen. Sonst hat man die Frage nach der finanziellen Seite hin sehr oberflächlich genommen; man hat gesagt: „Länder weg!“, dann schaffen wir ein paar Minister ab! vielleicht auch ein paar Ministerialdirektoren! — wenn es wahr ist! denn dort muß man schon daran zweifeln — und dann hat man ausgerechnet, wieviel diese Beamten Gehalt beziehen und hat dann weiter gesagt: „auch die Parlamente werden abgeschafft“, und auch da wird dann herausgerechnet, daß man so und so viel an Ersparnis machen kann und schließlich gefolgert: „Wenn wir das bei 18 Ländern machen, so werden durch das Reich hindurch so und so viele Millionen gespart!“ — Das war eine sehr oberflächliche Betrachtung; sie wird ja auch wohl heute weitgehend abgelehnt. Heute morgen ist vom Herrn Finanzminister darauf hingewiesen worden, daß der Reichsfinanzminister a. D. Dr. Reinhold a. limine die Auffassung abgewiesen hat, als ob durch ein unitarisches Reich etwa nach der finanziellen Richtung hin wesentliche Ersparnisse eintreten könnten. Der Herr Finanzminister hat auch an dasjenige erinnert, was Dr. Luther ausgeführt hat. Ich will dem Herrn Finanzminister noch einen anderen Gewährsmann zitieren, der die Dinge auch ganz richtig gesehen hat; dieser Gewährsmann ist kein anderer als der Vorsitzende der volksparteilichen Landtagsfraktion in Baden: der Herr Abg. Dr. Wilhelm Mattes (Weiterkeit). Er hat die hier einschlägigen Ausführungen gemacht in der „Konstanzer Zeitung“ (in Nr. 100 vom 30. April 1927). (Zuruf: Das ist aber schon lange her!) Ich freue mich immer, wenn ich dem Herrn Kollegen Dr. Mattes in seinen Gedankengängen folgen kann — und dieses Mal bin ich in der glücklichen Lage, das tun zu können, ja sogar in der glücklichen Lage, sagen zu müssen: ich könnte es kaum schöner und richtiger sagen, als es der Vorsitzende der badischen Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hier ausgeführt hat. Er hat wörtlich gesagt:

„Vom Einheitsstaat verspricht man sich zuerst Ersparnisse: Das erscheint zunächst einleuchtend. Die Länderministerien und Parlamente verschwinden, alles wird einheitlich und kostet weniger Arbeit und Geld. Ich halte dieses für unrichtig. Wenn bisher Länderverwaltungen an das Reich übergegangen sind, dann hat sich weder an den Länderzentralen noch an den

Außenstellen viel geändert; dagegen kam eine große Berliner Zentrale neu hinzu“.

(Abg. Sad: Sehr richtig!)
„durch die die Arbeit nur vermehrt worden ist“.

(Sehr richtig! beim Zentrum und Weiterkeit.)

„Früher mußten sich mit wichtigeren Angelegenheiten zwei Stellen, die Bezirksbehörde und die Karlsruher Zentrale, befassen: Jetzt beschäftigen die meisten dieser Angelegenheiten auch noch die Berliner Zentrale.“

(Sehr richtig! — Ruf: „Neuanfall an Arbeit!“)

„Jede Zentralisierung in Berlin hat nach meiner Meinung in den größeren Ländern bisher weder Geld- noch Arbeitsersparnis gebracht. Man mag eine derartige Zentralisierung aus anderen Gründen befürworten“ —

(Rufe aus dem Zentrum: Sehr gut!)

„mit finanziellen Vorteilen kann man sie bei obiger Länder-Organisation nicht begründen. Das Gleiche gilt für die Länderparlamente, die im Einheitsstaat nicht verschwinden, sondern in Provinzparlamente umgewandelt werden, wodurch sie sich nicht verkleinern und nicht viel weniger kosten“.

(Abg. Dr. Schofer: Das wird richtig sein!)

„Die Freunde des Einheitsstaates wenden ein: Wir wollen ja nicht den Berliner Zentralismus, sondern den dezentralisierten Einheitsstaat.“

Das ist vielleicht von Interesse für die Herren Demokraten (Zuruf aus der Demokratischen Fraktion: Wir hören schon!) Dazu sagt nun der Herr Abg. Dr. Mattes:

„Das ist zu 75 Prozent ein Schlagwort, hinter dem nichts oder eine Selbsttäuschung steht.“

(Abg. Dr. Schofer: Auch das ist richtig!)

„Jede zentrale Gesetzgebung erfordert ein bestimmtes Mindestmaß von zentraler Kontrolle — und in der Wirklichkeit werden die zentralen Machtfaktoren eher zu Gunsten ihrer Befugnisse als für die Selbstständigkeit der Provinzen sich entscheiden.“

Hier kann ich also dem Herrn Abg. Dr. Mattes zustimmen. Ich sage ihm: Das ist auch unsere Stellungnahme gegenüber diesem Gesichtspunkt (Zuruf des Abg. Dr. Meibach: Weiterer Zuruf aus der Deutschen Volkspartei). Ich sage ja schon: Ich freue mich immer, wenn ich dem Herrn Abg. Dr. Mattes einmal zustimmen kann. — Herr Abg. Dr. Mattes, wenn Sie nun meinen, vom Standpunkt der steuerlichen Gleichmacherei, also der gleichen Belastung durch das ganze Reich müsse man die Reichsgliederung aufheben und zum reinen Unitarismus übergehen, dann sage ich Ihnen: Wenn Sie von diesem Gesichtspunkte ausgehen, dann müssen Sie auch die Selbstständigkeit der Gemeinden aufgeben. Denn die Differenz der steuerlichen Belastung hinsichtlich der Realsteuer kommt nicht etwa nur — ja sie kommt nach meinem Dafürhalten nur zum geringsten Teile vom Lande her! In weitestem Umfange dagegen ruht sie her von der Verschiedenartigkeit der Belastung in den Gemeinden. (Sehr richtig! — Sehr gut! beim Zentrum.) Solange Sie ein gemeinliches Selbstverwaltungs- ein Budgetrecht der Gemeinden belassen, solange wird es auch ganz wesentliche Differenzen hinsichtlich der Realsteuer kommen nicht etwa nur — ja sie kommt nach meinem Dafürhalten nur zum geringsten Teile vom Lande her! In weitestem Umfange dagegen ruht sie her von der Verschiedenartigkeit der Belastung in den Gemeinden. (Sehr richtig! — Sehr gut! beim Zentrum.) Solange Sie ein gemeinliches Selbstverwaltungs- ein Budgetrecht der Gemeinden belassen, solange wird es auch ganz wesentliche Differenzen hinsichtlich der Höhe der Belastung in den einzelnen Gemeinden zwischen Süd und Nord oder innerhalb desselben Gemeindeverbandes immer wieder geben. Wenn Sie aber eine solche Nivellierung wollen, wenn Sie sie für unumgänglich halten, dann ist die logische Konsequenz folgende: ein Reichsgesetz legt fest, daß eine Umlage von so und so viel Pfennig ein für allemal in jeder Gemeinde erhoben wird, angefangen von der kleinsten Schwarzwalddgemeinde bis zur größten Stadt Berlin; es wird einfach bestimmt: „Umlagefuß so und so viel Pfennig!“ (Zustimmungsausrufung; Ruf aus der Deutschen Volkspartei: Zurück! Zurück!). Nein, da brauchen wir dann keine! Dann haben wir den Erneute Zurufe — Umlage — Glode des Präsidenten) Zuschlag? (Zuruf des Abg. Seubert). Schon dabei! Diese Umlage muß ausreichen für die Gemeinden auf dem Höhenwald und muß ausreichen für die Großstadt. Vielleicht könnten Sie auch noch sagen: Wir schaffen einen Ausgleich, in dem wir der Stadt Berlin von ihrem Aufkommen so und so viel wegnehmen und es den armen Gemeinden geben! Das wird viel-

leicht auch noch in den Bereich der Erörterungen zu ziehen sein.

Aber nur dann, wenn Sie ein solches Steuerrechtsgesetz machen, nur dann kommen Sie zu dem Ziel, das Ihnen vorgeschwebt hat, als Sie glaubten, den Weg zum Unitarismus numehr mit der Tatsache neu begründen zu sollen, daß heute die steuerliche Belastung innerhalb der einzelnen Länder verschieden ist. Wenn Sie, sobald der Unitarismus durchgeführt ist, das nicht tun, wenn Sie dabei den Gemeinden das Recht der Festlegung des Steuerfußes, der Gemeindeumlage belassen, dann werden Sie nachher wieder genau solch eine Tabelle über die Verschiedenartigkeit der realsteuerlichen Belastung zwischen Berlin und meinetwegen Aidenbach auf dem Hohenwald bekommen.

Deswegen, Herr Abg. Dr. Mattes, ist meines Erachtens dieses Argument — ich gebe zu: dieses großzügige Argument —, das Sie in die Debatte hereingeworfen haben, nicht schlüssig. Und wenn auf der anderen Seite dem Unitarismus so große Bedenken entgegenstehen — Bedenken, wie Sie selbst noch vor einem Jahr sie ausgesprochen haben —, dann können wir diesen Ihren Gedankengängen nicht folgen.

Eine Erbsparnis wie sie Ihnen vorgeschwebt, wie sie auch mir vorgeschwebt, ist nicht zu erzielen durch eine Neugliederung des Reiches auf unitarischem Boden. Eine Erbsparnis kann nur erreicht werden auf dem Wege einer Verwaltungsreform. Anders geht es nicht. Aber für die Erörterung der Frage der Neugliederung des Reiches und der Länder ist ja gar nicht dieser finanzpolitische Gesichtspunkt, den Sie Herr Dr. Mattes heraufgeholt haben — ich bin überzeugt, ehelich, daß Ueberzeugung herausgeholt haben — keineswegs maßgebend für die Bewegung, die heute vorhanden ist, vom föderalistischen Staat der Weimarer Verfassung überzugehen zum unitaristischen. Es sind vielmehr ganz andere Gründe, die den Anstoß und die Veranlassung bis zur Stunde noch geben zu dieser Bewegung. Ich will auf einige einmal hinweisen.

Beweggründe der unitarischen Bewegung.

Es ist zunächst einmal zweifellos die Richtung, die vielfach besteht im Verkehr zwischen Reich und Ländern und zwar in erster Linie zwischen dem Reich und Preußen, weniger mit den süddeutschen Staaten. Die Reibungen sind verständlich, wenn man sieht, daß die Ministerien von Reich und Preußen beieinander in derselben Straße, in der Wilhelmstraße in Berlin sind, wobei das eine die Verwaltung für 3/5 des deutschen Reiches in der Hand hat und das andere die Gesetzgebung so gerne auch verwalten möchte. Daß hier Reibungen entstehen, das verstehe ich, und diese Reibungen haben mit in erster Linie Anlaß zu der Bewegung, die heute besteht. Und dann ist es die ungenügende Kompetenzabgrenzung. Die Weimarer Verfassung ist viel zu schwammig, sie läßt viel zu viel offen, ob das Reich Gebrauchs machen will von seinem Gesetzgebungsrecht oder nicht. Die Länder sind deswegen der Auffassung, man solle die Länderkompetenzen belassen. Die Reichsbürokratie will das alles ausschöpfen. Das gibt fortgesetzt Kompetenzstreitigkeiten. Es ist dann die Machtfrage der Reichsbürokratie (Zuruf: Sehr richtig!). Jede Bürokratie ist machtsüchtig. Ich glaube, es war einmal der Herr Kollege Maier, der gesagt hat, jede Körperlichkeit sucht sich fett zu machen. So ungefähr hat er sich ausgedrückt. Er hat ganz recht, so ist es. Jede Körperlichkeit sucht ihren Machtbereich auszuweiden.

Das gilt vom Badischen Landtag auch, das gilt erst recht vom deutschen Reichstag (Zuruf: von der Sozialdemokratie), das gilt insbesondere aber von der Bürokratie, und da ich so höflich sein will, die badische Bürokratie heute nicht zu attackieren (Zuruf von der Sozialdemokratie: Heute!), so will ich einmal sagen: Bei der Reichsbürokratie gilt das vor allen Dingen eben im Hinblick darauf, daß sie bisher keine Verwaltungskompetenzen gehabt hat. Sie sucht sich auszudehnen, und bei diesem Ausdehnungsdrang stößt sie auf diesen Widerstand bei den anderen, die von ihren Machtbefugnissen, von ihren Kompetenzen aufgeben sollen. Dann ist es das Nebeneinander von Verwaltungen auf Gebieten, wo es wirklich nicht nötig ist. Es ist besonders die Enklaven- und Exklavenwirtschaft, die wir noch haben, zweifellos Dinge, die kein Mensch gutheißen wird oder von denen einer jagen wird, das muß so bleiben. Kein Mensch von uns denkt an so etwas. Aber das ist immerhin ein Motiv, um die Bewegung nach dem unitaristischen Staat hin sehr stark zu fügen.

Dann ist es die heutige finanzielle Unselbständigkeit der Länder. Herr Kollege Müldert hat einige Ausführungen in dieser Richtung gemacht, daß die Länder doch immer betteln gehen müssen beim Reich. Das es braucht so nicht zu sein. Man braucht nur Ländern und Gemeinden Steuerquellen zu geben zur selbständigen Ausschöpfung, dann hört das Betteln auf, aber der Umstand, daß das Reich heute den Geldbeutel fest in der Hand hat und sagt, „euch Ländern gebe ich nur soviel als mir gut dünkt“ und die Körperlichkeit in ihrem Großteil, die zu verfügen hat über diesen Geldbeutel, auf dem Standpunkt steht, wir wollen den Ländern das Lebenslicht ausblasen, so preßt sie ihren

Geldsack immer mehr zusammen und gibt den Ländern möglichst immer weniger von Jahr zu Jahr, um den Willen zum Leben in den Ländern zu schwächen. Schließlich mangelt's an Mitteln, ihre Aufgaben zu erfüllen, und sie müssen ihre Aufgaben dem Reich übertragen (Abg. Dr. Schofer: Das ist eine gute Politik!).

Daneben spielen auch manchmal parteipolitische Gesichtspunkte eine Rolle. Das ist sicherlich der Fall, wenn z. B. der sozialdemokratische „Vorwärts“, das Zentralorgan, das es wohl wissen muß, am 7. Februar 1928 geschrieben hat:

„Unser Sünden wird seiner Ultramontanen, der Norden seines Junkertums dann erst völlig Meister werden, wenn die gesammelte Kraft des deutschen Staates gegen diese Mächte ins Feld geführt wird.“

(Rebhaftes Gähnen, hört! beim Zentrum.)

Das ist sehr deutlich und es ist bedauerlich, daß eine Partei von der Stärke und dem politischen Einfluß wie ihn jetzt die Sozialdemokratie mit 153 Mandaten im Reichstag hat, mit solchen Gesichtspunkten an die Erörterung eines für das deutsche Volk und seine Zukunft so bedeutsame Problems herantritt (Sehr richtig! im Zentrum.)

Zentrum und Reichsgliederung

Wenn ich Ihnen sagen soll, wie wir zu dem Fragenkomplex stehen, so betone ich in erster Linie, daß wir selbstverständlich für die Beseitigung der Exklaven- und Enklavenwirtschaft sind, auch für die Beseitigung von Zwergstaaten, die so klein sind, daß sie nicht existieren können (Sehr richtig! im Zentrum). Wir sind weiterhin unbedingt für eine Kompetenzabgrenzung, daß ganz klar herausgestellt ist, was ist Reichssache, was ist Landesache, und selbst wenn das eine oder andere kleine Opfer noch gebracht werden müßte, wenn dann endlich einmal absolute Klarheit besteht, bis hierher und nicht weiter gehen die Befugnisse des Reiches, und dort fangen die Befugnisse der Länder an, wenn dann dieser Kompetenzstreit einmal ein Ende nimmt, selbst dann würden wir dieser Regelung zustimmen. Eine Kompetenzabgrenzung ist unbedingt erforderlich, und erforderlich ist unbedingt eine Abgrenzung der Steuerquellen. Das jetzige System kann u. E. nicht weiter geführt werden. Es müssen dem Land und den Gemeinden Steuerquellen gegeben werden, über die sie mit voller Verantwortung selbständig verfügen, mit voller Verantwortung! Wir müssen aus der Wirtschaft herauskommen, daß der größte Teil der Einnahmen im Budget an Steuern von selbst automatisch uns zufließt, ohne daß wir hier im Badischen Landtag oder ohne daß in der Gemeinde von den Gemeindevertretern die Verantwortung dafür getragen werden muß (Sehr richtig!). Wir sind der festen Ueberzeugung, wenn das kommt, wenn die Steuerquellen dem Land und den Gemeinden gegeben werden, daß durch die Ausschöpfung der Steuerquellen, die höhere, stärkere Ausschöpfung der Steuerquellen alle Schichten der Bevölkerung mit erfasst werden, somit auch alle Schichten Verantwortung tragen an den Mehrausgaben im Budget, wir dann auch einen stärkeren Willen zur Sparjamkeit finden werden.

Das Steuervereinheitlichungsgebot ist in die Debatte hereingeworfen worden. Diese Vereinheitlichung ist wünschenswert, dagegen hat wohl auch niemand etwas, eine Vereinheitlichung hinsichtlich der Veranlagung, der Schätzung der Grundlagen der Besteuerung insbesondere im Hinblick darauf, daß wir ja auch für Reichssteuern eine besondere Veranlagung brauchen. Daß hier eine Vereinheitlichung erfolgt, dagegen haben wir nichts, der Herr Finanzminister hat ja heute morgen vom Standpunkt seines Ressorts den Wunsch ausgesprochen. Das kann wohl gemacht werden. Am besten schiene es mir, wenn es auf dem Wege der Vereinbarung gemacht werden könnte. Wenn ein Reichsgesetz notwendig werden sollte, nun ja, wenn es nicht anders geht, mag es auch auf diesem Wege gemacht werden. Aber daran muß hier festgehalten werden, daß das Reich hat nur die Grundgesetzgebung, und das Reich hat den Ländern entsprechende Spielraum zu lassen. Wenn das nicht eingehalten wird, so würden wir ein Steuervereinheitlichungsgesetz für uns unerträglich halten. Die Vereinheitlichung überhaupt wo es zweckmäßig erscheint! Wenn z. B. die Tatsache besteht, daß es im Deutschen Reich etwa 37 Typen von höheren Lehranstalten gibt, so muß ich schon sagen, das ist habnüblich, daß es so etwas gibt.

Daß hier eine Vereinheitlichung sehr dringend erforderlich ist, das scheint mir doch durchaus richtig zu sein. Aber das brauchen wir in Baden nicht; wir haben nur drei Typen: Realschule, Realgymnasium und Gymnasium. Ich meine, das müßte reichen. (Sehr richtig! — Zwischenruf.) Ja, und was zwickendrin ist, das halte ich, wie ich schon sagte, auch für den Fall, daß man auskommen. Wenn ein Schüler nicht in der Lage ist, durch einen dieser Typen zum Ziel zu kommen, so mag er die Schulbank der höheren Lehranstalt schleunigst verlassen! (Sehr richtig! beim Zentrum.)

Also wo derartige Dinge vorliegen, ist eine Vereinheitlichung durchaus erwünscht, und da sollen sich nun die Länder zusammenschließen, und ich richte an die badische Regierung hier die direkte Aufforderung, wo solche Dinge noch bestehen, die Initiative zu ergreifen, um mit den anderen Ländern zu beraten, daß man zu einer Vereinheitlichung kommt, und nicht erst abzuwarten, bis irgend ein Reichstagsabgeordneter mit dem Finger auf die Dinge hinweist und die Initiative im Reich ergreift und den ganzen Apparat der Reichsgesetzgebung mobil macht, um eine solche Sache aus der Welt zu räumen, die tatsächlich ausgeräumt gehört.

Wir sind uns auch durchaus darüber klar, daß in dem Verhältnis zwischen Reich und Preußen eine Änderung eintreten muß; ich verstehe das durchaus. Es ist aber nicht unsere Sache, hier vom Lande Baden aus diese Dinge etwa mit Vorwürfen weiter zu treiben. Wir sind durchaus der Auffassung, daß das in erster Linie eine Aufgabe unserer norddeutschen Brüder ist, genau wie wir auch für uns in Anspruch nehmen, daß man für die Beurteilung der Verhältnisse im Süden auf uns Rücksicht nimmt. Aber daß der Wunsch besteht, in dem Verhältnis zwischen Reich und Preußen eine Lösung zu finden, um den Dualismus, der heute besteht, zu beseitigen, ist durchaus verständlich.

Wir wenden uns aber gegen jede grundsätzliche Hoheitsverminderung der Länder. Dazu gehört insbesondere das Bestreben, das jetzt sehr stark hervorgetreten ist, die einzelnen Länder eines wesentlichen Teiles ihrer Hoheitsrechte zu entkleiden, zu berauben, indem die Justiz verrechtlicht wird. Ich sehe gar nicht ein, was dabei herauskommen soll. Medlenburg-Schwerin hat jetzt dem Reich angeboten, es möge die Landesjustiz übernehmen. Ja, soll nun die Justiz in Medlenburg-Schwerin bezahlt werden aus dem Geldbeutel des Reiches? Dafür bedanken wir uns; denn dann sollen wir mit den Steuergrößen, die auch aus dem Lande Baden zusammenfließen, mithelfen, daß die Justizverwaltung in Medlenburg-Schwerin bezahlt wird. Das müssen wir ablehnen, denn das wäre ein Sonderfinanzausgleich zugunsten von Medlenburg-Schwerin, und gar nichts anderes. (Sehr richtig! beim Zentrum.) Aber aber die Sache ist so, daß man sagt: „Wir haben Medlenburg-Schwerin die Justizverwaltung abgenommen und bezahlen sie, also müssen wir jetzt die Summen, die die Justizverwaltung in den anderen Ländern kostet, diesen Ländern auch bezahlen.“ Dann ist gar nichts gewonnen. Das ist aber die logische Konsequenz, wenn Medlenburg-Schwerin die Justizverwaltung abgenommen bekommt, also in Wirklichkeit vom Reich bezahlt bekommt. Dann müssen wir vom Land Baden aus unseres Erachtens sofort die Forderung anmelden: „So, aber jetzt, bitte, im Finanzausgleich eine Extrarquote zugeteilt, die den Kosten des Landes Baden für die Justizverwaltung gleichkommt!“ Also damit ist nichts gewonnen, und eine solche Methode hat unseres Erachtens keinen Zweck und keinen Sinn. (Sehr richtig! beim Zentrum.)

Wir sind insbesondere der Auffassung, daß man die süddeutschen Länder in Ruhe lassen soll; denn es liegt gar keine Veranlassung vor, die Dinge laufen doch ganz gut und ganz glatt. Ich sehe gar nicht ein, warum man von Reich wegen in das Verhältnis der Länder Baden, Württemberg, Bayern eingreifen soll und eingreifen will. Wir haben unsere Finanzen bisher in Ordnung gehalten und werden uns auch in Zukunft bemühen, sie in Ordnung zu halten, selbst wenn es uns auch schwer fällt infolge der fargen Zuweisungen, die uns das Reich, aus ganz bestimmter, ganz klarer Tendenz heraus, nur geben will. Also, es liegt gar keine Veranlassung vor, etwas zu ändern.

Aber insbesondere sind wir der Auffassung, daß die wirtschaftliche Struktur unseres Landes, daß auch die süddeutsche Volkswirtschaft es erfordert, daß wir nicht in einer leichten Rebellion, wie sie der Unitarismus doch schließlich mit sich bringen würde, aufgehen. (Bravo! beim Zentrum.) Die Zentralisierung in Berlin — auch im desentralisierten Einheitsstaat, meine Damen und Herren! — führt zu einer Rebellion. (Sehr richtig! beim Zentrum.) Das können Sie gar nicht hemmen. Das ist auch in jeder Reichstagsfraktion so. Ich habe das auch bereits gesehen. (Heiterkeit.) Es ist ganz klar: Das große Deutsche Reich: Vertreter aus den verschiedensten Ecken dieses Reiches kommen mit verschiedenen Auffassungen, die wirtschaftliche Struktur, die Volkswirtschaft, die ganze Denkweise, die ganze Einstellung ist eine so verschiedene, daß man eben nachher abgleichen, nivellieren muß. Das ist in jeder Fraktion so; es ist auch in anderen Fraktionen so, nicht bloß in der eigenen. Und es ist erst recht notwendig, wenn im Parlament zwischen den verschiedenen Parteien ein Ausgleich gefunden werden muß; und da die Verhältnisse so überaus verschiedenartig sind, muß man eben eine Durchschnittsnivellierung vornehmen; für eine Regend past es, und für die andere past es nicht. Es ist das selbe, was wir ja so oft bei der Gesetzgebung erleben: Wenn wir ein Gesetz machen, dann nehmen wir einen typischen Fall und auf diesen typischen Fall schneiden wir das Gesetz zu; aber daß es so viele Fälle von dem Typus wesentlich differieren, das können wir eben bei der Gesetzgebung nicht berücksichtigen. Genau das Gleiche ist

es, wenn von diesem zentralen Punkt in Berlin aus gesetzgeberisch für das ganze Reich alle Materien dirigiert und geregelt werden sollen; das führt zweifellos zu einer Nivellierung, und diese Vereinheitlichung verschüttet nach unserer Auffassung die irreführenden Quellen wahren, echten, schöpferischen Volkstums. (Abg. Dr. Schofer: Sehr richtig!) Das werden Sie nicht aufhalten. Ich glaube Ihnen gerne, daß Sie das nicht wollen, aber Sie werden es nicht aufhalten können.

Ich will hier wiederum meinen Gewährsmann zitieren (Heiterkeit). Der hinsichtlich der wirtschaftlichen und kulturellen Beurteilung erfreulicherweise auch hier wiederum ganz mit mir übereinstimmt, beziehungsweise dem ich hierin zustimmen kann; das ist wiederum der Herr Abg. Dr. Mattes in derselben Nummer der „Konstanzer Zeitung“. Er sagt dort:

„Dem politischen Zentralismus folgt der wirtschaftliche. Vielleicht ist dies selbst bei dem jetzigen System nicht mehr aufzuhalten, denn die Selbständigkeit der Wirtschaftsfaktoren in den Ländern ist schon in den letzten Jahren sehr stark zu Gunsten der Berliner Beherrscher und Zentralen verloren gegangen. So wird bereits unter ganzem Wirtschaftsleben in viel zu starkem Maß von Berlin aus geleitet, beherrscht und ausgebeutet.“

(Hört, hört! beim Zentrum)

„Ausbeute!“

(Sehr richtig! beim Zentrum.)

Ich sehe darin kein Glück für unser Volk.

(Sehr richtig! beim Zentrum.)

Ich sehe in den Millionenstädten keine menschlichen Dauerwerte entstehen.

(Sehr richtig! beim Zentrum.)

die nicht auch in mittleren Großstädten geschaffen werden könnten. Aber ich sehe in den modernen Millionenstädten den Materialismus,

(Ganz recht! beim Zentrum)

die Korruption

(Sehr richtig! beim Zentrum)

und den politischen Niedergang in einem Ausmaß, wachsend, daß ich fürchte, daß die heutige Kultur und die sie tragenden Wälder an ihren Millionenstädten zugrunde gehen werden.

(Rebhaftes Aua: Sehr richtig!)

So wird der Einheitsstaat wohl größere Einheitlichkeit, aber keine Erbsparnisse, sondern nur größere Gefahren und geringere Entwicklungsmöglichkeiten bringen, mögen seine Freunde mit noch so schönen Worten Herr Dr. Mattes! (Heiterkeit)

mit noch so schönen Worten darlegen, daß es auch anders sein könnte.

(Abg. Dr. Schofer: Sehr gut gesagt!) Ausgedrückt ist das gesagt; ich kann da rechtlos zustimmen (Heiterkeit und Zwischenrufe beim Zentrum.) Das gibt ein sehr gutes Flugblatt, wenn wir einmal einen Wahlkampf unter diesem Gesichtspunkt zu führen haben! (Zwischenruf vom Zentrum: Das gehört jetzt schon hinaus!)

Nun, Herr Kollege Dr. Mattes, wie Sie diesen Artikel vor einem Jahre geschrieben haben, sind Ihnen die Grundgedanken und Gesichtspunkte nach der kulturellen Seite und nach der Seite unseres Volkstums noch klar vor Augen gestanden; in der Rede von gestern aber (Abg. Maier-Heidelberg: War er weit entfernt davon!) Obwohl Sie gestern darauf hingewiesen haben, wie notwendig es sei, diese geistige Seite zu betonen. Ich habe mich gefreut über diese Ausführungen, die Sie gemacht haben. Trotzdem war dann die ganze Einstellung gegenüber diesem Problem Unitarismus und Föderalismus einzig und allein differtiert von Gesichtspunkten des Materialismus; denn Sie haben Ihren Gedankengang aufgebaut auf der Basis: Ich will weniger Steuer zahlen und ich glaube, ich komme um ein paar Mark herunter in der Steuerhöhe, wenn wir zentralisieren. Also Zentralismus und alle die übrigen Gesichtspunkte, die Sie vor einem Jahre insbesondere auch nach der geistigen und kulturellen Seite so klar gesehen, all das war bereits Ihrem Gedächtnis entschwunden, sogar die wirtschaftlichen Gesichtspunkte, die Sie so klar herausgestellt haben, als Sie von einer Ausbeutung des Südens durch die Berliner Zentrale gesprochen haben, selbst die steuerpolitischen Betrachtungen darin vergessen oder verleugnet. Ja, muß ich Sie denn daran erinnern, wie im letzten Jahre Klage geführt worden ist, als Herr Dr. Dormmüller, der Generaldirektor der Reichsbahn nach Baden kam, daß er trotz der dringenden Wünsche, die von unserem Schwarzwaldbereich hervorgehoben worden sind, es abgelehnt hat, den Schwarzwald zu bescheiden. (Hört, hört!)

Ja, glauben Sie, meine Damen und Herren, wenn wir badische Bahnen hätten, so etwas wäre möglich? Schauen Sie den Oberrhein an. Wir waren neulich oben. Studieren Sie einmal die Verkehrsverhältnisse, die dort oben bestehen. Längst wäre Remedur geschaffen, wenn der Badische Landtag über diese Dinge zu entscheiden hätte. Die Berliner Zentrale ist sehr weit weg, sie rechnet nur, wieviel schlage ich Gewinn heraus, und wenn eine Bahn oder irgend ein Unternehmen keine Rendite in gewünschter Höhe abwirft, dann ist es Schluß

Man kimmert man sich darum nicht weiter. Ich erinnere Sie an die große, für unser Land so bedeutende und so wichtige Frage der Elektrifizierung der badischen Bahnen. Gewiß ist in der letzten Stunde ein neues Moment da hinzu gekommen, das diese Frage oder diese Lösung hat scheitern lassen, ein anderes Argument, das die Reichsbahn jetzt aufwerfen kann; aber in all den Jahren, wo dieses Moment außenpolitischer Natur noch nicht gegolten hat, auch in all diesen Jahren hat die Reichsbahngesellschaft in Berlin sich sehr spröde gezeigt. Das wäre alles nicht der Fall, wenn wir im Lande die Entscheidung zu treffen gehabt hätten. Wir hätten dann unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Dienste des bad. Landes und Volkes die Dinge betrachtet, und dann hätten sie sich anders angefühlt, als das ganz naturgemäß von Berlin aus der Fall ist. Ich verleihe das der Reichsbahngesellschaft noch gar nicht einmal, denn von Berlin aus sehen sich die Dinge ganz anders an. Aber gerade weil sich die Dinge von Berlin aus ganz anders anfühlen, warne ich daher unter wirtschaftlichen und kulturellen Gesichtspunkten, einfach die Privilegierung von Berlin aus zu befördern durch den Unitarismus, wie das naturgemäß die Folge sein müßte. Ich glaube, der Herr Finanzminister oder sonstwer hat heute morgen schon auf die Umstufung der Tariffrage hingewiesen, die der Stadt Mannheim zu ruinieren drohen. Biederum eine Frage, die ganz anders beantwortet würde, wenn wir im Landtag darüber zu entscheiden hätten. Die Frage der Reichsbahnverwaltung oder die Frage des Schlußvertrages, die ich vorhin bereits berührt habe, oder die Frage überhaupt, die seit Jahren bereits so umstritten ist, ob zuerst die Nordübahn, oder die Ostwestbahn elektrifiziert werden soll in der Zeit, wo die Reichsbahnverwaltung ja noch auf dem Standpunkt stand, es sei möglich, es ständen keine reparationspolitischen Bedenken entgegen, da hat sie sich auf den Standpunkt gestellt, nur Westost; wann aber Nordübahn, dazu gab sie gar keine Erklärung ab.

Alle diese Dinge würden ganz selbstverständlich anders beurteilt vom Lande Baden aus, und darum sage ich, diese wirtschaftlichen Gesichtspunkte müssen sehr ernst im Auge behalten werden, wenn die Frage der Neugliederung des Reiches einer Erörterung unterzogen wird. Darum, meine Damen und Herren, lehnen wir diese Bestrebungen ab, diese Bestrebungen nach Unitarismus, der mit den Ländern in der heutigen Form aufträmen will. Und darum lehnen wir auch, Herr Kollege Dr. Mattes, die Methoden ab, die Sie gegenüber dem badischen Land beliebt. Sie haben ausdrücklich selbst gelegentlich im Haushaltsausdruck gesagt, daß sie am Etat Abstriche vornehmen mit der Absicht, um dadurch zu zeigen, daß das Land Baden nicht mehr in der Lage sei, seine Aufgaben zu erfüllen. (Zurufe: Hört, hört!) Eine Abstrichpolitik dieser Art, also so eine Art geheimer Meuchelmord, (Seiterkeit) lehnen wir ab. (Zwischenruf des Abg. Dr. Mattes.) Das haben Sie gesagt, Herr Kollege Dr. Mattes. Ich bin Ihnen gleich entgegengetreten in dieser Sache. Abstrichpolitik im Sinne der Erparnis, um den Etat im Gleichgewicht zu halten, um dadurch also die Basis für unser Land zu erhalten, machen wir mit, machen wir absolut mit; aber die Abstrichpolitik, die nur darauf hinaus läuft, das Land Baden zu ruinieren, indem man vor der ganzen Welt dokumentiert: Seht, dieses Land ist nicht mehr in der Lage, seine Aufgaben zu erfüllen, also einseitig — diese Politik lehnen wir ab. (Abg. Maier-Seidelberg: Aber das Dröschter hat doch gut funktioniert!)

Verwaltungsreform

Ich habe gesagt, wenn man gerade in Verbindung mit dem Etat die Fragen nach der finanzpolitischen Seite erörtert, so muß einem klar vor Augen stehen, Erparnisse, wie wir sie insbesondere von der Zentrumsfraktion aus dringend wünschen, auch weiter wünschen, für künftige Etats in verstärktem Maße gegenüber dem jetzigen, die können nur erzielt werden auf dem Wege über die Verwaltungsreform. Hier liegen nun Erfahrungen bereits vor, wenigstens teilweise gute. Das soll anerkannt werden; aber auch schlimme, und das möchten wir, wenn jetzt die Regierung darangeht, die Vorschläge auszudenken und auszuarbeiten, die sie in absehbarer Zeit uns wohl machen wird, von vornherein sagen: Auch sie möge lernen aus den schlechten Erfahrungen, die wir gemacht haben. Und schlechte Erfahrungen liegen eben dann vor, wenn man Kerner zusammen gelegt hat und nachher nicht weniger Personal in dem vereinigten Amt ist als vorher in beiden Kernen gewesen ist, und wenn der Endeffekt lediglich darin besteht, daß man das neue Amtshaus vergrößern muß, weil man natürlich nicht den nötigen Platz hat, um die Beamten der bisherigen zwei Kerne dort aufzunehmen. Und wenn man dann im Etat, so wie diesmal und auch das letzte Mal die Ehre hatte, nachher die Mittel zur Vergrößerung eines Amtshauses zu bewilligen, so wollen wir ganz offen zum Ausdruck bringen: das halten wir nicht für die richtige Art, zu einer Erparnis und zu einer Verwaltungsreform zu kommen, und daher möchten wir heute schon warnen. Einer derartigen Sache können wir wohl niemals unsere Zustimmung geben.

Die Verwaltungsreform kann nur zu einem positiven Ergebnis führen nach meinem Dafürhalten, wenn Aufgaben abgebaut werden, wenn eine Vereinfachung der Arbeitsmethoden eintritt. Die Herren von der Regierung, von den Büros mögen mir das nicht übel nehmen, wenn ich der Auffassung bin, daß da rein sehr viel unnötiger Bürokratismus, Schreiberkrampf gemacht wird, sehr viel unnötige Schreiber gemacht werden, viel zu viele Aktenbündel gemacht werden. Ich mache damit nicht den Beamten einen Vorwurf, denn die sind ja gezwungen, es so zu machen; das wird von oben herunter so kommandiert, sie müssen es so machen und haben in der Tat zu schaffen und zu schinden, bis sie diese Aktenwüste angehäuft haben. Aber das System ist fehlerhaft, daß eben eine solche Unsumme von Akten für jede Kleinigkeit anzulegen ist. Das ist falsch nach meinem Dafürhalten. Vielleicht werden die Herren von der Regierung lächeln über eine so naive Auffassung, wie sie ein Raie hier vorbringt. Ich sage es aber trotzdem und möchte die Herren von der Regierungsbank bitten, doch einmal im stillen Kämmerlein — sie brauchen es nicht hier zu tun vor dem badischen Volk — aber im stillen Kämmerlein einmal ihr Gewissen zu erforschen und zu überlegen, ob man nicht etwa doch auf dem Wege zu einer ganz erheblichen Arbeitserparnis kommen könnte. Vielleicht werden sie auch hier sagen: Ja, das Land ist auch hier schon weitgehend gebunden durch so und so viele Maßnahmen, die uns von Reich aufgezungen werden. Und das wird stimmen. Ich bin nämlich der Auffassung, wir kommen zu einer Verwaltungsreform im Sinne einer Arbeitserparnis nur dann, wenn oben abgebaut wird, dort zu allererst. Ich würde, wenn ich es so machen könnte, den Minister lassen, gleich unten dran den Ministerialdirektor würde ich auch noch lassen, aber dann würde ich einmal verschiedene Referenten außer Kurs setzen. Müssen anfangen würde ich in Berlin; dort müssen sie zuerst außer Kurs gesetzt werden. Und wenn wir dann weniger Referenten haben, dann werden sie nicht mehr in der Lage sein, so viele Bekanntmachungen und Verordnungen heraus zu geben, dann würde die Sache viel einfacher werden, viel einfacher ihren Weg gehen und unter deutsches Vaterland, und unter Land Baden würden sicherlich daran nicht zugrunde gehen. Das ist meine feste Überzeugung. Es ist auf festem Boden gestanden, ehe wir diese Säufung von Arbeit hatten. Die Bürokratie hat nicht so gründlich und umständlich und weitläufig (auf Zuruf): — man kann auch sagen: sie ist groß und dick —, so gründlich gearbeitet, wie es jetzt der Fall ist. Nun sind Vorschläge gemacht worden, z. B. von der Deutschen Volkspartei, man soll die Minister abschaffen und nur einen Staatspräsidenten bestellen. Ja, dann weiß ich nicht, wie wir das nächste Mal die Regierungsbildung vornehmen sollen, wenn die Deutsche Volkspartei in die Regierung hineinwill. Das letztemal hat ein Minister für sie nicht ausgereicht, wenn wir gar keine Minister haben, sondern nur einen Staatspräsidenten, so weiß ich nicht, wie wir das machen sollen, da hat dann die Deutsche Volkspartei den Staatspräsidenten und wir sind lediglich da, die Steuer zu bewilligen. (Seiterkeit.) Sie haben also einen Minister gefordert, es gab eine Zeit, wo man über die große Koalition gesprochen hat, da hat es sich darum gedreht, daß die Demokraten oder die Deutsche Volkspartei mit einem Staatsrat vorlieb nehmen sollen, da hat jede von den beiden Parteien gesagt, mit einem Staatsrat gehe ich nicht hinein, ein Minister muß es sein. Ich muß sagen, Herr Kollege Dr. Mattes, wenn wir das machen sollten, müßte ich die Befürchtung hegen, daß, wenn ein oder zwei Jahre darüber hingegangen sind, es uns u. U. gehen könnte, wie es mit dem Artikel vom 30. April 1927 gegangen ist und daher möchte ich Sie warnen. (Seiterkeit.) Wir werden durch Ablehnung dieser Vorschläge Sie vor diesem Unglück beschützen.

Es ist Ihnen — um das zu bemerken — unglücklich genug passiert, wenn ich daran denke, Herr Dr. Mattes, wie Sie in der ersten Zeit, als Sie im Landtag aufgetreten sind, jede Verbindung mit der alten nationalliberalen Partei abgelehnt haben und dann langsam diesen Verbindungsband aufgenommen haben vor allen liberalen Parteien und Sie nun stolz darauf sind, die Nachfolge des alten Nationalliberalismus darzustellen, wenn ich denke, wie Sie über die Simultankaufträge, über Artikel 174 der Reichsverfassung im badischen Landtag geurteilt haben, indem Sie der Auffassung des Herrn Geh. Rat Anichütz beitraten und wie Sie das später verleugneten, wenn ich denke an Ihre Auffassung über die Staatsräte, als die Frage der Großen Koalition ventiliert wurde, oder die Frage der Minister, als Sie seinerzeit in die Regierung eintreten wollten anstelle der Demokraten, wo Sie gesagt haben, Minister und Staatsrat, damit die Wirtschaft im Kabinett vonseiten der Deutschen Volkspartei vertreten ist, oder wenn ich denke an diesen Artikel, den Sie im vorigen Jahr über das Zentralproblem, Unitarismus und Föderalismus geschrieben haben, oder an Ihre Auffassung über die Frage eines Defizits, wo Sie im Jahre 1924 erklärten, wenn wir vier Millionen Defizit haben, ist die Steuererhebung von 3 Biennien der Ruin der Staatsfinanzen, wo Sie mit dieser Begründung das Finanzgesetz abge-

lehnt haben und heute sagen, 24,7 Millionen Defizit, ein Rappenstiel, wir legen 20 Millionen Defizit drauf — Herr Kollege Dr. Mattes, wenn Sie als Führer Ihrer Fraktion derart schwankend in Ihrer Auffassung sind (auf Zuruf): man kann in großen Fragen den Standpunkt ändern, gewiß, wenn das aber so häufig vorkommt, bei so wichtigen Punkten, wie das jetzt der Fall gewesen ist, so muß ich schon sagen — Sie dürfen mir das nicht verübeln, daß ich Ihre Auffassungen kritisch beurteile und mir überlege, ob man Ihnen beipflichten kann, ohne Gefahr zu laufen, daß man nach Jahresfrist mit Ihnen seinen Standpunkt ändern muß. Also Verwaltungsreform, Erparnisse. Man hat die Frage der Amtsförperschaften aufgerollt, ich sage rundweg, die Frage der Amtsförperschaften, wie sie vorgelesen sind, mit dem Endziel, daß anstelle von 40 Bezirksamtern 20 treten, die den Namen Amtsförperschaften führen, halten wir nicht für tragbar. Wir müssen vor allen Dingen, wie der Herr Finanzminister gesagt hat, hier im Landtag selbst den eisernen Willen zur Sparsamkeit aufbringen, der Landtag und der Finanzminister müssen die Sparkommission sein, aber Herr Kollege Dr. Maier-Seidelberg, der ständige Grundlag, daß man auch für die Einnahmen sorgen muß, insbesondere, wenn man einer Ausgabe im Budget zugestimmt hat, der muß für alle und auch für die Opposition gelten. Ich kann dem Standpunkt nicht beipflichten, daß die Opposition recht hat, wenn... (Zuruf des Abg. Dr. Glöckner) oh, nein. (Abg. Dr. Schöfer: Wir haben immer dem Budget zugestimmt!) Ich komme gleich darauf zu sprechen. Wir übernehmen die Verantwortung dafür, daß die Finanzen in Ordnung gehalten werden und wir haben für die letzten 10 Jahre, wo wir in der badischen Regierung die Verantwortung getragen haben, durch einen Finanzminister, gestellt aus unseren eigenen Reihen, keinen Anlaß zur Annahme, daß wir dieses Prinzip verlassen hätten; die badischen Finanzen sind in bester Ordnung unter dem Zentrumsfinanzminister, Sie können sich diese Mahnung mir gegenüber merken. Das, was ich ausgeführt habe, muß auch für die Opposition gelten. Es ist nicht angängig, daß man Abstriche macht, Steuern ablehnt und sagt, wir haben das Recht, Steuererhöhungsanträge zu stellen, die Frage, wie das Budget in das Gleichgewicht gebracht wird, ist Sache des Finanzministers und der Regierungsparteien.

Das Defizit

Das Defizit wird jetzt ungefähr 24,7 Millionen Mark betragen. Der Herr Finanzminister hat darauf hingewiesen, daß es etwas größer ist, als es ursprünglich war, wie er den Etat vorgelegt hat und dennoch, wenn das auch richtig ist, ist unsere Sparpolitik, wie wir sie von der Zentrumsseite aus während der ganzen Etatberatung getrieben haben, nicht vergebens gewesen. Denn hätten wir das nicht gemacht, Herr Finanzminister, würde das Defizit erheblich größer sein. (Abg. Köhn: Sehr richtig!) Es gäbe noch ein Nachtragsdefizit, das aufgrund der Beschlässe des Landtags entstanden ist, das wäre noch da, wenn wir nicht bei der Etatberatung hier und dort erhebliche Abstriche gemacht hätten. Und dann kann gewiß nicht außer Acht gelassen werden, daß wir verschiedene Verbesserungen haben anbringen können hinsichtlich Positionen, wo ich genau weiß, daß auch dem Finanzminister und der Regierung es sehr schwer geworden ist, nur soviel einzusehen, wo auch Sie mit dem Herzen nicht dabei gewesen sind, sondern diese Abstriche im Kabinett lediglich vorgenommen haben aus der ehernen Notwendigkeit heraus, das Defizit von der fürderlichen Höhe herabzustreichen auf eine erträgliche Höhe. Da ist Verschiedenes: verbesserte Fürsorge, Schulbauten, Beiträge an Gemeinden für Wasserleitungen u. dergl. Ich nenne aber insbesondere den Umstand, daß wir für die Steuerzahler verschiedene Verbesserungen haben herbeiführen können.

Sparpolitik

Nun war aber die Sache mit dem Sparren nicht so einfach, wie es im Plenum auszu sehen möchte. Der Herr Kollege Köhn hat gestern darauf hingewiesen, daß seine Fraktion hier loyal und ehrlich mitgearbeitet habe. Ich will das nicht bestreiten; ich bestreite nicht, daß bei vielen Positionen die Sozialdemokratie mitgemacht hat; mich hat das außerordentlich gefreut. Aber das steht doch fest: Bis die Sozialdemokratie sich auf diesen Weg begaben hat, bedurfte es schon einiger Anstrengungen (Abg. Maier-Seidelberg: Bei den Dotationen haben Sie uns ja auch nicht streichen helfen!) Herr Kollege Maier, ich stelle jetzt nur fest, daß es einigen Anstoßes von unserer Seite bedurfte hat, bis auch die Sozialdemokratie sich dazu bequimte; man hat auf Ihrer Seite sogar uns „Sparwut“ und „Sparfoller“ vorwerfen: Sie, Herr Kollege Maier, sind es gewesen (Seiterkeit — Zurufe von links — Gegenrufe v. Zentrum — Unruhe — Glöck des Präsidenten). Vor dem badischen Volk bin ich stolz darauf, wenn wir diese Prädikate „Sparwut“ und „Sparfoller“ gegeben werden. (Abg. Maier-Seidelberg: Nur bei den Dotationen nicht!) Ich bin stolz darauf. (Erneuter Zuruf von links.) Was die Dotationen anbelangt, so haben wir bei diesen keine Erhöhung vorgenommen, während

überall, durch den ganzen Etat hindurch sonst Erhöhungen vorgenommen wurden. (Auf Zurufe von der Linken:) Ueberall! Ich bin stolz auf das Prädikat, das Sie mir erteilen, indem Sie mir Sparwut und Sparfoller vorwerfen. Im Hinblick auf die sonstige Bewilligungsfreudigkeit im Landtag ist es ganz gut, wenn wenigstens einer da ist, dem man den Vorwurf der Sparwut und des Sparfollers machen kann. Ich nehme das ganz gern mit in Kauf und ich bin, wie gesagt, stolz darauf, daß mir von gegnerischer Seite aus dieses Prädikat zuerkannt wird.

Es hat, wie gesagt, einigen Anstoßes bedurft — und drüber der Herr Abg. Klüber ist es gewesen, der Sie ja noch mobil zu machen, in Aufregung zu versetzen versuchte darüber, daß wir eine solche Sparpolitik treiben! Er ist es gewesen, der gesagt hat, er begreife nicht, wie die Sozialdemokratie als Koalitionspartei es sich gefallen lasse, daß die andere Koalitionspartei Abstriche macht (Hört! Hört!) er ist uns sogar in den Rücken gefallen (Zurufe). Und jetzt können Sie nachher Ihre Flugblätter herausgraben und herausgeben, Herr Kollege Hermann (Abg. Köhn: Das stimmt nicht!) — Zuruf des Abg. Hermann). In der Tatsache aber wird nicht zu rütteln sein, und um die Anerkennung der Tatsache kommen Sie nicht herum, daß gerade vonseiten der Wirtschaftspartei — die draußen die Sparpolitik vertritt — hier im Landtag uns in den Rücken gefallen wurde und daß die Wirtschaftspartei den Versuch unternommen hat, die Sozialdemokratie dazu aufzuheben, damit sie die Sparpolitik nicht mitmache (Zuruf des Abg. Hermann: Auf welchem Gebiet? — vielleicht darf man das auch erfahren?). Fragen Sie den Herrn Kollegen Klüber (Abg. Hermann: Auf welchem Gebiet?) Auf dem ganzen Gebiet, wo wir Abstriche gemacht haben. (Abg. Hermann: Er hat doch auch Anträge gestellt, der Herr Klüber, er hat doch auch Abstriche verlangt!)

Wie ist nun das Defizit zu verantworten? Das Defizit mit seinen 24,3 Millionen ist recht erheblich. Wir müssen es verantworten und sind uns dessen bewußt, daß die Verantwortung nicht leicht ist. Aber zunächst einmal will ich sagen: Bezüglich dieses Defizits habe ich einige Sorge, ob es wirklich möglich sein wird, im Laufe der zwei Budgetjahre aus Einnahmeverbesserungen Erparnisse in Höhe von 24,3 Millionen RM. einzubringen. Ich habe große Sorge, und ich gestehe offen, daß ich dem Finanzgesetz in dieser Richtung nur mit großer Besorgnis zustimme — nur mit großer Besorgnis! Denn das Defizit erscheint mir außerordentlich hoch. Aber die Regierung hat uns gesagt — und so hat sie uns den Etat vorgelegt — sie glaube, die Verantwortung tragen zu können für die nächsten zwei Jahre mit der Voraussetzung einer Abdeckung des jetzigen Defizits in Höhe von 24,3 Millionen Reichsmark.

Reserven

Der Herr Kollege Dr. Mattes pflegt bei diesen Gelegenheiten jeweils immer darauf hinzuweisen, daß im Etat ja „Reserven“ seien: Nun sicherlich sind in diesem Etat Reserven — Reserven, die nur nicht bestimmt greifbar sind, und ich verstehe, daß der Herr Finanzminister in der Aufstellung seines Vorschlags behutsam ist (Abg. Dr. Schöfer: Da hat er recht!). Denn sonst — wenn gar keine Reserven mehr darin wären — müßte, wenn ein Defizit entsteht, sich eine Lage herausbilden, die vom Standpunkt des Finanzministers aus gar nicht mehr zu verantworten wäre. Ich nehme also wie gesagt an: Es sind Reserven darin; ich bin sogar überzeugt, daß der Vorschlag solche Reserven enthält; ich könnte selbst einige Positionen nennen, wo ich die feste Überzeugung habe, daß tatsächlich Reserven vorhanden sind, wo ich aber nicht in der Lage bin, zu sagen, um wieviel es sich handeln wird; und wo ich auch überzeugt bin, daß selbst der Herr Finanzminister nicht in der Lage sein würde, die Summe anzugeben. Es handelt sich um Punkte, wo man eben nur vermuten kann: Hier entsteht eine Mehreinnahme — und aus solchen Mehreinnahmen muß das Defizit von 24 Millionen abgedeckt werden. Wenn ich die Überzeugung hätte, daß in dem Etat gar keine Reserven sind, dann würde ich dem Finanzminister das Finanzgesetz ablehnen. Denn für ein Defizit von 24 Millionen RM., bei dem gar keine Hoffnung bestünde, daß es im Laufe der Budgetperiode abgedeckt werden kann, würde ich die Verantwortung nicht übernehmen. Ich spreche also ganz offen aus: ich hoffe es und vertraue darauf, daß noch einige Reserven da sind, das heißt, daß im Laufe der nächsten zwei Jahre bei verschiedenen Einnahmepositionen eine Verbesserung eintreten wird. Aber eine Defizitvermehrung, wie die Anträge des Herrn Dr. Mattes nach der steuerlichen Seite hin sie bedeuten, könnte ich nicht mit verantworten — insbesondere nicht wenn Sie jetzt den Versuch machen, die Grundsteuer noch weiter zu senken.

Sentung der Realsteuer

In Verbindung damit komme ich nun noch zur Erörterung einiger steuerlicher Fragen, die im Zusammenhang mit dem Etat und dem Finanzgesetz eine Rolle spielen haben und auch jetzt eine Rolle spielen. Gestern und heute ist des Vorgesetzten und Ver-

ten darüber diskutiert worden, ob wir in Baden höhere Realsteuern haben als in anderen Ländern. Ich bin überzeugt davon, daß die Grundsteuer in Baden höher ist als in einer ganzen Reihe anderer Länder; ich bin auch davon überzeugt, daß die Realsteuern in Baden eine drückende Höhe erreicht haben. Infolgedessen ist es notwendig, eine Politik zu betreiben, die nach der Seite der Realsteuern hin eine Entlastung im Wege hat. Deshalb bin ich durchaus mit dem Herrn Abg. Dr. Mattes der Auffassung, daß bis zum nächsten Etat verübt werden muß, einen Abbau der Realsteuern zu erzielen; und soweit sein Antrag darauf hinausläuft, die Regierung zu eruchen, bis zum nächsten Etat, also bis in zwei Jahren Maßnahmen durchzuführen, die es möglich machen, die Realsteuern zu senken — er schlägt vor: um 5 Prozent (Zuruf aus der sozialdemokratischen Fraktion: Jährlich um 5 Prozent!) also sagen wir, bis dorthin 10 Prozent — kann ich diesen Bestrebungen durchaus zustimmen. Die Regierung soll sich nur in dieser Richtung bemühen. Ob es ihr möglich sein wird, das werden diejenigen, welche dem kommenden Landtag angehören, zu entscheiden haben; sie werden dann den Etat zu prüfen haben und werden sehen müssen, ob es möglich ist und — wenn es der Regierung nicht möglich war — ob es dem Landtag möglich sein wird, das Erforderliche durchzuführen. Aber wir sind durchaus der Auffassung, daß von der Regierung und vom Landtag aus alles getan werden soll, um halbmöglichst jede nur mögliche Senkung der Realsteuern durchzuführen.

Nun geht ja erfreulicherweise momentan im Reich eine Steuerentlastung vor sich; voraussichtlich wird morgen im Steuerausschuß des Reichstags die Entscheidung darüber fallen. Nach den neuesten Nachrichten sieht die Steuerentlastung allerdings so aus, daß man eine große Fragezeichen dazu machen muß, ob man in dieser Form ihr zustimmen kann. Es scheint aber eine ganz erhebliche Steuerentlastung auf Kosten der Länder- und Gemeindefinanzen im Reich gemacht zu werden. Soweit diese Steuerentlastung den kleinen Lohnempfängern zugute kommt, bin ich mit ganzem Herzen dabei. Aber, meine Damen und Herren, es ist eben auch eine Realsteuerentlastung erforderlich; auf alle Fälle ist es ganz unerträglich, daß man etwa die Ertragsteuer in der bisherigen Höhe weitererhebt, und es ist ganz unerträglich, daß man die Grundsteuer von 200 Hundertteilen auf 225 Hundertteile erhöht (Sehr richtig!). Steuerentlastung nach der Seite der kleinen Lohnsteuerpflichtigen hin — ja aber bitte: auch Steuerentlastung, wo die Realsteuern als fürchtbar hart empfunden werden! Also Senkung hinsichtlich der Ertragsteuer: Diese Senkung ist ja bereits beschlossen; wir haben durch unseren Antrag den Anstoß dazu gegeben. Ich freue mich darüber und bin dem Hause dafür dankbar, daß sich eine Mehrheit für diesen Antrag gefunden hat. Die Ertragsteuer ist also durch die Beschlüsse des Haushaltsausschusses gesenkt, — und die Grundsteuer soll — so, wie bis jetzt die Mehrheit des Haushaltsausschusses beschlossen hat — ja auch wenigstens keine Erhöhung erfahren. Für den einzelnen Steuerzahler ist das keine Steuerentlastung — gewiß nicht —, sondern genau derselbe Betrag wie im Laufe der letzten Budgetperiode; aber gegenüber dem verlangten Aufkommen aus der Grundsteuer bedeutet es tatsächlich eine Senkung. Nun sind zu der Grundsteuer-Nichterhöhung, will ich einmal sagen, von Seiten der Sozialdemokratie Bedenken erhoben worden. Es ist unsere Aufgabe und unsere Pflicht, sie durchaus sachlich und in aller Ruhe zu prüfen, umso mehr als die Gegenvorschläge, die gemacht worden sind, ja von dem Gesichtspunkt ausgingen, den Kleinbauern vor allen Dingen zu entlasten. Sie haben von Seiten des Herrn Finanzministers gehört, daß es unmöglich ist, die Dinge einwandfrei zu berechnen. Er hat aber heute morgen Zahlen angegeben. Nach einer sehr rohen Schätzung — ich betone das ausdrücklich weil man die Ergebnisse, die da herauskommen dementsprechend werten muß — nach einer sehr rohen Schätzung, die aber doch wohl in weitem Umfange das Richtige treffen wird, wenn auch nicht auf Haarsbreite, gehören in die unterste Stufe 85 Prozent der Steuerpflichtigen, die also bisher Steuer zahlen nach einem Steuergrundbetrag von 15 Pf.; in die zweite Stufe, für die der Steuergrundbetrag 20 Pf. beträgt, entfallen 10 Prozent und in die dritte Stufe mit einem Steuergrundbetrag von 26 Pf. entfallen nur 5 Prozent. Herr Kollege Maier-Heidelberg wir wollen also einmal diese rohe Schätzung als Grundlage nehmen, um ein Bild zu bekommen, wie etwa Ihr Antrag wirkt. Ich sage noch einmal, das ist nur eine ganz rohe Schätzung, genaue Zahlen sind nicht zu haben. Wenn wir nach Ihrem Antrag für 85 Prozent der Steuerwerte, den Steuergrundbetrag von 15 Pf. auf 10 Pf. herabsetzen, so bedeutet das für 85 Prozent der Steuerwerte eine Steuerermäßigung um ein Drittel. Wissen Sie was das nach meiner Berechnung ausmachen würde? Auf Grund dieser rohen Schätzung würde damit ein großer Widerstand gegen diese Erleichterung, die doch gerade den kleinen Bauern zugute kommt, entwidelt hat. (Zwischenruf des Abg. Maier-Heidelberg: Ganze Schlachtsteuer aufheben!). Herr Kollege Maier, von jener Steuerentlastung hat ja der einzelne Konsument gar keinen Vorteil (Abg. Maier-Heidelberg: Jawohl!). Daselbe gilt von

gestellt, sondern er ist für das gesamte Grundvermögen gestellt. (Abg. Maier-Heidelberg: Die Prozente treffen aber nur für die Landwirtschaft zu). Ja, Ihr Antrag ist nur so gestellt. (Abg. Maier-Heidelberg: Aber die Prozente können Sie nicht ineinander rechnen.) Der Herr Finanzminister hat heute morgen gesagt, und ich sage es ja, daß das nur eine rohe Schätzung ist. Also, es kommt auf 1 Million gar nicht an. (Abg. Maier-Heidelberg: 52 Proz. sind aber doch Grundvermögen, Wohngebäude, Betriebsgebäude usw.) Ich sage Ihnen ja, die Schätzung ist roh, aber immerhin, die Tendenz ist klar ersichtlich. Also auf Grund dieser rohen Schätzung ergäbe sich ein Ausfall von 7,8 Millionen. Sie haben angekündigt, daß dieser Ausfall gedeckt werden soll durch Steuererhöhung; entweder bei der Gebäudesteuer oder bei der Grund- und Gewerbesteuer. Wenn wir bei der Grundsteuer das auf die Großen umlegen wollen, so würde das die Folge haben nach dieser rohen Schätzung — sage ich noch einmal — daß der Steuergrundbetrag für Steuerwerte über 2000 Mark betragen würde 1,82 Mark, jedoch das Ergebnis das wäre: der Steuerfuß für einen Grundsteuerwert in Höhe von 20 000 Mark würde 36 Pf. ausmachen und der Steuerfuß für einen Grundsteuerwert von 20 100 Mark würde 3,84 Mark ausmachen. Also einen Steuerfuß von 36 Pf. und dann einen Steuerfuß von 3,84 Mark wegen der einzigen Mark Differenz im Steuerwert.

Nun sagen Sie, die Rechnung stimmt nicht. Sie haben gesagt, die Schätzung ist roh. Also, es kann sein, daß wesentliche Verrechnungen da sind, aber darauf kommt es gar nicht an; es könnten 2 Mark weniger sein. Wenn an Stelle von 3,84 Mark nur 1,84 Mark treten würde, dann ist es ganz klar, daß das eine ganz widerfällige Stoffelung wäre, wenn wir das machen. Nachdem sich etwas derartiges herausstellt, weiß ich nicht, ob irgend jemand im Hause wäre, der den Mut hätte, es draußen zu verantworten. Sehen Sie, gerade weil wir die Dinge nach der Richtung hin sachlich durchdacht haben, sind wir zu der Ueberzeugung gekommen, daß auf diesem Wege die Sache einfach nicht zu machen ist, daß wir gezwungen sind, den anderen Weg zu beschreiten, wie wir ihn in Vorschlag gebracht haben im Haushaltsausschuß und wie er ja auch durch die Mehrheit des Ausschusses angenommen worden ist. Ich möchte nur wünschen, daß hier im Plenum eine viel größere Mehrheit sich in dieser Richtung im Hinblick auf die sachliche Notwendigkeit finden möchte.

Gebäudesteuer

Es liegt dann ein Antrag auf Steuerentlastung für die landwirtschaftliche Gebäudesteuer vor. Da will ich ganz offen sagen, es fällt mir sehr schwer, dem zuzustimmen, daß jetzt in diesem Moment diese Befreiung der Landwirtschaft von der Gebäudesteuer nicht erfolgt. Sehr schwer fällt mir das, weil ich persönlich der Auffassung bin, die Landwirtschaft gehört herausgenommen und zwar im Hinblick auf ihre wirtschaftliche Lage, in der sie sich befindet. Das ist das Ausschlaggebende (Zuruf aus dem Zentrum: Sehr richtig!). Dann muß aber man beachten daß zweifellos, selbst wenn der übrige Teil des Steuerereinerlichungsgesetzes scheitern sollte das Reichsgebäudesteuergesetz kommen wird; es ist kein Zweifel daran, dort wird diese Frage entschieden werden u. zwar einheitlich für das ganze Reich. Und da sage ich, ich hoffe, daß einheitlich für das ganze Reich, auch für uns in Baden, die Landwirtschaft von der Gebäudesteuer befreit wird. Preußen ist frei, Bayern ist frei und Württemberg ist frei. Ich werde mich jedenfalls dort dafür einsetzen, daß die Landwirtschaft sofort befreit werden soll davon. Es ist aber wohl nicht empfehlenswert, jetzt unmittelbar vor der reichsrechtlichen Regelung in Baden noch einmal in diese Materie einzugreifen. Wir sind deshalb aus diesem Grunde der Auffassung, man solle jetzt einmal die Regelung abwarten, wie sie vom Reich her kommt. Nur unter diesem Gesichtspunkt sind wir in der Lage, dem zuzustimmen, daß jetzt in diesem Moment wenige Monate vor der reichsrechtlichen Regelung diese Sache nicht mehr geändert wird.

Einkommensteuer

Dann weise ich darauf hin, wie nach der steuerlichen Seite hin gerade auch im Hinblick auf die Notlage der Landwirtschaft auch sonst verschiedene Erleichterungen getroffen worden sind und werden. Ich erinnere an die Aufhebung der Schlachtsteuer für die Hauschlachtungen zu Gunsten der Landwirtschaft, eine Sache, für die ich von jeher eingetreten bin, seit ich diesem Hause angehöre. Ich bin nicht schuld, daß das bisher nicht zustande gekommen ist. Ich freue mich, daß sie jetzt eine Mehrheit findet, und ich bedauere, daß die Sozialdemokratie einen so starken Widerstand gegen diese Erleichterung, die doch gerade den kleinen Bauern zugute kommt, entwidelt hat. (Zwischenruf des Abg. Maier-Heidelberg: Ganze Schlachtsteuer aufheben!). Herr Kollege Maier, von jener Steuerentlastung hat ja der einzelne Konsument gar keinen Vorteil (Abg. Maier-Heidelberg: Jawohl!). Daselbe gilt von

dem Antrag, der soeben im Haushaltsausschuß behandelt worden ist, auf Aufhebung der Kosten für die Bekämpfung der Rindertuberkulose, wie sie auf Grund der Bekanntmachung des Ministeriums des Innern der Landwirtschaft zugefallen wären.

Sozialdemokratische Agitation und praktische Politik

Sehen Sie, Herr Kollege Maier-Heidelberg, ich habe hier ein sehr schönes Flugblatt, d. h. es ist eine Wahlnummer der sozialdemokratischen Partei (Abg. Maier-Heidelberg: Ich habe auch ein paar von Euch — Heiterkeit!). Ich habe einen ganzen Stoß da, ich kann Sie stundenlang unterhalten, wenn Sie wollen (Mehrfache Zurufe von verschiedenen Seiten). Nein, ich bringe das nur deswegen, es ist nämlich wahr, was hier steht (Heiterkeit), das ist nämlich wahr, das ist aufrichtig richtig. In diesem Wahlflugblatt ist vorn ein sehr schönes Bild, das wir hier im Landtag aufhängen sollten, immer wenn über die Landwirtschaft debattiert wird. Ich wäre dafür, daß das durch die Regierung in großem Format hergestellt wird und dann da vorn aufgehängt wird. Da hat die sozialdemokratische Wahlzeitung schon dargestellt, wie der Bauer schindet und schuftet hinter dem Pflug her. Das zweite Bild zeigt den Bauern mit dem großen Bündel Steuern. Das zweite Bild zeigt einen Bauern mit einem großen Bündel Steuern, an dem er sehr schwer trägt und mit dem er zum Finanzamt läuft, ferner Frau und Kinder, wie sie bittere Tränen weinen ob der Not, weil der ganze Ertrag der Landwirtschaft in Steuern aufgeht; und hinten dran sieht — das ist der einzige Fehler an dem Bildchen — die Bauern sollen ausgerechnet den Sozialdemokraten die Hand reichen und mit ihnen Politik machen. (Große Heiterkeit). Das ist der einzige Schönheitsfehler an dem Bild.

Im übrigen ist es ganz richtig, daß der Bauer bei der derzeitigen Wirtschaftslage schinden und schuftet kann hinter dem Pflug her und daß die Steuerlast für ihn erdrückend ist. Aber gerade weil Sie (zu den Sozialdemokraten gewendet) im Wahlkampf ein so schönes Flugblatt gebracht haben, kann ich nicht begreifen, warum Sie sich so aufregen, wenn ich mich mit der an mir gewohnten Energie dafür einsetze (Abg. Maier-Heidelberg: Man kann auch anders sagen!). Das nun Ernst gemacht wird, so wie ich es getan habe in der Frage der Senkung der Grundsteuer, wie ich es vorhin getan habe in der Frage der Kosten für die Bekämpfung der Rindertuberkulose, wie ich es schon längst getan habe in der Frage der Schlachtsteuer, wie ich es auch getan habe in der Frage der Sparpolitik. Es ist mir manchmal verübelt worden, ich bin sogar manchmal etwas temperamentvoll angefahren worden, es ist sogar der Vorwurf erhoben worden, daß sie keine Agitationspolitik. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Soweit sollten Sie mich doch jetzt kennen, daß das nicht Agitationspolitik ist, sondern daß es von mir ehrlich gemeint ist. Ich weiß, daß in den ländlichen Wahlfreien bittere Not herrscht (Abg. Dr. Schöfer: Sehr wahr!). Ich gebe mich nicht dazu her, im Wahlkampf schöne Versprechungen und, meinetwegen, schöne Flugblätter zu machen und nachher, wenn der Wahlkampf vorüber ist, die Not unseres Landvolkes zu veressen. Das tue ich nicht, und keine Koalition kann mich dazu zwingen, darob die bittere Not unseres Landvolkes zu veressen (Zuruf aus dem Zentrum: Abg. Maier-Heidelberg: Das ist aber doch unerhör! Als ob wir die Not der Landbevölkerung gelehrt hätten und als ob wir nichts für sie getan hätten! — Weitere Zurufe von den Sozialdemokraten. — Glöde des Präsidenten). Ich habe Ihnen jetzt nur gesagt, daß diese unsere Bestrebungen aus einer ehrlichen Absicht heraus gekommen sind, und daß Sie deswegen allen Grund hätten (Abg. Maier-Heidelberg: Aber die Arbeiter können Steuer bezahlen! Glöde des Präsidenten) — daß Sie deswegen allen Grund hätten, nicht, wie Sie es jetzt schon wieder um tun, so temperamentvoll aufzufahren, sondern mitzuhelfen, dieser Bauernnot zu steuern (Zurufe des Abg. Maier-Heidelberg und anderer Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion) Herr Kollege Maier, auch hier müssen gewisse Pföde ganz genau abgesteckt, und es muß abgegrenzt werden (Abg. Maier-Heidelberg: Sie können alles verlangen — und die Arbeiter nichts!) Meine Damen und Herren! Wir haben damit gesagt, daß es uns ernst ist und daß wir Taten wollen (Zuruf von den Sozialdemokraten: Wir auch!) Nur auf diesem Wege kann der Not draußen gesteuert werden; es kann ihr nicht gesteuert werden mit den Reden, die gehalten worden sind und die vielfach nur aufgeschmissen haben, auch nicht mit den Protestversammlungen, die das Ergebnis haben, daß nachher die Bauern vor lauter Verzweiflung und Verzerrung an Wahltag wegbleiben; denn das war das Ergebnis dieser Versammlungen — das ist sehr betrüblich (Abg. Dr. Schöfer: Sehr richtig!). daß die Bauern draußen, in weitem Umfang, mißtrauisch gegen jede Partei, nun einfach zu Hause geblieben sind und damit die Front derjenigen im Parlament geschwächt haben, die mit Mut

und Energie und Treue sich für ihre Sache eingesetzt haben und auch weiterhin einsetzen (Sehr richtig! beim Zentrum). Wenn in den nächsten Jahren manches für die Landwirtschaft nicht geschieht, was wir gerne haben möchten, so ist das mit die Folge davon, daß die Front, die sich schüßend vor die Landwirtschaft stellt, durch den letzten Reichstagswahlkampf und sein Ergebnis geschwächt worden ist. (Sehr richtig!)

Wahlflugblätter

Nun, meine Damen und Herren, ich muß zum Schluß kommen. — Es ist noch auf unsere Wahlflugblätter abgehoben worden. Ich habe hier einen ganzen Stoß von Wahlflugblättern, die von anderer Seite gekommen sind; ich will sie nicht auspacken, sondern ich will nur, damit auch die heitere Seite heute noch ein klein bißchen zu ihrem Recht kommt, kurz — ich bin gleich fertig, — ein paar Dinge daraus zitieren.

Interessant ist, daß im letzten Wahlkampf der Kampf gegen die Splitterparteien eine so große Einheitsfront gefunden hat. Hier sehe ich ein Flugblatt der Volksrechtspartei, die in ihrem Wahlflugblatte auforderte: „Wählt nicht die kleinen ausüchtelnden oder einseitigen Aufwertungsparteien!“ (Heiterkeit).

Ein recht schönes Wahlflugblatt hat unter anderem die Deutsche Volkspartei der Deffentlichkeit übergeben. Viellecht hat der Herr Kollege von Au auch schon Gelegenheit genommen, es anzusehen; wenn nicht, so will ich es ihm zur Verfügung stellen. Es ist hier der Präsidentenstuhl gezeichnet und eine Figur darauf, das scheint der Herr von Au sein zu sollen, und da ist zu lesen:

Ich habe das Bürgertum gespalten, Den Titel Präsident erhalten, Direktor bin ich nebenbei.

Das wahre Gesicht der Wirtschaftspartei! (Große Heiterkeit). Dann wird empfohlen:

Drum lieber Wähler, merke Dir: Mach' ja Dein Kreuz in Nummer 4. Und wählet alle froh und heiter Curtius, Blum, Mattes usw.!

(Große Heiterkeit). Die Deutschnationalen haben der Deutschen Volkspartei ein wunderbares Flugblatt gewidmet. Da wird zunächst an den Wahlauftrag vom Jahre 1920 erinnert, wo die Deutsche Volkspartei die Parole ausgab:

Von roten Ketten macht Euch frei Mein die Deutsche Volkspartei!

Die Antwort darauf:

„Die roten Ketten legt Euch an Allein Herr Dr. Stresemann!“

(Große Heiterkeit). Darauf die Deutsche Volkspartei:

„Was gehen Dich die andern an, Du wählst' wie Gustav Stresemann!“

(Heiterkeit). Ja, sie scheinen sogar in eine Koalitionsregierung hineinzugehen, so wie Dr. Stresemann es will.

Aber auch die Sozialdemokratie hat es an Witz nicht fehlen lassen, wenn sie dichtete:

Im wunderschönen Monat Mai, Wo alle Knospen sprangen, Da muß die SPD-Partei Zur größten Macht gelangen.

(Heiterkeit). Eine andere Klänge:

Im wunderschönen Monat Mai, So sang schon Heinrich Heine, Wählt nur die SPD-Partei, Die hilft Euch auf die Beine!

(Große Heiterkeit). Und ein anderes schönes Verslein auf die bekannte „Seite“:

Dieses keine Seifenstück, Zeigt den Weg zu Eurem Glück, Drum, zur Reichstagswahl im Mai, Wählt die SPD-Partei!

(Große Heiterkeit). Das scheint das Seifenstück zu sein, das der Reichstagsabgeordnete Höllein in Berlin auf den Tisch des Hauses im Reichstagsgebäude gelegt hat, nachdem die Regierungserklärung Müller-Stresemann erfolgt war!

Also Sie sehen, bei allem Streit und Jam und Scherz ist im Wahlkampf auch der Humor, sogar die Lyrik zu ihrem Rechte gekommen. Das ist schließlich noch das Schöne und das Erfreuliche, was wir am Ende dieses Wahlkampfes feststellen können.

Der Wahlkampf ist abgeschlossen auch für uns. Es gilt nunmehr zu arbeiten im Reich und im Land. Wir werden unsere Pflicht tun, wie es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist, getreu unseren Idealen. Sie sind anders als die Ideale des Sozialismus, sie sind anders als die Ideale des Liberalismus, die Herr Dr. Mattes in ganz eigener Weise geteilt gezeigt hat, und die vollständig im Widerspruch stehen, insbesondere auch mit der Rede, die der Herr Kollege Obkircher vor wenigen Tagen gehalten hat. Es ist ein ganz anderer Liberalismus gewesen, als der Liberalismus der Praxis. Wir gehen auch andere Wege als die Rechte. Sie kennen unsere Wege. Wir gehen den Weg, so wie es die Ideale unserer Partei immer gewesen sind — wir gehen weiter den Weg der Tradition, die unsere Väter uns geschaffen haben, und wir glauben damit weiterhin verantwortungsbewußt unserem Volk, unserem Vaterland, und unserer babylonischen Heimat zu dienen. (Beifall beim Zentrum.)

Chronik

2000 Mark Geldstrafe für Milchpantzen.

Darmstadt, 13. Aug. Vor dem hiesigen Amtsgericht hatte sich jetzt die 62jährige Landwirtin Helene Schneider aus Hechtshausen wegen fortgesetzter Milchpantzenerei zu verantworten. Sie hatte im vergangenen Jahre wiederholt ihre Milch mit 12 Prozent veräußert und entrahmt. Da die Angeklagte über einen Grundbesitz von über 100 Morgen verfügt, also aus gesundheit und Geld bedürftiger Kinder und Kranker versündigt hat, hielt der Staatsanwalt einen Strafbefehl von 500 Mark für zu gering und beantragte 1000 Mark Geldstrafe. Das Gericht ging aber über diesen Antrag hinaus und verurteilte die habgierige Angeklagte (und zur Abschreckung anderer Milchfälscher?) zu einer Geldstrafe von 2000 Mark, Ertragung der Kosten und achtstägiger Veröffentlichung des Urteils im Gemeindefasten.

Malsch (Wiesloch), 12. Aug. (Eine eigenartige Unfall beim Baden im Neckar) am Nachmittag des Verfassungstags tobte den 19jährigen Zimmermann Wittmann von hier das Leben. Während er den Neckar bei Heidelberg durchschwamm, stieß ihm ein Mitschwimmer aus Ziegelhausen mit dem Fuß in die Rippen, so daß Wittmann die Luft ausging und einen Schwächeanfall erlitt. Er sank sofort, ebenso der Mitschwimmer. Letzterer konnte durch Badende sofort aufgefunden und rettend ans Land gezogen werden. Wittmann fand man jedoch erst einige Zeit später. Inzwischen war sein Tod eingetreten, so daß die Rettungsversuche ohne Erfolg blieben. Seinen schwerbetroffenen Eltern wendet sich allgemeine Anteilnahme zu.

Kaenbergl, 12. Aug. (Ein neuer Gewerbebezweig.) Der übergroße Verbrauch von Sodaprodukten und Limonade auch in unserer Gemeinde während der Hitzeperiode dieses Sommers hat einen hiesigen Gewerbetreibenden auf die Idee gebracht, auch in Kaenbergl eine Sodawasserfabrik zu errichten. Seither mußte dieses billige und während der Hitze vorzüglich erfrischende Getränk von auswärtigen Fabrikanten auf primitivem Gefährt eingeführt werden. Die zu erhellende Anlage wird mit den modernsten und rationell arbeitenden Einrichtungen versehen werden. Die in hygienischer Hinsicht allen Anforderungen genügenden Maschinen werden eine fließende Stillleistung von ca. 500 Flaschen vollbringen, bei einfachster Bedienungsweise mit wenigen Arbeitskräften. Auch das hierzu zu verwendende Wasser ist nach einer entsprechenden Untersuchung völlig bakterienfrei und mineralogisch von bester Beschaffenheit. Das Quellwasser ist frisch und in reichlicher Menge vorhanden. Dem Unternehmen ist bester Erfolg zu wünschen.

Walldorf, 12. Aug. (Ein moderner Pranger.) Auf der hiesigen Gemarung nehmen die Entwendungen von Feldfrüchten in diesem Sommer derart zu, daß die Bürgerwehr und die Gemeindeverwaltung zu einem sicherlich wirksamen Mittel greifen mußte. Zukünftig wird gegen die Feldfreier derart vorgegangen werden, daß neben einer erheblichen Geldstrafe die Namen solcher Diebe an der Kathausafel öffentlich angeschlagen werden. Es ist zu erwarten, daß durch dieses Radikalmittel den zu einer wahren Plage werdenden Feldfreieren etwas eingedämmt werden. Sicherlich wird dieses System Schule machen.

Pforzheim, 15. Aug. (Raubüberfall.) Einen ganz frechen und verwegenen Raubüberfall verübte am vergangenen Freitag, vormittags 10 Uhr ein circa 26jähriger Mann in der Friedensstraße. Ein 16jähriges Mädchen besorgte dort geschäftliche Ausgänge und wurde nun von dem Betroffenen

Friedrich Ludwig Zahn-Anetoten

Zum 150. Geburtstag des deutschen Turnerars am 11. August 1928. Zahn war in seine frühen Jugend schon ein unruhiger Geist. Nachdem er wegen verschiedener Streiche vom Gymnasium in Salzwedel hatte abgehen müssen, kam er ans Gymnasium zum Grauen Kloster in Berlin und zwar ob seiner trefflichen Kenntnisse in die Unterprima. Wer offenbar gefiel es Zahn nicht in Berlin, denn eines Tages fand man an einer Badeanstalt seine Leiche; von Zahn selbst war weit und breit nichts zu sehen. Der tüchtige Schwimmer hatte sich aus dem Staube gemacht und ließ Lehrer und Mitschwimmer in dem schrecklichen Glauben zurück, er sei ertrunken. Als ein ehemaliger Mitschwimmer dieser Berliner Wochen ihn dann auf der Unübersichtliche begegnete, wollte der seinen Augen nicht trauen und meinte, ein Toter sei tatsächlich wieder aufzuerstehen.

Als Zahn in Mecklenburg Hauslehrer war, gab er wenig auf seine Kleidung acht und lief oftmals mit zerzissenen Rod umher. Die Anaben, die sehr vertraut mit ihm standen, hatten Mut genug, ihn auf das Unordentliche seiner Kleidung aufmerksam zu machen. Zahn aber erwiderte lächelnd, der Rod sei ein alter, treuer Diener und es komme immer mehr darauf an, daß ein Rod im Rod stehe, als wie der Rod beschaffen sei.

Nach dem Unglückstag der Schlacht von Jena trat Zahn in Magdeburg einem stehenden Leupold Soldaten entgegen und suchte in seiner lebendigen Begeisterung, die Leute zur Wehrmacht zu bringen und neu zu formieren. Da stellte ihn ein Offizier zur Rede: er habe als Zivilist hier gar nichts zu befehlen. „Du befehlen freilich nicht“, erwiderte Zahn, „aber raten darf ein jeder, der ein Vaterland zu verlieren hat!“

Deutsche Jugendkraft (Gau Mittelbaden)

Werbefag in Oeftringen

Bei prächtigem Augustwetter führte der Ortsausflug für Leibesübungen in Oeftringen am Verfassungstag traditionsgemäß seine sportlichen Propagandavorführungen auf dem ideal gelegenen Waldspielplatz der Gemeinde durch. Die Oeftringer Jugendkraft hatte sich zum Handballwettbewerb den Gaumeister 1927/28 Karlsruhe-Mittelstadt verpflichtet. Ein stattliches Publikum umfäumte den Platz, als der Unparteiische nach gegenseitiger Begrüßung der Mannschaften das Zeichen zum Beginn gab. Karlsruhe, forsch im Angriff, vermochte trotz Fehlens eines Stürmers und vier Ersahleuten das Tempo zu bestimmen und seinen Gegner periodenweise in große Bedrängnis zu bringen. Langsam befreite sich die Oeftringer Elf aus des Gegners Umklammerung, leitete äußerst gefährliche Angriffe ein, deren Ergebnis die Führung bei Halbzeit mit 2:1 war. In raschem Wechsel wurden die beiderseitigen Tore in des Spieles zweiter Hälfte attackiert, Treffer fielen hüben wie drüben. Oeftringen behielt zum Schluß mit 6:4 nach schönem Kampf die Oberhand.

Handball-Freundschaftsspiel. Kronau II gegen Karlsruhe-Mittelstadt II 3:1. In Bruchsal beegneten sich obige Mannschaften zur Austragung des fälligen Verbandsspiels, das aber, da Kronau zu spät antrat, nur noch als Privatspiel gemertet werden konnte. Klart im Angriff, rasch und mächtig in der Dedung, war es der Kronauelf ein Leichtes, die schwerfälligen Karlsruhe überzumpeln und ins Hintertreffen zu bringen. Schade, daß das Pokalspiel durch vorgeschobenen Umstand für Kronau verloren ging.

Preisturnier der D.J.K. Karlsruhe-Mittelstadt in Fußball, Handball und Faustball am Sonntag, 19. August.

angesprochen und ersucht, ihm Hilfe zu leisten, da sein Kind gestürzt sei. Unvorsichtigerweise ging das Mädchen mit — sie hatte das Mädchen geglaubt, wurde aber bald an einer unübersichtlichen Stelle von dem Burschen angepöbel. Da das Mädchen kein Geld bei sich trug und sich außerdem gegen die Angriffe heftig wehrte, entriß ihr der Gauner einen Ring und warf das Mädchen zu Boden, wo es einige Zeit vor Schreck bewußtlos liegen blieb. Auf die Ergreifung des Täters, oder auf zweckdienliche Angaben, die die Festnahme des Räubers ermöglichen, ist eine Belohnung von 200 Mark ausgesetzt. Im Anzeigenteil unserer gestrigen Ausgabe hat die Staatsanwaltschaft eine fahndung, in der auch die genaue Beschreibung des Täters zu lesen ist, veröffentlicht.

Stillingen, 18. Aug. (Von Auto überfahren.) Die vermittelte Frau des Gastwirts Meier geriet aus Unachtsamkeit unter die Räder eines Karlsruher Personenaus. Sie wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus nach Karlsruhe gebracht.

Geerst (Stillingen), 18. Aug. (Ein Kind verbrannt.) Durch unvorsichtiges Umgehen mit einem Spiritusapparat gerieten die Haare des etwa 6jährigen Töchterchens des Maurers Josef Heiler in Brand. Infolge des Schreckens warf das Kind noch die Spiritusflasche um. Es erlitt so schwere Brandwunden, daß es noch in derselben Nacht nach schrecklichen Qualen starb.

Baden-Baden, 14. Aug. (Mesner jubilaum.) Das seltene Fest seines 50jährigen Mesnerjubiläums feiert am 18. August d. J. Pfarrermesner Karl Falk im Stadtteil Lichtenental. Am 18. August 1878 wurde er vom Herrn Bischofsweser Kothar von Kibel als Pfarrermesner bestätigt, und waltet in ordentlicher Treue und Gewissenhaftigkeit seines Amtes. Möge Herr Falk noch ein recht schöner und sonntiger Lebensabend beschließen sein.

Kistertreidenbach, 18. Aug. (Mit dem Auto ins Wasser gestürzt.) Ein Personauto von Tondach herkommend, das von einem Mannheimer Geschäftsfreund geführt wurde, ist bei der Kurve beim Sägemühl der Firma Frey und Klump, Reichenbacherhöfe, die etwa 4 Meter hohe Mauer direkt in den Tondach hinabgestürzt. Gerade an dieser Stelle zeigt der Tondach eine ziemlich starke Tiefe. Das Auto hat sich überschlagen, die Räder zeigten nach oben. Wie durch ein Wunder ist der Insasse, ein junger Mann, mit leichten Verletzungen dem sicheren Tode entgangen. Arbeiter der Firma Frey u. Klump leisteten die erste Hilfe und befreiten den Verunglückten aus seiner misslichen Lage. Wenn nicht sofort Hilfe zur Stelle gewesen wäre, wäre der Mann ohne Zweifel ertrunken.

Rippenheim, 18. Aug. (Drei schwere Verkehrsunfälle.) In den letzten Tagen haben sich hier drei schwere Verkehrsunfälle ereignet. Ein Automobil von Bommendorf, das von dem Regierungsbaumeister Haus von dort gefeuert wurde, wollte am Freitag abend unterhalb Rippenheim zwei Motorradfahrern ausweichen, wobei sich der Wagen überschlug. Der Autoführer erlitt Verletzungen an der Stirn. Der mitfahrende Amtsgerichtsrat Stroß von Bommendorf gab sich zwei Rippenbrüche zu. — Auf der Landstraße Schmieheim stieß ein Auto von Sulzburg, Amt Rahr, mit einem Motorradfahrer aus Kleinlaurenburg zusammen, wobei der Motorradfahrer leichten Verletzungen erlitt, während sich die auf dem Sozius sitzende Frau eine Kieferverletzung zuzog. — Der Saloffer Otto Dambach aus Wörch (Amt Stillingen), der heute früh auf einer Fahrt von Wörch nach Bommendorf im Wiental begriffen. An der Kirche bei einer sehr unübersichtlichen Kurve verlor er infolge zu schnellenfahrens die Herrschaft über sein Rad. Er wurde an ein Schementor gefahren und erlitt einen Schädelbruch, an dessen Folgen er kurze Zeit darauf starb. Der Wärfahrer kam unbeschadet davon. Dambach ist 29 Jahre alt und beerbtet.

Zahlreich laufen die Anmeldungen für alle Spielarten ein, großes Interesse für diese Propagandaveranstaltung bezeugend. An alle Abteilungen, die noch nicht gemeldet, ergeht der Ruf, die Meldung spätestens bis Donnerstag, den 16. Aug., nachzuholen, da spätere Anmeldungen als verspätet zurückgewiesen werden müssen. Dem sportkundigen Publikum kann der Besuch der Spiele auf den Plätzen an der Grabener Allee beim Caritaswaldheim aufs beste empfohlen werden, haben doch Mannschaften von gutem spielerischem Auf feste Zusagen bereits erteilt.

Schiedsrichterversammlung im Gau Ortenau.

Am letzten Sonntag wurden die Schiedsrichter des Gau Ortenau in das schöne Lokal der D.J.K. Offenburg-Ost zu einer konstituierenden Versammlung eingeladen. Der Besuch ist gut zu nennen. Der Gaugeschäftsführer Herr Oberlehrer Dama Obermeier begrüßte die stattliche Anzahl Schiedsrichter. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen übergab derselbe das Wort dem Kreis-Schiri-Obmann K. Schneider-Karlsruhe zu seinem Referat, das im Mittelpunkt der Tagesordnung stand. Derselbe sprach über Wesen des Schiedsrichters, Organisation und Aufgaben der Schiedsrichter. Der interessante Vortrag wurde von den Anwesenden mit Beifall aufgenommen. Daran folgte die Diskussion sowie das Schlußwort über das Referat. — Nach Schluß der Versammlung ging es auf den schön gelegenen Sportplatz der D.J.K. Offenburg-Ost, wo ein Fußball-Liebespiel zwischen

Offenburg-Ost und Zell-Weierbach ausgetragen wurde, das Zell-Weierbach durch sinneres und besseres Spiel für sich mit 2:0 entscheiden konnte. Bei diesem Spiel wurden vier neu angemeldete Schiedsrichter geprüft und man konnte den Erfolgeleistungen eine gute Note ausstellen. Sch.

Donauschöningen, 18. Aug. (Tödlische Autounfall.) Auf der Durrheimer Landstraße in der Nähe des Pumpwerkes ereignete sich gestern abend ein schmerzlicher Autounfall. Der Wagen fuhr gegen einen eisernen Wegweiser. Einer der Insassen, der 27jährige Eugen Schmid, wurde herabgeschleudert und erlitt einen schweren Schädelbruch. Der Verunglückte war auf der Stelle tot.

Hintergarten, 18. Aug. (Eine Mühle abgebrannt.) Gestern vormittag stand die am Eingange des Hofstaates gelegene sog. Mühle in Flammen. Die Bewohner konnten nur mit Mühe die notwendigen Gegenstände retten. Infolge der großen Trockenheit war das aus Holz erbaute Anwesen innerhalb einer Stunde niedergebrannt. Auch der Bahndamm, die kleine Eisenbahnbrücke und der jenseits des Bahndamms gelegene Wald hatten bereits zu brennen begonnen. Die Geschädigten sind nur gering beschädigt.

St. Peter, 15. Aug. (Aus Wies und Feld.) Man ist hier mitten in der Ernte, was für unsere Gegend recht früh ist. Die Bauern sind mit dem Körnerertrag sehr zufrieden. Dagegen sind die Weiden infolge der Trockenheit ausgebrannt; das Weidewieh tut schwer, etwas zu finden. In der letzten Nacht hat es — Gott sei Dank! — wieder einmal ausgiebig geregnet. Wenn man an den Kleedauern vorbei geht, summt es von den Bienen wie sonst auf blühenden Linden. Der Klee honigt also wieder einmal auch für Bienen. Das kommt nur in trockenen Jahren vor; in nassen Jahren sind die Blütenröhren des Klee zu lang, als daß die Bienen mit ihrem Saugrüssel bis zu den Nektarquellen reichen könnten.

Reb-Zensur, 18. Aug. (Das renovierte Wallfahrtsheiligtum.) In den letzten Tagen ist auch das Hauptgerüst in der alten Wallfahrtskirche niedergelegt worden, das seit April 1927 das Langhaus der bisherigen Kirche den Wänden entzog. Zum erstenmal ist es möglich, das Wallfahrtsheiligtum auf dem Schönbühl zu betrachten und zu bewundern in seiner neuen Gestalt und Schönheit. Was wir da sehen, ist ein eigenes Meisterwerk. Wir sollten es kaum für möglich halten, daß man den alten Baustil nicht nur mit solcher Treue wiederherstellt, wie es hier geschehen ist und mit modernen Mitteln seine Schönheit noch besonders heraushebt, sondern eine Erweiterung schafft, die auch dem ursprünglichen Architekten ein schwer machen wird, die Grenzen zwischen alten und neuen Teilen herauszufinden im Innern wie im Außen. Ein Kunstwerk aus einem Guß steht da vor uns, das seine Gleichheit weithin vergebens sucht. Einheimische und Fremde sind in gleicher Weise voll des Lobes über das Werk, das bis auf wenige Restaurierungen vollendet vor uns steht. Am kommenden Himmelfahrtstag der Gnadenmutter von Todtmoos, am 15. August, der in alter Pracht gefeiert werden soll und am darauffolgenden Freitag der alten Todtmooser Bruderschaft von 1471 werden auch die Wallfahrer von nah und fern nicht nur reiche Gelegenheiten haben, für ihre religiösen Bedürfnisse zu sorgen in Sakramentenempfang, Predigt, feierlichen Opfern und Prozessionen (darunter die einzig schöne Richterprozession am Abend des 15. August) sondern auch einen Kunstgenuss erster Ordnung mit Aug und Ohr erhalten. Jetzt lohnt sich eine Wallfahrt nach Todtmoos wieder reichlich.

Vom Hohentwiel, 15. Aug. (Eine feierliche Dichterehrung.) Gelegentlich der am Verfassungstage auf der Burgstelle stattgefundenen Aufführung des Sättelschen Schauspiels „Salomo, der Bischof von Konstanz“, drachten Hunderte von Jugendwundern dem Dramatiker Karl Sättle unter der Schefschellinde begeisterte Ovationen dar. Steuersekretär Groß fand herzliche Worte an den großen Heimatdichter. Schriftsteller C. U. Krellermann dankte in warm empfundenen Worten.

Waldob (Schwarzwald), 18. Aug. (Vizepräsident Effer nimmt einen längeren Kurzaufenthalt.) Der erste Vizepräsident des Reichstags Abg. Effer ist am 8. August zu längerem Kurzaufenthalt in Waldob eingetroffen und hat im Hotel Klump Wohnung genommen.

Oetigheimer Volkschauspiel.

Oetigheim (Kastatt), 15. Aug. Die beiden letzten Spieltage, Verfassungstag und letzter Sonntag, brachten dem Telspiel Oetigheim ein vollbesetztes Haus. Besonders stark waren die Züge aus Karlsruhe besetzt, sodaß am Sonntag noch ein weiterer Zug zum Spiel geführt werden mußte. Von Baden-Baden aus war der internationale Fremdenzufluß überaus groß. Das prächtige Spiel erntete begeisterte Beifallsstürme. In einer kurzen Gedankfeier wurde am Verfassungstag der 150. Telspielaufführung gedacht und zu Ehren Schillers ein Lorbeerkranz niedergelegt. Unter Mitwirkung der beiden Gesangvereine, des Musikvereins und der Turnerschaft Oetigheim veranstaltete Pfarrer Saier am Sonntag abend noch eine überaus gut gelungene Bernhardsfeier mit lebhaften Bildern, wobei das überragende Kunstverständnis des Pfarrers wieder in glänzender Weise hervorluch.

Roter Kreuz-Tag 1928

Am 7. Oktober 1928 veranstalteten der Badische Frauenverein und der Männerhilfsverein vom Roten Kreuz einen Rottkreuztag zur Erinnerung an das segensreiche Wirken des Roten Kreuzes im Weltkrieg und in den Nachkriegsjahren. Der Minister des Innern hat die Verwendung von Kindern im Alter von 15-16 Jahren bei der am genannten Tage stattfindenden Straßensammlung gestattet und auch der Unterrichtsminister hat nichts dagegen einzuwenden, wenn sich Schüler und Schülerinnen der höheren Lehranstalten und der Volksschulen im genannten Alter an der Sammlung beteiligen unter der Voraussetzung, daß die Erziehungsberechtigten damit einverstanden sind.

Großfeuer

Baslach (Ost. Herrenberg), 18. August. Die Gemeinde erlebte in der Nacht auf Sonntag Stunden der Angst und des Schreckens. Gegen 11 Uhr war, vermutlich infolge Brandstiftung, in der Scheune des Bauern Adolf Gräber ein Brand ausgebrochen. An der Brandstelle herrschte eine sehr enge Raumeise. Mehrere Häuser mit Scheunen bildeten einen Komplex. Das Feuer raste, genährt durch die bürren Ernteborste und breitete sich mit großer Schnelligkeit aus, obwohl die Feuerwehr, später unterstützt von den Motorpumpen aus Herrenberg und Einbellingen sowie durch einige benachbarten Feuerwehren, alle Anstrengungen machte. Bald trat Wassermangel ein und man schaffte nun Wasser aus Tümpeln in Einern herbei und benützte den Inhalt der Gullenslöcher, um des Feuers Herr zu werden. Als das in der Frühe gegen 4 Uhr gelang, da hatte das Feuer bereits seine Opfer gefordert: 6 Wohnhäuser und 4 Scheunen sowie das Gemeindefesthaus mit eingebauter Badeanstalt waren dem Feuer zum Opfer gefallen. Ein Glück war es, daß wenigstens das Vieh gerettet werden konnte, aber das Vieh ist teilweise mitbeschädigt. Der Schaden wird auf annähernd 1 Million Mark geschätzt.

Die gute badische Red-Zensur

Nach dem Bericht des Statistischen Reichsamtes wird der Stand der Reden unter Zugrundelegung 1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering wie folgt beurteilt: Preußen 5,3, Bayern 2,6, Baden 2,5, Württemberg 2,7, Hessen 2,7, für das gesamte Deutschland 2,8. Auf die einzelnen badischen Gebiete kommen folgende Ziffern: Schwarzwaldkreis 5,2, Mannheim 2,8, Karlsruhe 2,0, Konstanz 5,1, Freiburg 2,5.

Die „Lebensstellung“ des Angestellten

Die bei Anstellungen sehr häufig gebrauchte Redensart, es handle sich um eine „Lebensstellung“, ist, wie uns der Gewerkschaftsbund der Angestellten mitteilt, rechtlich bedeutungslos. Eine Anstellung auf Lebenszeit ist nur dann zustande gekommen, wenn sie klar in die besonders getroffenen Abmachungen aufgenommen ist. Selbstverständlich darf das Verhalten des Arbeitgebers nicht gegen die guten Sitten verstoßen, z. B. wenn ein Angestellter durch den ausdrücklichen Hinweis auf eine „Lebensstellung“ veranlaßt wird, die Stellung zu wechseln und dann nach kurzer Zeit ohne Grund die Kündigung bekommt. Daß für diesen Fall der Vertrag unter allen Umständen schriftlich abgeschlossen wird, liegt im Interesse beider Parteien, besonders aber in dem des Angestellten. Gegen eine übermäßige Bindung zu seinen Ungunsten hilft ihm § 624 des BGB, der bestimmt, daß auf Lebenszeit oder für länger als fünf Jahre eingegangene Dienstverhältnisse vom Dienstverpflichteten nach dem Ablauf von fünf Jahren mit sechsmonatiger Kündigungsfrist gekündigt werden können.

Bürgermeisterwahlen

Geislingen (Amt Donauschöningen), 15. Aug. (Bürgermeisterwahlen.) Gestern fand hier der zweite Wahlgang der Bürgermeistereiwahl statt. Von 722 Wahlberechtigten stimmten 587 ab. Auf den Landwirt und Gemeinderat Grieshaber entfielen 504, auf den Landwirt und Gemeinderat Schmidt 260 Stimmen. Weitere Stimmen waren zerstückelt bezw. ungültig. Damit ist der Landwirt Grieshaber zum Bürgermeister der Stadtgemeinde Geislingen gewählt.

HANDEL / WIRTSCHAFT / VERKEHR

Wirtschaft und Börse

Die gegenwärtige Lage.

Das Bild, das sich bei der Betrachtung der gegenwärtigen Wirtschaftslage darbietet, ist im grossen und ganzen ungünstig. Für die starke Konsolidierung unserer gesamten wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse spricht doch wohl am besten der Umstand, dass sich einerseits die innere Kapitalbildung ausserordentlich verstärkt hat, während andererseits der Geldzufluss von aussen her einen stetig steigenden Umfang annimmt. Für die innere Kapitalbildung ist insbesondere wichtig die starke Zunahme der Sparkasseneinlagen, deren Gesamtbestand die Friedenshöhe schon wieder erreicht hat, stellenweise sogar weit überfüllt. Bezüglich der ausländischen Interessennahme an der deutschen Wirtschaft sind ja namentlich charakteristisch die starken Engagements, die trotz aller Zwischenfälle immer wieder von der auswärtigen Börse in den wichtigeren Werten unseres Aktien- und Anleihenmarktes übernommen werden. Beides zusammen ist nichts anderes, als die Dokumentierung des sich immer mehr steigernden und des sich immer mehr festigenden Vertrauens in die Sicherheit unserer Währung. Bezeichnend ist ja nach dieser Richtung, was insbesondere das Ausland angeht, die Tatsache, dass die ausländischen Guthaben in Reichsmark sich bei den wichtigeren deutschen Grossbanken gegenüber dem Stande vom Dezember 1927 verdoppelt und gegenüber dem Stande von 1926 sogar mehr als verdreifacht haben. Dabei ist die Verankerung und Verzweigung dieser Guthaben des Auslandes so vielgestaltig, dass die Sorgen davor, dass ein plötzlicher Abzug solcher Gelder, etwa bei einer Börsenbaisse, schwerwiegende Rückwirkungen auf die deutsche Wirtschaft haben könnte, wenn auch nicht ganz beseitigt, so doch wesentlich gemildert sind.

Für die Beurteilung des Standes der Wirtschaft sind sodann aber auch noch von ausschlaggebender Bedeutung die Verfassung einerseits der Banken, andererseits der Börse.

Was die Banken anbelangt, so sehen wir sie augenblicklich in einem Zustande, der dem besten Friedensstatus zum mindesten gleichkommt, ja ihn vielfach bei weitem übertrifft. Die zielsichere, freilich auch zuweilen recht robuste Geld- und Kreditpolitik der Banken in Verbindung mit einer überaus scharf ausgeprägten Rationalisierung der Geschäftsführung haben ein Fundament geschaffen, das man schlechthin als unerschütterlich bezeichnen kann. Nirgend anderswo als bei den Banken hat man einen derartigen schroffen Personalabbau getrieben. Diese Epoche ist nicht schon längst abgeschlossen, sondern insofern überwunden, als die Banken bereits wieder zu Personalvermehrungen übergehen müssen. Dabei bewältigen die Grossbanken ihren gegenüber um vieles höheren Umsatz heute mit weniger Personal als ehemals.

Wenn man annimmt, dass der Umsatz der Banken sich fortgesetzt steigert, obwohl die

für das Bankgeschäft besonders ertragreiche Börsentätigkeit ganz ausserordentlich im letzten Jahre eingeschränkt war, so ergibt sich daraus, dass die Banken eine Geldpolitik zu treiben wissen, die sie für alle irgendwie möglichen Ausfälle schadlos hält. Aber hier liegt auch mit die Hauptquelle für die Sorgen der produktiven Wirtschaft. Immer noch bestehende ausserordentliche Hemmungen bilden die Zinsen- und Provisionsforderungen der Banken, die auch jetzt noch von so exorbitanter Höhe sind, dass kleine und niedere, ja selbst für die Gesundheit unserer wirtschaftlichen Verhältnisse notwendige grössere gewerbliche und Handelsbetriebe kaum noch bestehen können. Nur diesem rücksichtslosen Ausnutzen ihrer Machtstellungen verdanken es letzten Endes die Banken, dass sie zu einer schier unumschränkten Beherrschung der wirtschaftlichen Entwicklung gelangt sind. Das gesamte deutsche volkswirtschaftliche, namentlich produktive Leben, kann erst dann wieder gedeihen, wenn wirklich vernünftige Verhältnisse in der Zinsbildung Platz greifen. Hier ist auch der Punkt, an dem die gesetzgeberischen Massnahmen mehr und mehr einsetzen müssen.

Die Stärkung der Produktionskraft, die wir unbedingt benötigen - ist abhängig davon, ob auch eine genügende Rentabilität gesichert wird. Diese Rentabilität ist heute für einen Betrieb, der lediglich für die Aufbringung der Kreditzinsen und der Bankspesen arbeiten soll, überhaupt nicht gegeben; ganz abgesehen davon, dass durch solche Bedrückungen auch die Arbeits- und Unternehmungslust keineswegs gefördert werden.

Sehen wir uns nun die Verhältnisse an der Börse an. Heute noch sind die Folgewirkungen des berüchtigten sogenannten "schwarzen Freitag" nicht überwunden. Immer noch geistern Ausläufer dieser schwersten aller Krisen, die die deutsche Börse seit Jahrzehnten betroffen hat, in die geschäftlichen Dispositionen hinein. Die früher vorhandene Kraft des innerdeutschen Kapitalmarktes gegenüber der Börse und der Gestaltung der Börsenentwicklung ist noch lange nicht wiederhergestellt. Dafür hat mehr und mehr das Ausland an den deutschen Papieren Interesse genommen, und das wiederum führte zu einer nicht gerade wünschenswerten, und in einem immer weiter sich steigernden Ausmasse erwachsenden Verzerrung des Schicksals der Auslandsbörse mit dem der deutschen Börsenverhältnisse. So bestand gerade in den letzten Monaten eine teilweise geradezu beängstigende Abhängigkeit der deutschen Börse und des deutschen Kapitalmarktes von den Vorgängen an der New Yorker Börse und am gesamtamerikanischen Geldmarkt. Gewiss hat man sich in etwa frei zu machen versucht, auch von bestimmten spekulativen Verbindungen sich lösen zu können, aber wir haben gerade in den letzten Tagen die sehr bedenkliche Beobachtung gemacht, dass die deutsche Börse zwar dann nicht mitging, wenn eine spekulative Aufwärtsbewegung an den amerikanischen Börsen wahrgenommen wurde, dass sie aber stets dann präzise reagierte, wenn es an der New-

yorker oder anderen amerikanischen Börsen abwärts ging. Solange das Feld an der Börse, wie das gegenwärtig im grossen und ganzen der Fall ist, in der Hauptsache von reinen Spekulanten beherrscht wird, möge diese Situation von denjenigen, die unter sich bleiben wollen, bewältigt werden. Sobald aber wieder in grösserem Umfange Sparkapital von privatem Publikum an die Börse fliessen, besteht ein weiteres öffentliches Interesse daran, der Gestaltung dieser Dinge die allergrösste Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Wirtschaft und Börse stehen in enger Verbindung. Die eine wie die andere haben das strengste Interesse daran, dass sich keine anormalen oder gar katastrophalen Entwicklungen herausbilden. Leidtragende sind in jedem Falle die gesamte Volkswirtschaft und die gesamte Produktion. Wenn wir mit Genugtuung die fortschreitende Konsolidierung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse auf der Grundlage der Gesundung von allem der finanzpolitischen Dinge feststellen, so dürfen wir doch nicht übersehen, dass wir noch lange nicht die Krisenzone durchschritten haben. Gerade im gegenwärtigen Augenblick heben sich ernsthafte Anzeichen am wirtschaftspolitischen Horizont hervor, die erkennen lassen, dass die Gestaltung der Konjunktur eine sorgenvolle Entwicklung nimmt. Schon hören wir auch wieder aus dem Ruhrgebiet von den Betriebseinschränkungen, Feuerschichten, ja sogar von Arbeiter selbst von Angestelltenentlassungen in grösserem Umfange, und die gesamte Arbeitsmarktlage ist ohnehin zur Zeit nichts gerade auf eine optimistische Betrachtungsweise gestimmt. Der starke unproduktive Leerlauf, der heute noch in vielen Zweigen der deutschen Wirtschaft, vor allem aber auch in wesentlichen Zweigen der deutschen Banken- und Börsenpolitik vorherrscht, muss ausgeräumt werden. Und erst mit der Beseitigung solcher zins- und spesenfressenden Auswüchse am deutschen Wirtschaftskörper wird die Bahn frei für eine wirklich solide geschäftliche Entwicklung, die dem ernstesten geschäftlichen und gewerbetreibenden und dem auf sichere Anlage seiner Ersparnisse Bedacht nehmenden Privatmann Luft und Raum gibt.

Berliner Börsenstimmungsbild

Berlin, 13. Aug. Im heutigen Vormittagsverkehr war wie gewöhnlich am Montag kein Geschäft. Die Stimmung war jedoch nicht unfreundlich. An der Vorbörse änderte sich dieses Bild. Da anregende Momente zurückliefen, war die Spekulation sehr zu rückhaltend. Zu den ersten Kursen kam daher Ware heraus, besonders in den in der letzten Zeit favorisierten Werten. Die Spekulation hatte sich wohl in den letzten Tagen etwas übernommen und ging daher heute am Liquidationstag noch aus schon prolongierten Engagements heraus. Von der Kundschaft und aus dem Auslande lagen keine Ordres vor, und die wenige herauskommende Ware genügte bei der geringen Aufnahmelust, um

einen Druck auf das Kursniveau auszuüben. Die uneinheitliche Haltung der letzten New Yorker Börse, das erneute Anziehen des Tagesgeldsatzes dort, verstimmte. Einen wenig günstigen Eindruck machte die Nachricht von der Stilllegung einer Zeche der Vereinigten Stahlwerke und auch die Mitteilung der Bemberg-Verwaltung, dass trotz der Betriebseinschränkungen der gute Absatz anhalte, dürfte wenig befriedigen und hielt sich meist im Rahmen von 1-3 Prozent. Kunstseide- und Zellstoffwerte lagen kaum verändert, Glanzstoff büsst 6 Prozent, Bemberg sogar fast 11 Prozent ein. Bei Reichsbank haben die Käufe der letzten Tage nachgelassen, und bei kleinem Angebot war ein Verlust von fast 4 Prozent zu verbuchen. Montan waren bis auf Harpener, in denen allein man einige Käufe des Rheinlandes beobachten wollte, überwiegend schwächer. Maximilianshütte verloren fast 4 1/2 Prozent. Lahmeyer machten eine Ausnahme von den Elektrowerten und zogen um 3 1/2 Prozent an. Deutsche Anleihen neigten eher zur Schwäche. Ausländer dagegen etwas fester. Der Verlauf war wenig einheitlich, nur in einigen Werten war etwas lebhafteres Geschäft. Farben zogen auf Käufe einer Grossbank um ca. 3 Prozent an. Rhein Stahl gewannen 3 Prozent, auch Harpener zogen um 1 Prozent an. Elektr. Lieferungen ca. 1 1/2 Prozent höher. Der Geldmarkt lag unverändert, Tagesgeld mit 4 1/2-6 1/2 Prozent noch immer leicht. Devisen waren heute wieder gefragt, der Dollar lag international sehr fest. Pfunde waren kaum verändert. Am Pfandbriefmarkt ergaben sich nur wenig Veränderungen, 10prozentige preussische Pfandbriefbank Gold zogen bei Geldreparierungen 2 Prozent an.

Frankfurter Börse

Frankfurt, 13. Aug. Die heutige Abendbörse war geschäftslos, die Grundstimmung blieb jedoch freundlich, da der Medio als überwunden angesehen wird. Kaufordres dürften jedoch kaum vorgelegen haben. Soweit Notierungen überhaupt zustande kamen, waren sie gegen den Berliner Schluss behauptet, es traten sogar verschiedentlich kleine Besserungen ein. Am Montanmarkt waren nur Rhein Stahl weiter etwas beachtet. Deutsche Anleihen lagen eher etwas schwächer. Ausländer ohne Umsatz. Auch im Verlaufe konnte eine Belebung des Geschäfts nicht Platz greifen.

Warenmärkte

Landwirtschaftliche Produkte

Berliner Produktenotierungen

vom 13. August.

Weizen, märk. 232-235, pomm. 244,50 meckl. 245-243,50, schles. 246,25-245,75, Roggen, märk. 227-230, pomm. 241-239,50, meckl. 242-240,50, schles. 241,50-240,75, Wintergerste 205-215, Hafer, märk. 242-254, pomm. 220, Mais, waggonfrei ab Hamburg 236-238, Weizenmehl 28,25-32, Roggenmehl 31-33,25, Weizenkleie 15,5-15,75, Melasse 16,2-16,5, Roggenkleie 17,5-17,5, Raps 320-325, kleine Speiserbsen 46-56, Futtererbsen 35-40, Peuluchen 25-27, Ackerbohnen 28-32, Wicken 26-28, Lupinen, blaue 30-32, gelbe 15-16, Serradella, alte 16,50-17,50, Rapskuchen 19,5 bis 20, Leinkuchen 24-24,5, Trockenschrot 18,5-19, Sojashrot 21,5-22,5, Kartoffelflocken 25,2-25,5, Speisekartoffeln, weisse 3,70 bis 4,00, blaue 4,00-4,30, Erstlinge 5,00-5,50, grossfallende über Notiz.

Wannheimer Produktenbörse

vom 13. August.

Tendenz stetig. Schon in den Vormittagsstunden war ein ziemlich lebhaftes Geschäft in Cif-Weizen zu verzeichnen. Auch in den Nachmittagsstunden kamen verschiedentlich Umsätze zustande, Weizen, inl. 25-25,50, ausl. 26-29, Roggen, inl. 24, Hafer, inl., neuer 23 bis 23,50, ausl. 25-26, Braugerste 27-28,75, Futtergerste, inl. 23-24, ausl. 28-29, Mais, gelber, mit Sack, auf Bezugsschein 24, Weizenmehl, Spezial o, mit Sack (südd. Grossmüllpreis ab Mühle) 34, Roggenmehl 33,50 bis 34,50, Weizenkleie 14,25, Biertreber 18,75 bis 19,25.

Obst

Bühl, 10. Aug. Mirabellen 65, Reineclauden 25-30, Pfirsiche 50-75, Frühzwetschen 40 bis 43, Birnen 16-32, Aepfel 13-25. - Vom 11. Aug.: Reineclauden 25-35, Pfirsiche 45 bis 70, Frühzwetschen 40-42, Birnen 15-30, Aepfel 17-24.

Acherner Obstmarkt vom 10. Aug. Zwetschen 40-42, Reineclauden 22, kleine Birnen 12, Aepfel 14. - 11. August: Zwetschen 41, Reineclauden 23-24, Aepfel 16, Birnen 10-12.

Metalle

Berliner Metallnotierungen

vom 13. August.

Elektrolytkupfer 140, Original-Hütten-Aluminium 190, desgl. in Walz- oder Drahtbarren 194, Reinnickel 350, Antimon-Regulus 86-91, Silber in Barren 81-82,50, Gold Freiverkehr per 1 Gramm 28-28,20, Platin Freiverkehr per 1 Gramm 9,50-11.

Pforzheimer Edelmetallpreise vom 13. Aug. Ein Kilo Gold 2790 Mk. Geld, 2814 Mk. Brief, ein Kilo Silber 81,25 Mk. Geld, 82,30-83,00 Mark Brief, ein Gramm Platin 9,75 Mk. Geld, 10,55 Mark Brief.

Börsenkurse vom 13. August 1928

Berliner Effekten

	10. Aug.	13. Aug.
Ablösg. m. Ausl. kl.	51	51
Ablösg. dto. gr.	56,4	—
Ablösg. ohne	17,3	17 1/4
6% Reichsanleihe	87,5	87,5
5% Badenkohl. Wanl.	—	—
5% Preuss. Kali	6,60	6,55
5% Preuss. Roggrtbk.	8,76	8,79
Schantungsbahn	6 1/4	6,4
Südd. Eisenbahnen	128	127,5
Baltimore	—	103,5
Hapag	164 1/2	164,5
Hambg. Südamerika	197	196
Hansa	200	197
Nordd. Lloyd	155 1/4	154,5
Danatbank	266	270,5
Deutsche Bank	166 1/2	165,5
Diskonto-Gesellschaft	159 1/2	160
Dresdner Bank	167	167,5
Reichsbank	296	295 1/2
Rhein. Kredit	127 1/2	128
Akkumulatoren	166	167
Adlerwerke	132 1/2	135,5
A. E. G.	178	182
Augsburg-Nürnberg	102 1/2	107
Bergmann	202 1/2	206 1/2
Berl.-Karlsruher Ind.	—	—
Brown-Boverie	158,5	158
Buderus	84,5	84
Chem. Albert	—	—
Daimler	109	111 1/2
Dtsch. Erdöl	140	142
Dtsch. Linoleumwerke	870	870
Dtsch. Maschinen	58 1/2	52 1/2
Dtsch. Petroleum	85	88-89
Eisenhandel	77 1/2	75 1/2
Dynamit Nobel	125 1/2	126 1/2
Ela-Bad. Wolle	49	49
Eschweiler Bergwerk	206 1/2	206
Farbenindustrie	264 1/2	270,5
Feldmühle	250,5	250
Felten & Quilleaume	188 1/2	189 1/2
Gaggenau	28 1/2	28
Gelsenkirchen	124	124 1/2
Gesfüel.	268	272 1/2
Goldschmidt	98 1/2	95 1/2
Gritzner	180	129,5
Guanowerke	70,5	70 1/2
Hammerstein	155	155
Hannov. Maschinen	52	50 1/2
Harpener	140,5	153
Hirsch Kupfer	—	138 1/2
Holzmann	145,5	147 1/2
Hösch Eisen	181 1/2	182
Max Jüdel	184,5	184 1/2

	10. Aug.	13. Aug.
Karlsruher Maschinen	—	—
Kali Aschersleben	251,5	253
Knorr Heilbronn	147,5	147 1/2
Kollmar & Jourdan	78 1/2	80
Lahmeyer	173	177 1/2
Leopoldgrube	75	75
Laurahütte	75 1/2	76 1/2
Lindes Eismaschinen	181	183
Ludwig Löwe	238,5	246,5
Mannesmann	135 1/2	135
Motoren Deutz	60,5	60 1/2
Oberbedarf	106 1/2	103
Oberkoks	116	115
Orenstein	120,5	119
Phönix	98,5	98,5
Rhein Stahl	142 1/2	143
Riebeck Montan	156 1/2	156,5
Schuckert	206	209 1/2
Siemens & Halske	375	381 1/2
Sinner	138	137
Stolberger Zink	171 1/2	174 1/2
Südd. Zucker	148	147 1/2
Svenska	467	466
Tuchfabrik Aachen	135,5	135 1/2
Ver. Ut. Nickel	170	169
Ver. Glanzstoff	597	576
Ver. Stahlwerke	97 1/2	97,5
Stahl Zypen	208	201
Wanderer	184	184
Westeregeln	259 1/2	262 1/2
Wieslocher Ton	102	102,5
Zellstoff Waldhof	294,5	290 1/2
Concordia Spinnerei	124,5	122,5
Bayrische Motoren	232 1/2	233 1/2
N. S. U.	59 1/2	63 1/2
Rhein-Elekt.	152	153
Kronprinz Metall	—	—

	10. Aug.	13. Aug.
Licht & Kraftv.	—	—
Zellstoff-Verein	—	—
Klöckner	—	—

Berliner Devisen

	9. Aug.	13. Aug.
Buenos-Aires	1,766	1,770
Kanada	4,186	4,194
Japan	1,896	1,900
Kairo	20,87	20,91
Konstantinopel	2,166	2,162
London	20,349	20,389
New York	4,1915	4,1965
Rio de Janeiro	0,4985	0,5005
Uruguay	4,291	4,296
Amsterdam	168,18	168,47
Athen	5,415	5,425
Brüssel	58,29	58,41
Danzig	81,35	81,51
Helsingfors	10,543	10,568
Italien	21,925	21,985
Jugoslawien	7,867	7,881
Kopenhagen	111,91	112,18
Reykjavik	92,16	92,34
Lissabon	19,18	19,22
Oslo	111,82	112,04
Paris	16,88	16,42
Prag	12,423	12,443
Schweiz	80,69	80,85
Sofia	3,024	3,030
Spanien	70,05	70,19
Stockholm	112,19	112,41
Wien	59,125	59,245
Budapest	78,06	78,20

Amtl. Preisfestsetzung für Kupfer, Blei und Zink

(Reichsmark per 100 kg) Berlin, den 13. VIII. 1928

	Kupfer, Tendenz: geschäftlos			Blei, Tendenz: still			Zink, Tend.: still		
	Bezahl	Brief	Geld	Bezahl	Brief	Geld	Bezahl	Brief	Geld
1. Januar	—	126	125,75	—	42,25	42,75	—	48,50	48
2. Februar	—	126	125,75	—	43	42,75	—	48,50	48
3. März	—	126	125,75	—	42,25	42	—	48,50	48
4. April	—	126	126	—	42,25	42	—	48,50	48
5. Mai	—	126	126	—	43,50	43,25	—	48,50	48
6. Juni	—	126	126	43,25	43,50	43,25	—	48,50	48
7. Juli	—	126	126	—	42,75	42	—	48,50	48
8. August	—	125	124,25	—	42,75	42	—	49	48
9. September	—	125,75	125,25	—	42,75	42,25	—	48,50	48
10. Oktober	—	126	125,75	—	42,75	42,25	—	48,50	48
11. November	—	126	125,75	—	43	42,50	—	48,50	48
12. Dezember	—	126	125,75	—	43	42,50	—	48,50	48

Wir suchen für sofort
1 erfahrene Krankenschwester
 für ein Privatsanatorium in den badischen
 Schwarzwald ;
 fernst
**1 perfekte Weißnäherin und
 Zuschneiderin**
 für Herren-Oberhemden und Damenwäsche
 nach auswärts.
Arbeitsamt Karlsruhe
 Frauenabteilung
 Gartenstr. 58 Tel. 5267, 5270/74

Von der Reise zurück
Dr. med. Fritz Weile
 Kaiserallee 50

Zurück
Dr. med. Karl Schroth
 Durlacher Allee 15 Tel. 5803

Von der Reise zurück
 staatl. geprüfter
Dentist Ritscherle
 Sofienstr. 21 Fernspr. 4685

Straus & Co.
 Karlsruhe
 Friedrichsplatz 1, Eing. Ritterstrasse
 Fernsprechanschluss:
 Für den Stadtverkehr: Nr. 30, 4431, 4432
 4433, 4434
 Für den Fernverkehr: Nr. 4901, 4902, 4903
 Für die Devisenabteilung: Nr. 4435, 4439

Schlafzimmer-Bilder
 22 M. Bilder für alle Räume. Einrahmungen
 Valentin Schäfers Kunsthandlg.
 Kaiserstr. 38.

In eine jede
 katholische Familie
 gehört der
**St. Konrads-
 Kalender
 1929**
 Volkskalender der Erzdiözese
 Freiburg
 Preis 60 Pf.
 Badenia für Verlag
 u. Druckerei
 Karlsruhe
 Steinstraße 17-21

Wilhelm Leutke
 Karlsruhe, Blumenstr. 14 b. Ludwigsplatz
 Fernruf 573
Papierwaren - Groß-Handlung
 speziell für Hotel- und Gastwirtsbedarf
 Papierservietten Tischtuchpapiere
 Plattenpapiere, Pappteller, Klosettspapier
 Schreibwaren, Schulartikel, Bürobedarf.
Eröffnung heute 10 Uhr.

Barkredite
 an Beamte und Festbesoldete
 Privatangestellte zu 9%
 p. a. bei Abschluss von
 Lebensversicherung. Ohne
 Vorkosten und ohne Prov.
 Rückzahlung in 12 Monaten.
 Max Weber, Köln
 Unter Sachsenhausen 33
 Erste
 Karlsruher-Zentr.-Fabr.
Robert Naible
 Karlsruhe i. B.
 Bismarckstr. 33.
 Tel. 5842.

Steuerklärungen
 Bilanzen, Buch-
 revisionen, Arran-
 gements mit Gläu-
 bigern erledigt
 S. B. Börner, beid. Buchführer
 Leopoldstr. 20. Fernsprechnummer 4767

Leitern
 Industrie, Gewerbe
 und Haushaltung
 Reparaturen
**Uebel &
 Lechleiter**
 Pöpstel, Hoflieferant.

wohlfeile 2730
Pianos
 Günstige Zahlungs-
 Bedingungen
 Alleinige Niederlage
H. Maurer
 Kaiserstrasse 176
 Ecke Hirschstrasse.

Darmstädter Hof
 Karlsruhe - Erbaut 1752
 d. bekannt gute u. bürgerliche
Speise-Restaurant
 Gemütliche Wein- und Bierstuben
 Badische Qualitätsweine 10480

Bestecke, Taschenmesser
 Scheren, Rasier-
 messer
 und Rasier-Apparate, sowie komplette
 Rasiergerätschaften, Geschenkartikel usw.
 empfiehlt in großer Auswahl
Karl Hummel, Werdstr. 13
 Schuhwaren-Gebr., Rasiermesser-Gesellschaft

STADTGARTEN
 Mittwoch, 15. August 1928, 20 Uhr:
 Anlässlich des Verbandstages des Deutschen Metall-
 arbeiterverbandes:
Feuerwerk
 ausgeführt von den Deutschen Pyrotechnischen
 Fabriken, Werk Clebronn/Wttbg. **Bengalische
 Beleuchtung** des Sees und der Anlagen. **Lampion-
 schmuck** des Gartens und der Boote. **Konzert**
 ausgeführt von der Bad. Polizeikapelle, Leitung:
 Obermusikmeister J. Heisig, unter Mitwirkung der
Volksmusikakademie Karlsruhe, Leitung: Musikdirektor
 W. Eißler. Eintritt: Nichtabonnenten-Erwachsene
 80 Pf., Abonnenten-Erwachsene 40 Pf. Sämtliche
 Eingänge sind geöffnet.

Merk Dir den einen Satz als wichtig:
 „Im
**Strumpfhaus
 LANDSMANN**
 kaufst Du richtig!“
 Waldstrasse 95, Ecke Sofienstrasse.

Stadt. Konzerthaus
Sommeroperette
 Dienstag, 14. August
 abends 7 1/2 Uhr:
**Die lustige
 Witwe**

**Erholungsheim der Stadt
 Karlsruhe**
 in Baden - Baden für
 Frauen und Mädchen
 sowie ältere Oberstufe.
 Verpflegungsbillets 4,50 Mk. täglich für Essen
 und auswärtige Geldgeber 5.- Mk. täglich.
 Anmeldungen von 10-12 Uhr werktäglich beim
 Städtischen Krankenhaus Karlsruhe.

Der Weckruf
 Monatszeitschrift für
Wahrheit, Recht und Freiheit
 Herausgeber: Karl Grobber
 „Der Weckruf“ tritt ein für
 eine ganze
nationale und soziale Politik
 auf christlich-demokratischer Grundlage
 im Geiste der altbewährten Zentrums-
 führer, nimmt entschlossen den Kampf
 auf, der den deutschen Katholiken vom
 Evangelischen Bund und seinen Helfern
 aufgezwungen wird, will die Verteilung
 der Kirche und die Abwehr eines
 neuen Kulturkampfes, der schon heute
 seine deutlichen Anfänge besonders in
 der Diaspora zeigt. Der
konfessionelle Friede
 zum Wohle des gemeinsamen deutschen
 Vaterlandes ist sein Ziel unter Wä-
 rung der berechtigten
Interessen der deutschen Katholiken
 Bezugspreis: jährlich Mk. 1.20.
 Postcheckkonto: „Der Weckruf“ Berlin W 8,
 26 689. Geschäftsstelle: Berlin W 8,
 Französische Str. 62.
 Man verlange kostenlos Probeummern!
 Um Angabe von Interessentenadressen
 wird höflich gebeten!

**3 wertvolle
 Jugendbücher:**
Von einem kleinen Strolch
 Jugenderinnerungen
 von
 Franz Ebers.
 Mit 18 Abbildungen.
 Broschüriert Mk. 2.20, gebunden in
 Geschenkleinen Mk. 8.-.
 Mit köstlichem Humor werden hier
 die tollen Streiche eines Wildfanges,
 der später Pfarrer wurde, geschildert.
„Eppelle“
 von
 Prälat Dr. Joseph Scherer.
 Eine Kindheitsgeschichte.
 2. verm. Auflage mit 24 Abbildungen.
 Gebunden Mk. 8.-.
 Frische würzige Schwarzwaldduft
 blüht einem beim Lesen des Wälder-
 entgegen. Umrüstige Wälderstreife
 schaffen trotz Heiterkeit und Verlegen
 den Leser zurück in glückliche Kind-
 heitsjahre auf heimatischer Höhe.
**Vom jungen Waldarbeiter
 auf der Badnerhöhe
 zum Abiturienten in Sasbach**
 Erinnerungen eines Pfiff-
 bachers. Mit 12 Bildern, in Rein
 gebunden Mk. 2.-.
 Es ist ein Stöckchen katholischer bo-
 discher Kulturgeschichte, das hier fest-
 gehalten wird, und von einem geschnit-
 ten, der sich auch heute noch ein junges
 Herz und das r. Verhältnis für die
 Jugend bewahrt hat.
 Badnia für Verlag
 u. Druckerei
 Karlsruhe

PROSPEKTE
 und Kataloge in Ein-
 und Mehrfarbendruck
 sichern Ihnen eine gute Stammkundschaft
 Unsere neuzeitlich eingerichtete
 Buchdruckerei und Tiefdruck-
 Anstalt bürgt Ihnen für eine
 tadellose, werbewirksame Aus-
 führung, weil wir uns von dem
 Gedanken leiten lassen, den
 Kunden so zu bedienen, dass
 er wiederkommt.
BADENIA
 A.-G. für Verlag und Druckerei
 Karlsruhe in Baden
 Adlerstrasse 42 und Steinstrasse 17-21
 Fernsprecher Nr. 6235-6237

Oberschlesische Zeitung
 Beuthen O.-S., Pickarstrasse Nr. 9
 26 Ausgabestellen und Filialen in Oberschlesien
 Das Blatt aller Volkskreise
 Hervorragendes Insertions-Organ der
 Markenartikelindustrie in Oberschlesien
 PROBENUMMERN
 und Kostenanschläge
 kostenlos
 Erscheint wöchentlich 7 mal
 Gelesenste Tages-Zeitung
 Beuthens und der grossen
 Umgegend
 Erscheint wöchentlich 7 mal

OPEL der grosse Wurf
 Modell **Europa**
7/34 PS. 6 Cylinder
 Viersitzer RM. 4600.-
 Limousine RM. 4900.-
 Luxus-Limousine RM. 5400.-
 in Preis und Qualität unerreicht
Autohaus Peter Eberhardt
 Karlsruhe i. Bad. :: Amalienstrasse 55/57 :: Tel. 723/24

Der Bonifatiusverein
 zur
Änderung der Diasporant
 in der Erzdiözese Freiburg
 hat durch die Selbstwertung seine
 Referenzen verloren.
 Die Kollekten und Mitgliederbeiträge
 sind in den letzten Jahren auf den
 vierten Teil der Vorkriegseinnahmen
 gesunken die Verpflichtungen des Vereines
 aber die gleichen geblieben, ja in den
 letzten Jahren noch gewachsen.
 Wir richten demwegen die
herzliche Bitte
 an die Opferwilligkeit der Katholiken,
 dem Vereine durch die Erzdiözesan-
 lichen Pfarrämter als Mitglied beizutreten
 oder ihre milden Gaben direkt an die Erz-
 diözesanliche Kollektur in Freiburg i. Br.,
 Postcheckkonto Nr. 2879, einzuschicken.
 Die Sammelgelder finden nur für die
 Diasporant innerhalb der Erzdiözese
 Verwendung.
 801

Heirat!
 Aelterer Herr, Witwer,
 kathol., ohne Anhang,
 pensioniert nach Lebens-
 gebrüch im Alter von
 40-55 Jahren. Eines
 Vermögen erwünscht.
 Damen, welche eine glück-
 liche und liebevolle Zu-
 kunft wünschen, werden
 ersucht, ihre Adresse an:
 Nr. 8780 an die Gesellschafts-
 stelle zu richten.

Der Bonifatiusverein
 zur
Änderung der Diasporant
 in der Erzdiözese Freiburg
 hat durch die Selbstwertung seine
 Referenzen verloren.
 Die Kollekten und Mitgliederbeiträge
 sind in den letzten Jahren auf den
 vierten Teil der Vorkriegseinnahmen
 gesunken die Verpflichtungen des Vereines
 aber die gleichen geblieben, ja in den
 letzten Jahren noch gewachsen.
 Wir richten demwegen die
herzliche Bitte
 an die Opferwilligkeit der Katholiken,
 dem Vereine durch die Erzdiözesan-
 lichen Pfarrämter als Mitglied beizutreten
 oder ihre milden Gaben direkt an die Erz-
 diözesanliche Kollektur in Freiburg i. Br.,
 Postcheckkonto Nr. 2879, einzuschicken.
 Die Sammelgelder finden nur für die
 Diasporant innerhalb der Erzdiözese
 Verwendung.
 801